



Birgitta Sticher (Hrsg.)

Die Einbindung der Bevölkerung in das Krisen- und Katastrophenmanagement in Deutschland (der BRD) nach dem Zweiten Weltkrieg

Exemplarisch verdeutlicht an fünf Katastrophenereignissen

Forschungsprojekt Kat-Leuchttürme
„Katastrophenschutz-Leuchttürme als Anlaufstelle für die Bevölkerung
in Krisensituationen“

Berlin, Mai 2014

Barsuhn, Holger (Beuth Hochschule)
Becker, Anne (TimeKontor AG)
Kircher, Frieder (Berliner Feuerwehr)
Lawrenz, Cornelia (Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf)
Sticher, Birgitta (HWR Berlin)
Will, Anna (HWR Berlin)

Inhalt

1	Erkenntnisinteresse der Studie	6
	<i>Birgitta Sticher</i>	
2	Kurze Darstellung der ausgewählten Katastrophenereignisse	10
	<i>Birgitta Sticher und Anna Will</i>	
2.1	Sturmflut in Hamburg 1962.....	10
2.2	Waldbrände in Niedersachsen 1975	11
2.3	Schneekatastrophe in Norddeutschland 1978/79	12
2.4	Oderhochwasser 1997.....	12
2.5	Elbehochwasser 2002.....	13
2.6	Vorgehensweise	14
3	Rolle und Erfahrungen der taktisch organisierten Kräfte (Feuerwehr, Hilfsorganisationen, Technisches Hilfswerk etc.) in den ausgewählten Katastrophenereignissen.....	15
	<i>Frieder Kircher</i>	
3.1	Sturmflut in Hamburg 1962.....	15
	3.1.1 Rolle und Erfahrungen der taktisch organisierten Kräfte	16
3.2	Waldbrände in Niedersachsen 1975	17
	3.2.1 Rolle und Erfahrungen der taktisch organisierten Kräfte	17
3.3	Schneekatastrophe in Norddeutschland 1978/1979	18
	3.3.1 Rolle und Erfahrungen der taktisch organisierten Kräfte	18
3.4	Oderhochwasser 1997.....	19
	3.4.1 Rolle und Erfahrungen der taktisch organisierten Kräfte	19
3.5	Elbehochwasser 2002.....	20
	3.5.1 Rolle und Erfahrungen der taktisch organisierten Kräfte	21
4	Veränderungen der Rolle der taktisch organisierten Helfer von der Flut 1962 bis heute	23
	<i>Frieder Kircher</i>	
4.1	Zuständigkeit im Katastrophenschutz	23
4.2	Im Katastrophenschutz mitwirkende Organisationen	23
4.3	Veränderungen vom Ende des 2. Weltkriegs bis 2002.....	24
	4.3.1 Die Zeit vom Ende des 2. Weltkriegs bis 1968	24
	4.3.2 Die Zeit zwischen 1968 und der Wiedervereinigung 1990	26
	4.3.3 Die Zeit von 1990 bis 2002.....	27
4.4	Schlussbemerkung zur Aktivierung der Bevölkerung aus der Sicht eines organisierten Helfers	30
5	Erfahrungen der Kommunalbehörden in den ausgewählten Katastrophenereignissen.....	31
	<i>Cornelia Lawrenz</i>	
5.1	Die Auswertung der fünf Katastrophenereignisse	31
	5.1.1 Sturmflut in Hamburg 1962	31

5.1.2	Waldbrände in Niedersachsen 1975	32
5.1.3	Schneekatastrophe in Norddeutschland 1978/1979	33
5.1.4	Oderhochwasser 1997	34
5.1.5	Elbehochwasser 2002	35
5.2	Zusammenfassung.....	36
6	Entwicklung der technischen Kommunikation im Krisen- und Katastrophenmanagement in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg.....	39
	<i>Holger Barsuhn und Anne Becker</i>	
6.1	Auswertung der fünf Katastrophenereignisse	39
6.1.1	Sturmflut in Hamburg 1962	39
6.1.2	Waldbrände in Niedersachsen 1975 (und 1976)	40
6.1.3	Schneekatastrophe in Norddeutschland 1978.....	41
6.1.4	Oderhochwasser 1997	41
6.1.5	Elbehochwasser 2002.....	42
6.2	Zusammenfassung.....	43
7	Hilfedarfe der Bevölkerung, Hilfeverhalten von BOS und Bevölkerung sowie deren Kooperation bei den ausgewählten Katastrophenereignissen.....	47
	<i>Birgitta Sticher und Anna Will</i>	
7.1	Sturmflut in Hamburg 1962.....	47
7.1.1	Hilfedarfe der Bevölkerung.....	47
7.1.2	Hilfeverhalten von BOS und Bevölkerung.....	48
7.1.3	Kooperation zwischen BOS und Bevölkerung.....	50
7.2	Waldbrände in Niedersachsen 1975	51
7.2.1	Hilfedarfe der Bevölkerung.....	51
7.2.2	Hilfeverhalten von BOS und Bevölkerung.....	51
7.2.3	Kooperation zwischen BOS und Bevölkerung.....	52
7.3	Schneekatastrophe in Norddeutschland 1978/79	53
7.3.1	Hilfedarfe der Bevölkerung.....	53
7.3.2	Hilfeverhalten von BOS und Bevölkerung.....	54
7.3.3	Kooperation zwischen BOS und Bevölkerung.....	55
7.4	Oderhochwasser 1997.....	56
7.4.1	Hilfedarfe der Bevölkerung.....	56
7.4.2	Hilfeverhalten von BOS und Bevölkerung.....	56
7.4.3	Kooperation zwischen BOS und Bevölkerung.....	58
7.5	Elbehochwasser 2002.....	59
7.5.1	Hilfedarfe der Bevölkerung.....	59
7.5.2	Hilfeverhalten von BOS und Bevölkerung.....	59
7.5.3	Kooperation zwischen BOS und Bevölkerung.....	61
8	Interpretation der Erfahrungen aus den fünf Katastrophenereignissen	63
	<i>Birgitta Sticher</i>	
8.1	Hilfedarfe der Bevölkerung und notwendige Hilfeleistungen.....	64
8.2	Unverzichtbare Hilfeleistungen der BOS.....	64

8.3	Leistungsspektrum der Bevölkerung.....	65
8.4	Gründe für die Einbeziehung der Bevölkerung	66
8.5	Voraussetzungen seitens der BOS zur Einbeziehung der Bevölkerung.....	66
8.5.1	Hilfreiche Umgang mit Schaulustigen in Katastrophenereignissen	67
8.6	Voraussetzung seitens der Bevölkerung zur Einbindung ins Katastrophenmanagement ..	68
9	Zusammenfassung der Erkenntnisse der Studie.....	70
10	Quellenverzeichnis	71
10.1	Literaturverzeichnis.....	71
10.2	Gesetzestexte	75
10.3	Internetquellen.....	76

1 Erkenntnisinteresse der Studie

(Birgitta Sticher, HWR Berlin)

Die Beschäftigung mit dem Krisen- und Katastrophenmanagement in Deutschland (vorrangig in der BRD) im Rahmen des Forschungsprojektes Katastrophenschutz-Leuchttürme zielt darauf ab, die Bevölkerung stärker in diesen Prozess einzubeziehen¹. Schutz und Hilfe, die seitens des Staates für die Bevölkerung erbracht werden, sollen keinesfalls in Frage gestellt, sondern durch die Einbeziehung der Bevölkerung in den Katastrophenschutz ergänzt und verbessert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wird angestrebt,

- die Hilfebedarfe der Bevölkerung differenzierter zu erfassen und die Hilfeleistung besser auf diese abzustimmen;
- die Hilfsbereitschaft und Hilfsmöglichkeiten der Bürger² im Prozess der Krisen- und Katastrophenbewältigung stärker zu berücksichtigen;
- die Kooperation zwischen den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) und Bürgern Erfolg bringend zu gestalten.

Die Klärung der verwendeten Begriffe

Wenn im Folgenden von dem Hilfeverhalten der Bürger gesprochen wird und dieses dem Hilfeverhalten der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) gegenübergestellt wird, müssen diese Begriffe zuvor noch präzisiert werden.

Zu den helfenden Bürgern zählen diejenigen, die in der Situation „spontan“, „ad hoc“ eine aktive Rolle einnehmen, um Gefahren von sich („Selbsthilfe“) und anderen abzuhalten oder bereits eingetretenen Schaden zu beseitigen. Charakteristisch für diese Menschen ist, dass sie vor Eintreten der Katastrophe ihre Mitwirkung nicht geplant und nicht eingeübt haben. Der besondere Aufforderungscharakter der Situation (die „starke Situation“) ist der entscheidende Auslöser dafür, dass die Personen ihre Ressourcen einbringen. Der Aufforderungscharakter kann gegeben sein, weil die Personen selbst von der Katastrophe betroffen sind oder befürchten, dass diese Gefahr sie ebenfalls treffen kann oder weil ihnen nahestehende Personen (Freunde, Familienangehörige, Nachbarn oder Menschen, mit denen sie mitfühlen) Opfer der Katastrophe geworden sind oder von dieser betroffen sein könnten. Zu den Ressourcen, die die Bürger einbringen, zählen sowohl materielle Güter (Objekte und Geld) als auch immaterielle Güter (von einfachen bis zu hoch komplexen Fähigkeiten und Fertigkeiten). Entscheidend ist nicht die Quantität und Qualität der eingebrachten Ressourcen, sondern dass vor der aktuellen Situation keine Einbindung in organisatorische Strukturen des Katastrophenschutzes stattgefunden hat. Das bedeutet aber keineswegs, dass in der Katastrophe diese individuellen Bereitschaften nicht in Netzwerken organisiert werden können. Aber die sogenannten, erstmals von dem Katastrophensoziologen Enrico Quarantelli in den USA beschriebenen „Emergenten Organisations- Netzwerke“ (EMONs) werden erst anlassbezogen gebildet, können aber durchaus auf bestehende Netzwerke wie z.B. Nachbarschaftsstrukturen, soziale oder religiöse Organisationen (z.B. Kirchengemeinden) oder

¹ Ohder, C. / B. Sticher 2013: Ansätze für ein bevölkerungsnahes und aktivierendes Krisen- und Katastrophenmanagement. In: Unger C. / T. Mitschke / D. Freudenberg (Hrsg.): Krisenmanagement – Notfallplanung – Bevölkerungsschutz. Festschrift anlässlich 60 Jahre Ausbildung im Bevölkerungsschutz, dargebracht von Partnern, Freunden und Mitarbeitern des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Berlin, S. 53 – 70.

² Aus Gründen der Lesbarkeit wird auf die weibliche Form verzichtet, Frauen sind aber ebenfalls gemeint.

Betriebsstrukturen zurückgreifen. In der deutschen Literatur hat stärker der Begriff der „Walk-in volunteers“ als der der EMONs Verbreitung gefunden³. Im Folgenden wird der Begriff der Spontanhelfer verwendet.

Von diesen Spontanhelfern sind die Helfenden zu unterscheiden, die schon vor dem Krisen- bzw. Katastrophenereignis in Organisationen mitwirken und als Mitglieder derselben in der Katastrophe tätig werden. Es handelt sich um Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)⁴. Hierunter fallen alle Einrichtungen, die mit der Abwehr von Gefahren betraut sind. Das kann aufgrund eines öffentlich-rechtlichen Auftrags geschehen oder aus ehrenamtlicher Initiative. Es handelt sich zum einen um die Menschen, die beruflich in der tagtäglichen Gefahrenabwehr eingebunden sind: die Mitarbeiter der Berufs- und Werkfeuerwehren und der Polizeien. Des Weiteren zählen hierzu auch die Mitarbeiter von Behörden und Einrichtungen, die in festen Zuständigkeiten Dienstleistungen für die Bürger des Staates erbringen und die im Fall einer Katastrophe zur Mitarbeit verpflichtet werden. Zum anderen aber handelt es sich um Menschen, die ihre Ressourcen freiwillig bzw. ehrenamtlich einbringen, aber eben nicht ad hoc oder spontan. Diese freiwillige Mitarbeit in Hilfsorganisationen wie den Freiwilligen Feuerwehren, dem Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), dem Deutschen Roten Kreuz (DRK), der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH), dem Malteser Hilfsdienst (MHD) und der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) ist ein wesentlicher Bestandteil des Bevölkerungsschutzes in Deutschland⁵. Ca. 1,8 Millionen ehrenamtliche Helfer sind für die Hilfe im Katastrophenschutz ausgebildet und üben ihren Einsatz durch die Beteiligung an der alltäglichen Gefahrenabwehr. Der Katastrophenschutz in Deutschland basiert auf dieser aktiven und organisierten Bürgerbeteiligung. Der Bund beteiligt sich an den Kosten für die Ausstattung und Ausbildung der Helfenden⁶. Würden die Kräfte der Berufs- und Werksfeuerwehren, der Polizeien und eventuell sogar der Bundeswehr nicht durch die Ehrenamtlichen im Katastrophenschutz unterstützt, stünde der Katastrophenschutz auf wackeligen Beinen. Ehrenamtliche Kräfte und Mitarbeiter von öffentlich-rechtlichen Einrichtungen – im Folgenden unterteilt in operativ-taktische oder taktisch organisierte Kräfte einerseits und administrativ organisatorische Kräfte andererseits - bilden ein integriertes Hilfesystem, das den Schutz der Bevölkerung sicherstellen soll. Halten wir also fest: Weder „Freiwilligkeit“ noch „Expertenstatus“ sind sinnvolle Unterscheidungskriterien, um die Differenz zwischen helfenden Bürgern einerseits und „professionellen Helfern“ andererseits zu erfassen. Ein sinnvolles Kriterium bildet die Mitgliedschaft in einer Organisation – egal ob hauptamtlich oder ehrenamtlich – mit der die Ausbildung und Vorbereitung auf die Tätigkeit in der Katastrophe verbunden ist. Freiwillige und Experten gibt es auf beiden Seiten, d.h. sowohl bei den Spontanhelfern als auch bei den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben.

³ Katastrophensoziologisches Glossar In: Clausen L. / E. M. Geenen / E. Macamo 2003: Entsetzliche soziale Prozesse. Theorie und Empirie der Katastrophen. Münster.

⁴ S. Glossar des BBK: „Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) „Staatliche (polizeiliche und nichtpolizeiliche) sowie nichtstaatliche Akteure, die spezifische Aufgaben zur Bewahrung und/oder Wiedererlangung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wahrnehmen. Konkret sind dies z. B. die Polizei, die Feuerwehr, das THW, die Katastrophenschutzbehörden der Länder oder die privaten Hilfsorganisationen, sofern sie im Bevölkerungsschutz mitwirken.“ (<http://www.bbk.bund.de/>)

⁵ Ausführlicher hierzu s. Homepage des BBK (<http://www.bbk.bund.de>) Stichwörter „Förderung Ehrenamt“ und „Katastrophenschutz“ (Stand 13.10.2013).

⁶ s. hierzu:

http://www.bbk.bund.de/DE/AufgabenundAusstattung/Katastrophenschutz/Kostenregelung/Kostenregelung_node.html (Stand 11.02.2014)

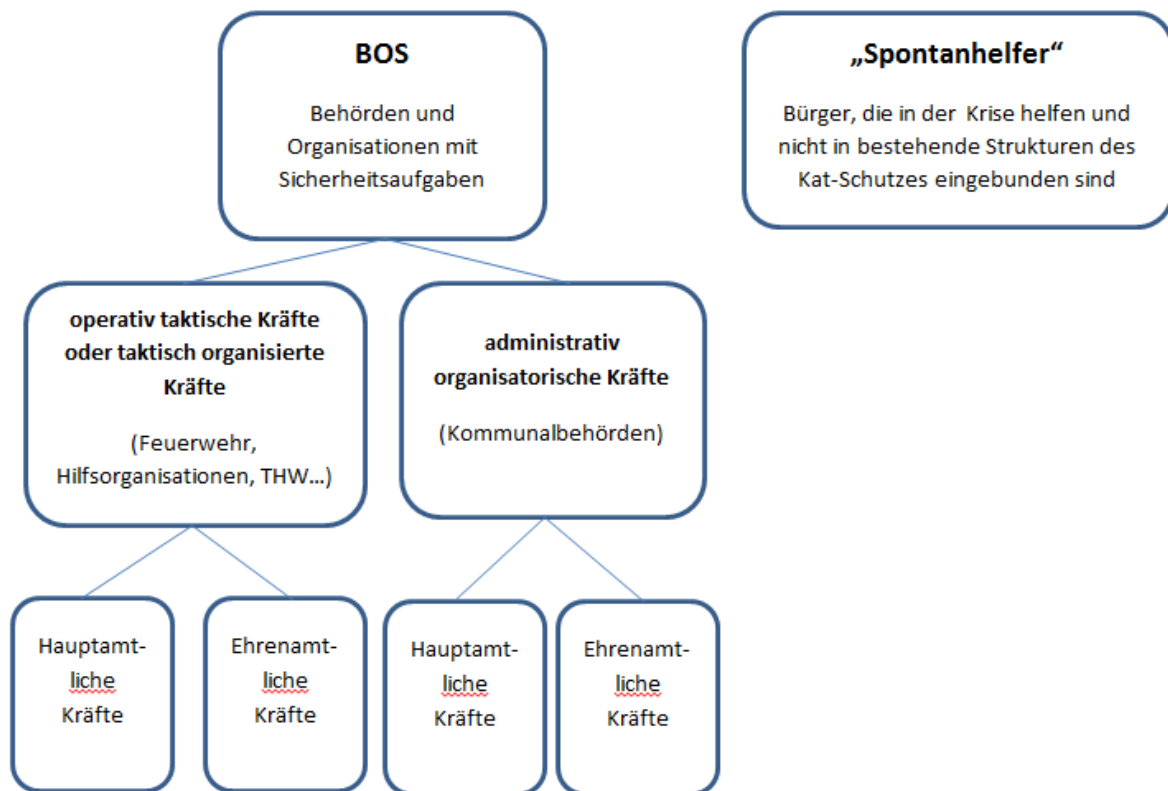


Schaubild 1: BOS und Spontanhelfer

Wenden wir uns nach dieser Begriffsklärung wieder den Fallstudien zu: Der Blick auf die historische Entwicklung des Katastrophenschutzes in der BRD nach dem zweiten Weltkrieg soll zum Verständnis des Status quo des Katastrophenmanagements beitragen und Anregungen für die geplanten Veränderungen geben. Zu diesem Zweck werden verschiedene Aspekte näher betrachtet:

Rolle und Erfahrungen der operativ-taktischen Kräfte (Feuerwehr, Hilfsorganisationen, Technisches Hilfswerk u.a.) (Beitrag der Berliner Feuerwehr)

- Welche Rolle haben die operativ-taktischen Einheiten in der Katastrophe gespielt?
- Welche Erfahrungen wurden von ihnen im Einsatz gewonnen?
- Wie hat sich das Krisen- und Katastrophenmanagement verändert?

Rolle der Kommunalbehörde bzw. der administrativ organisatorischen Kräfte (Beitrag des Bezirksamtes Steglitz-Zehlendorf)

- Welche Rolle hat die Kommunalbehörde in den Katastrophenereignissen gespielt?
- Welche Lehren wurden aus den Ereignissen gezogen?
- Wie hat die kommunale Behörde die Bürger in den Prozess einbezogen?

Entwicklung der technischen Kommunikation (Beitrag von der Beuth-Hochschule/ TimeKontor AG)

- Wie wurde die Bevölkerung über die Katastrophe informiert?
- Wie haben die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) untereinander kommuniziert?
- Welche Probleme gab es bei der Kommunikation?

Hilfebedarfe und Hilfeverhalten der Bevölkerung (Beitrag der HWR Berlin)

- Welche konkreten Hilfebedarfe der Bevölkerung zeichneten sich in den verschiedenen Krisen- bzw. Katastrophenereignissen ab?
- Inwiefern war die Bevölkerung im Katastrophenbewältigungsprozess aktiv? Welche Aufgaben wurden von den BOS übernommen? Welche Aufgaben wurden von der Bevölkerung übernommen?
- Wie gestaltete sich die Kooperation zwischen den BOS und der Bevölkerung?

2 Kurze Darstellung der ausgewählten Katastrophenereignisse

(Birgitta Sticher und Anna Will, HWR Berlin)

Um die Entwicklung des Krisen- und Katastrophenmanagements in der BRD nachzuzeichnen und die oben genannten Fragen zu beantworten, wurden fünf Katastrophenereignisse ausgewählt. Es handelt sich hierbei um

1. die Sturmflut in Hamburg 1962
2. die Waldbrände in Niedersachsen 1975
3. die Schneekatastrophe in Norddeutschland 1978/79
4. das Oderhochwasser 1997
5. das Elbehochwasser 2002.

Diese Katastrophenereignisse sollen in diesem Kapitel kurz beschrieben werden. Hierbei werden die folgenden Fragen gestellt:

- Um welche Art von Katastrophe handelt es sich? (Art der Katastrophe)
- Wie lange dauerte die Katastrophe an? (Dauer)
- Welches Gebiet war betroffen? (Betroffenes Gebiet)
- Wie intensiv war die Einwirkung? Was waren die Folgen? (Folgen)

2.1 Sturmflut in Hamburg 1962

Art der Katastrophe: Bei der Katastrophe handelte es sich um starke, völlig überraschend einsetzende Überflutungen in Folge heftiger Stürme⁷.

Dauer: Das Katastrophenereignis selbst dauerte zwei Tage (16./17. Februar 1962). Am 16.02. brachen innerhalb von Hamburg die Deiche an 61 Stellen⁸. Die massiven Folgen dieser Überflutungen hingegen erstreckten sich über ca. drei Wochen⁹.

Betroffenes Gebiet: Es war vorrangig die Stadt Hamburg, ganz besonders der Stadtteil Wilhelmsburg, betroffen. Das von der Sturmflut heimgesuchte Gebiet umfasste 15.100 Hektar¹⁰. In Hamburg stand rund ein Fünftel der Stadtfläche unter Wasser¹¹. Ein ganzes Gebiet wurde für unbewohnbar erklärt, weil 1000 Wohnungen völlig zerstört und 10.000 Wohnungen nur noch beschränkt benutzbar waren¹².

Folgen: Die Katastrophe griff in das Leben von ca. 120.000 Menschen¹³ ein: Von diesen 120.000 waren 10.000 akut in Lebensgefahr, 340 kamen ums Leben, davon 315 im Stadtteil Wilhelmsburg¹⁴.

⁷ Brunswig, H. 1963a: Sturmflut über Hamburg. Einsätze und Erfahrungen der Hamburger Feuerwehr. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerweh- und Rettungswesen 01/1963, S. 2.

⁸ Brunswig, 1963a, ebenda.

⁹ Brunswig, 1963a, S. 14.

¹⁰ Brunswig, 1963a, S. 2.

¹¹ Paschen, J. 2012: Die Hamburger Flutkatastrophe 1962. Mit einem Vorwort von Helmut Schmidt. 2. aktualisierte Auflage. Gudensberg-Gleichen, S. 42.

¹² Paschen, 2012, ebenda.

¹³ Brunswig, 1963a, S. 2.

¹⁴ Sturmflut 1962. http://de.wikipedia.org/wiki/Sturmflut_1962 (Stand 09.01.2012).

Die Höhe der Überflutung betrug vier Meter¹⁵. Vor allem aufgrund der Temperaturen um den Gefrierpunkt wurde die Auswirkung der Wassermassen für die Menschen lebensbedrohlich¹⁶. Des Weiteren fanden tausende Tiere in den Fluten den Tod¹⁷. Der Schaden allein im Hamburger Raum belief sich auf 82 Millionen DM¹⁸.

2.2 Waldbrände in Niedersachsen 1975

Art der Katastrophe: Es handelte sich um Waldbrände, denen eine wochenlange Trockenperiode vorausging¹⁹. Funkenflug sowie fahrlässige und vorsätzliche Brandstiftung lösten die Brände aus²⁰.

Dauer: Das Katastrophenereignis dauerte 10 Tage (08.08. - 18.08.1975). Nach dem zweiten Tag wurde der Katastrophenalarm ausgelöst²¹.

Betroffenes Gebiet: Das Bundesland Niedersachsen, vor allem die aufgrund der starken Verbreitung von Nadelhölzern besonders brandanfällige Lüneburger Heide und das Wendland, waren betroffen. Durch den Brand wurden 8.000 Hektar Wald, Moor- und Heideland zerstört²².

Folgen: Die Brandkatastrophe forderte 7 Tote, 6 davon waren Feuerwehrleute²³. Die von den Bränden bedrohten 3.000 Menschen²⁴ konnten rechtzeitig evakuiert werden. Viele Wildtiere starben in den Flammen²⁵. Die Feuerwände waren bis zu 40 Meter hoch und das Feuer verbreitete sich in enormer Geschwindigkeit²⁶. Da 70% der Wälder in Privatbesitz und die Eigentümer nur teilweise gegen Brand versichert waren, mussten diese teilweise existenzbedrohende Verluste hinnehmen²⁷. Die Schadenssumme wurde nach den Bränden auf 40 Millionen D-Mark²⁸ geschätzt sowie weitere 60-80 Millionen D-Mark²⁹ zur Räumung und Wiederaufforstung der Gebiete.

¹⁵ Brunswig, 1963a, S. 2.

¹⁶ Tipp, M. / J. O. Unger 2012: „Besonders hat mir die unglaubliche Hilfsbereitschaft der Menschen imponiert“. In: Löschblatt. Das Magazin der Feuerwehr Hamburg 47/2012, S. 11.

¹⁷ Prügel, H. Staatliche Landesbildstelle Hamburg (Hrsg.) 1962: Die große Sturmflut in Hamburg – Beiheft zur Lichtbildreihe. Hamburg, S. 7.

¹⁸ Prügel, 1962, ebenda.

¹⁹ „Unser Feuer machen wir selber aus“. In: Der Spiegel 34/1975, S. 18.

²⁰ Brand in der Lüneburger Heide. http://de.wikipedia.org/wiki/Brand_in_der_L%C3%BCneburger_Heide (Stand 13.01.2013); Flammen entfachen die Feuerslust. Bewirkten Brandstifter die norddeutsche Katastrophe? In: Der Spiegel 34/1975, S. 99.

²¹ Brand in der Lüneburger Heide. http://de.wikipedia.org/wiki/Brand_in_der_L%C3%BCneburger_Heide (Stand 13.01.2013).

²² Weidner, O. U. 1975: Der „Jahrhundert-Brand“ – eine beispiellose Katastrophe. Mit 13000 Mann, mit Panzern, Flugzeugen, Hubschraubern, Wasserbomben und Spezialgerät gegen lodernde Flammenmeere. In: ZS Magazin Zeitschrift für Zivilschutz, Katastrophenschutz und Selbstschutz 09/1975, S. 7.

²³ Schläfer, H. 1975: Niedersachsen 1975. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 09/1975, S. 258f.

²⁴ Weidner, 1975, S. 7.

²⁵ Luttermann, K. (Hrsg.) 1977: Die große Waldbrand-Katastrophe. 2. Auflage. Hannover, S. 34.

²⁶ „Unser Feuer machen wir selber aus“, S. 17.

²⁷ „Unser Feuer machen wir selber aus“, S. 25.

²⁸ Weidner, 1975, S. 7.

²⁹ Weidner, 1975, ebenda.

2.3 Schneekatastrophe in Norddeutschland 1978/79

Art der Katastrophe: Die Katastrophe wurde durch einen Kälteeinbruch (-25 Grad) mit Schnee- und Eisstürmen ausgelöst³⁰. Schneemassen - hierbei handelte es sich um Schneehöhen bis 70 cm und Schneeverwehung von bis zu 6 m Höhe³¹ - sowie Sturmhochwasser in vielen norddeutschen Städten - führten zum Zusammenbruch der Normalität³². Das durch das Auftauen der Schneemassen erzeugte Schmelzwasser führte vielerorts zu Überschwemmungen³³.

Dauer: Die Katastrophe dauerte zunächst 6 Tage (28.12.1978 – 2.1.1979), allerdings kam es im Februar erneut zu massivem Schneefall³⁴. Die geschlossene Schneedecke hielt insgesamt 67 Tage³⁵.

Betroffenes Gebiet: Von der Katastrophe war Norddeutschland sowohl auf dem Gebiet der BRD als auch dem der DDR betroffen. Ganz besonders hart traf es die Insel Rügen (120.000 Einwohner)³⁶ und die Insel Hiddensee³⁷.

Folgen: Die Katastrophe schloss viele Menschen in ihren Wohnungen ein. Mindestens 22 Menschen (17 in der BRD und nach offiziellen Angaben 5 in der DDR)³⁸ starben, viele durch Erfrieren in ihrer Wohnung³⁹. Die durch die Katastrophe verursachten Schäden wurden in Westdeutschland auf ca. 140 Millionen D-Mark geschätzt⁴⁰. Für die ehemalige DDR liegen keine belastbaren Angaben vor.

2.4 Oderhochwasser 1997

Art der Katastrophe: An den Flussläufen der Oder kam es zu einer Überschwemmungskatastrophe. Das Wasser stand in den überfluteten Gebieten teils 9 Meter hoch⁴¹.

Dauer: Das Hochwasser erreichte Brandenburg am 17. Juli, aber bis zum Bruch von 2 Deichen (23.07./ 25.07) vergingen ca. 8 Tage. Wiederum 8 Tage später konnten die Menschen in ihre

³⁰ Heed, L. (a): Der Schneewinter 1978/19 – ein Überblick. Schleswig-Holstein: Schnee bis Mitte Mai. http://www.ndr.de/geschichte/chronologie/siebzigerjahre/schneechaosueberblick100_page-1.html (Stand 23.01.2013).

³¹ Heed, L. (b): Der Schneewinter 1978/79 – ein Überblick. Teil 3: Chaos auf Rügen. http://www.ndr.de/geschichte/chronologie/siebzigerjahre/schneechaosueberblick100_page-3.html (Stand 23.01.2013).

³² Schneekatastrophe in Norddeutschland 1978. http://de.wikipedia.org/wiki/Schneekatastrophe_in_Norddeutschland_1978 (Stand 20.01.2013).

³³ Meinardus, H. 12.03.2010: Die Entwicklung des Katastrophenschutzes im Landkreis Friesland seit der Schneekatastrophe 1978/79 – Geschichte, Recht und Organisation. Diplomarbeit. Hannover, S. 36.

³⁴ Heed (a).

³⁵ Schneekatastrophe in Norddeutschland 1978. http://de.wikipedia.org/wiki/Schneekatastrophe_in_Norddeutschland_1978 (Stand 20.01.2013).

³⁶ Herr, K.: Protokoll einer Katastrophe – Das Schneechaos 1978. ARD-Dokumentation. <http://www.youtube.com/watch?v=csnJZAmEFCM&feature=gv> (Stand 23.01.2013).

³⁷ Heed (b)

³⁸ Herr, Schneechaos 1978 (Stand 23.01.2013).

³⁹ Heed (b).

⁴⁰ Schneekatastrophe in Norddeutschland 1978. http://de.wikipedia.org/wiki/Schneekatastrophe_in_Norddeutschland_1978 (Stand 20.01.2013).

⁴¹ Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (Hrsg.) 1997: 54 Tage Oder – wir konnten helfen. Berlin, S. 8.

Wohnungen zurückkehren⁴². Der besonders dramatische Zeitraum umfasste ca. 3 Wochen, aber für einige Einsatzkräfte war der Einsatz erst nach 6 Wochen beendet⁴³.

Betroffenes Gebiet: Zwischen der Ziltendorfer Niederung und dem nördlichen Ende des Oderbruch wurden ca. 5.500 Hektar überflutet⁴⁴.

Folgen: In Deutschland waren 20.000 Menschen von der Katastrophe betroffen, 8.000 mussten bzw. konnten vor dem Deichbruch evakuiert werden. In Deutschland gab es (anders als in Tschechien und Polen) keine Toten, aber 330 Millionen Euro Sachschaden⁴⁵.

2.5 Elbehochwasser 2002

Art der Katastrophe: Extremhochwasser trat entlang der Donau und vor allem entlang der Elbe und vieler ihrer Nebenflüsse auf, begleitet durch verheerende Schlammlawinen⁴⁶.

Dauer: Der Höhepunkt der Katastrophe war von Mitte bis Ende August 2002, allerdings begann die Rückkehr zur „Normalität“ aufgrund der Aufräum- und Aufbauarbeiten erst ab Mitte September⁴⁷.

Betroffenes Gebiet: Das Hochwasser traf vor allem die Bundesländer Bayern, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Insgesamt waren 60 Landkreise und kreisfreie Städte betroffen⁴⁸. Besonders massiv war die Überschwemmung in Sachsen, vor allem in Dresden waren mehrere Stadtteile einschließlich der Innenstadt überflutet⁴⁹. In Sachsen wurde Katastrophenalarm in 14 Städten und Landkreisen ausgerufen⁵⁰. Insgesamt waren in Sachsen 76.000 Hektar⁵¹ überschwemmt.

Folgen: In dem am stärksten belasteten Bundesland Sachsen mussten von den 337.000 Menschen⁵² im Einzugsbereich des Hochwassers ca. 100.000⁵³ ihre Wohnungen verlassen. In Dresden war der Pegelstand am 17.08. bei 9.40m⁵⁴. Während der Katastrophe starben in Sachsen insgesamt 21 Menschen⁵⁵, sowohl Zivilisten als auch Feuerwehrmänner. Es wurden 25.000 Häuser⁵⁶ überflutet und

⁴² Oderhochwasser. http://de.wikipedia.org/wiki/Oderhochwasser_1997 (Stand 22.01.2013).

⁴³ Unter Bezugnahme auf ein Interview mit den Zeitzeugen Werner Bode, stellvertr. Gruppenführer Ernst-Thälmann-Siedlung, mit Bernd Franke (Ortswehrführer Ziltendorf) und Karl-Otto Heiden (Ortswehrführer Wiesennau). Interviewer: Frieder Kircher und Zückmantel, 16.01.2014.

⁴⁴ Oderhochwasser. http://de.wikipedia.org/wiki/Oderhochwasser_1997 (Stand 22.01.2013).

⁴⁵ Oderhochwasser. http://de.wikipedia.org/wiki/Oderhochwasser_1997 (Stand 22.01.2013).

⁴⁶ Hochwasser in Mitteleuropa 2002. http://de.wikipedia.org/wiki/Elbhochwasser_2002 (Stand 30.01.2013).

⁴⁷ Broemme, A. / B. Pawelke 2002: Hochwasserkatastrophe im August 2002. Erfahrungen – Analysen – Konsequenzen. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 10/2002, S. 868.

⁴⁸ Thorns, J. 2002: Die Jahrhundertflut 2002. Eine Übersicht. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 10/2002, S. 823.

⁴⁹ Thorns, 2002, S. 825ff.

⁵⁰ Thorns, 2002, S. 823.

⁵¹ Hochwasser in Mitteleuropa 2002. http://de.wikipedia.org/wiki/Elbhochwasser_2002 (Stand 30.01.2013).

⁵² Thorns, 2002, S. 823.

⁵³ Belitz, H.-J. 2002: Jahrhundertflut: erster Erfahrungsaustausch. Folgerungen aus den Erfahrungen bei der »Jahrhundert-Flut« für die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 10/2002, S. 872.

⁵⁴ Thorns, 2002, S. 833.

⁵⁵ Thorns, 2002, S. 823.

zum Teil schwer beschädigt. Auch 12.000 Gewerbegebiete⁵⁷ wurden überschwemmt. Allein die Deutsche Bahn hatte Schäden in Höhe von 1 Milliarde Euro⁵⁸. Der Gesamtschaden belief sich auf 22,6 Milliarden Euro⁵⁹.

2.6 Vorgehensweise

Zu den genannten Ereignissen wurden aus verschiedenen Büchern, Zeitschriften und Internetquellen Informationen zusammengetragen und analysiert. Bei den Zeitschriften handelt es sich um den „Spiegel“, vor allem aber um die Zeitung für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen „Brandschutz“, um die „Zeitschrift für Zivilschutz, Katastrophenschutz und Selbstschutz“, das Bevölkerungsschutzmagazin, das ZB-Magazin und die Zeitschrift „Crisis Prevention.“ Die Entstehung der analysierten Quellen ist zum einen zeitlich eng mit der jeweiligen Katastrophe verbunden, zum anderen aber wurde in einigen Quellen mit deutlicher zeitlicher Verschiebung das Ereignis nochmals ausgewertet. Ergänzend zu den genannten Quellen wurde zur Oderflut von der Berliner Feuerwehr noch ein Interview mit Zeitzeugen geführt.

⁵⁶ Grünewald, U. 2012: Das Hochwasser(-Jubiläums-)Jahr 2012. Lehren und Erfahrungen im Elbegebiet. In: Crisis Prevention. Das Fachmagazin für Innere Sicherheit, Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe 04/2012, S. 31.

⁵⁷ Grünewald, 2012, ebenda.

⁵⁸ Hochwasser in Mitteleuropa 2002. http://de.wikipedia.org/wiki/Elbhochwasser_2002 (Stand 30.01.2013).

⁵⁹ Thorns, 2002, S. 823.

3 Rolle und Erfahrungen der taktisch organisierten Kräfte (Feuerwehr, Hilfsorganisationen, Technisches Hilfswerk etc.) in den ausgewählten Katastrophenereignissen

(Frieder Kircher, Berliner Feuerwehr)

Im nachfolgenden Textteil wird die Rolle der taktisch organisierten Kräfte dargestellt. Taktisch organisiert, weil sie in geordneten, vorbereiteten und trainierten Einheiten auf den Katastrophenfall zielgerichtet bereits vor Eintritt der Katastrophe ausgebildet wurden. Dabei wird darauf hingewiesen, dass „professionell“, wie im Vorfeld dargestellt, nicht im Sinne von hauptamtlich zu verstehen ist, sondern als organisierte Einheit bzw. Einrichtung, die auf die Bewältigung von Schadenslagen und Katastrophenereignissen durch Ausbildung und Planung vorbereitet ist. Dies ist auch mit ehrenamtlich tätigen Kräften möglich.

3.1 Sturmflut in Hamburg 1962

Der die massiven Schäden an Menschen und Sachwerten auslösenden Sturmflut in der Nacht vom 16. auf den 17. Februar 1962 ging eine Sturmlage mit angekündigten, sturmbedingten Hochwasserständen voraus, die in Hamburg aber aufgrund der langjährigen Erfahrungen keine größere Besorgnis auslöste⁶⁰. Die Stadt war in der Bewältigung derartiger Ereignisse routiniert und sowohl die Bevölkerung als auch die Gefahrenabwehrbehörden registrierten das Wetterereignis, bereiteten sich durch Sperrungen von nahe der Elbe gelegenen Straßen vor, beseitigten Sturmschäden oder sicherten lose Bauteile. Die Hamburger Feuerwehr war mit allen Kräften im Einsatz und bewältigte routiniert alle Aufgaben, die sie in den vorangegangenen Jahrzehnten auch schon immer so gemacht hatte. Durch die Meldungen von Einsatzkräften vor Ort wurden aber ab 0.30 Uhr des 17. Februar 1962 erste Anzeichen sichtbar, dass die wenig Besorgnis erregende Vorhersage eines Hochwasserstandes von 3 m über Normal gegen 3.46 Uhr eventuell überschritten werden könnte. Daraufhin wurde versucht, mit Sirensignalen und durch Lautsprecherdurchsagen die Menschen in den tiefer gelegenen Gebieten zu warnen, was aber in vielen Fällen nicht beachtet wurde. Die Katastrophe nahm ihren bekannten Verlauf und die Männer der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehr versuchten zu retten, was zu retten war. Die Kräfte der Feuerwehr und örtlich ansässigen Hilfsorganisationen waren im dauerhaften Einsatz, teilweise unter Lebensgefahr, und retteten zahlreiche Menschen aus akuter Bedrohung, die sich auf die Dächer ihrer überfluteten Häuser gerettet hatten.

Als bei Tageslicht das wahre Ausmaß der Katastrophe klar war, wurde von dem damaligen Innensenator Helmut Schmidt überörtliche Hilfe von der Bundeswehr und den Alliierten angefordert. Sie sollten mit Hilfe von Hubschraubern und Sturmbooten, die Menschen, die sich in den am stärksten betroffenen Gebieten auf die Dächer der Häuser geflüchtet hatten, retten. Dies gelang bis zum Abend des 18. Februars. Entgegen der spektakulären Pressebilder wurden aber die meisten Menschen mit Booten und nicht von Hubschraubern gerettet⁶¹.

⁶⁰ Brunswig, H. 1963a: Sturmflut über Hamburg. Einsätze und Erfahrungen der Hamburger Feuerwehr. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 01/1963, S. 3.

⁶¹ Brunswig, 1963a, S. 10.

3.1.1 Rolle und Erfahrungen der taktisch organisierten Kräfte

Die Feuerwehr ist in Hamburg für die Gefahrenabwehr bei Bränden und bei technischen Hilfeleistungen, aber auch für die Bewältigung von Naturgefahren zuständig. Sie besteht aus Berufsfeuerwehr und Freiwilliger Feuerwehr. Daher zählte sie auch zu den ersten, die die heraufziehende Katastrophe wahrgenommen und zusammen mit der Polizei auch die ersten Maßnahmen getroffen hat. Durch die flächendeckende Verteilung der Feuerwachen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr ist sie die Organisation, die schnell und wirksam eine Menschenrettung durchführen kann. Durch die Größe der zu erwartenden Schadenslage zählt auch der Leiter der Feuerwehr zu den wichtigsten Beratern der politischen Führung, wenn es um die Entscheidung der Anforderung von Kräftepotentialen außerhalb der regulären Stärke der Gefahrenabwehrbehörden geht. Die Feuerwehrführung hatte aber auch die Aufgabe, bei der Lageerkundung und der Informierung der politischen Führung mitzuwirken. Sie unterstützte den damaligen Innensenator Helmut Schmidt bei der Entscheidungsfindung über weitergehende Unterstützungsmaßnahmen. Hamburgs ehemaliger Oberbranddirektor Hans Brunswig hat in seinem Erfahrungsbericht aber auch auf zahlreiche Hilfsorganisationen hingewiesen, die insbesondere zwei Tage nach dem Ereignis in großer Zahl aufgetaucht waren und sich an erstbesten Stellen, ohne Absprache mit dem Katastrophen-Stab, selbst eingesetzt hatten⁶². Dabei könnte es sich auch um Kräfte des damaligen Luftschutzhilfsdienstes gehandelt haben. Diese Organisation war aus den Erfahrungen des 2. Weltkrieges und der damaligen Blockbildung zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt zum Schutz der Zivilbevölkerung vor Kriegsfolgen vom Bund geschaffen worden. Einsatzberichte des Luftschutzhilfsdienstes aus Hamburg sind bei Freutel⁶³ aufgeführt.

Aus den Erfahrungsberichten der Hamburger Feuerwehr und des damaligen Innensensors lassen sich folgende Schwerpunkte erkennen:

- Eine organisierte Führung der Hilfskräfte und ein guter Lageüberblick, der zu schnellen und sicheren Entscheidungen insbesondere von dezentralen Führungsstellen hinführt, sind entscheidend für den Erfolg der Gefahrenabwehrmaßnahmen.
- Der Schwerpunkt der praktischen Katastrophenabwehrmaßnahmen sollte bei den örtlichen Instanzen der Gefahrenabwehr liegen.
- Zentrale Katastrophenführungsstäbe müssen insbesondere die allgemeine Führung und das Heranführen von Hilfskräften, Hilfsmitteln und die notwendige Versorgung der Bürger organisieren.
- Insbesondere für die Bewältigung einer sich schnell entwickelnden Katastrophenlage muss dafür gesorgt werden, dass Organisationen bereit stehen, die **schnell** ihre Helfer alarmieren können, damit diese organisiert zum Einsatz geführt werden können⁶⁴.
- Die Warnung der Bevölkerung, insbesondere vor den Folgen von schwerwiegenden Überflutungen, ist unbedingt erforderlich. Der Versuch durch damals noch vorhandene Sirensignale von Luftschutzsirenen scheiterte an der fehlenden Kenntnis der Bedeutung dieser Signale.⁶⁵

⁶² Brunswig, H. 1963b: Sturmflut über Hamburg. Einsätze und Erfahrungen der Hamburger Feuerwehr. Fortsetzung und Schluß. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 02/1963, S. 28.

⁶³ Freutel, H. 1962: Jederzeit einsatzbereit – Mithilfe des BLSV bei den Katastrophen in Hamburg und Völklingen. In: ZB-Magazin 03/1962, Bundesluftschutzverband, S. 3.

⁶⁴ Brunswig, 1963b, S. 29.

⁶⁵ Ebd., S. 30ff.

Der massive Einsatz der Bundeswehr mit Hubschraubern verdeutlichte auch die Notwendigkeit, Regelungen für den Einsatz der Bundeswehr im Inneren bei Katastrophen zu schaffen. (Der Bundeswehreinsatz in der Flutkatastrophe hatte keine grundgesetzliche Abdeckung, hat aber vielen Menschen das Leben gerettet.)⁶⁶

3.2 Waldbrände in Niedersachsen 1975

Die Waldbrände in der Lüneburger Heide im August 1975 waren damals die größte Waldbrandkatastrophe der Bundesrepublik und machten den Einsatz von ca. 11.000 Feuerwehrleuten, Helfern des THW und von den Hilfsorganisationen, Soldaten der Bundeswehr und Beamten des Bundesgrenzschutzes erforderlich.⁶⁷ Durch die Brände wurden über 8.000ha Wald vernichtet. Die Größe der Lage und die dynamische Entwicklung forderten schnelle Reaktionen aber auch die systematische Führung einer großen Anzahl von Einsatzkräften durch lokal zuständige Katastrophenschutzbehörden.

3.2.1 Rolle und Erfahrungen der taktisch organisierten Kräfte

Entsprechend der Lage stellten die Feuerwehren den Hauptanteil der Hilfskräfte. Nicht nur die örtlichen, sondern auch überörtliche Einheiten sowohl von freiwilligen Feuerwehren als auch Berufsfeuerwehren waren beteiligt. Die Einsatzleitung lag bei den zuständigen Hauptverwaltungsbeamten in den Landkreisen. Zur Unterstützung wurden auch Einheiten der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes mit Bergepanzern und Hubschraubern hinzugezogen.

Bei der Auswertung dieser schwierigen Einsatzlage wurden zur Verbesserung folgende Forderungen aufgestellt:

- Bei den Katastropheneinsatzleitungen auf der Ebene der Hauptverwaltungsbeamten der Landkreise wurden die „Leitungsebenen Oberleitung, technische Leitung und Einsatzleitung“ zu sehr vermischt. Es wurde eine klare Regelung für feste Zuständigkeiten gefordert⁶⁸.
- Die Führung einer großen Anzahl von Einsatzkräften erfordert umfangreiches Führungswissen und stabsmäßiges Arbeiten. Dies wurde bis zu diesem Zeitpunkt nicht ausreichend in der Fläche gelehrt. Die militärisch übliche Stabsorganisation mit den Stabsfunktionen wurde zwar vor der Waldbrandkatastrophe schon diskutiert, sie war aber 1975 noch nicht flächendeckend umgesetzt. Diese Notwendigkeit eines modernen Führungssystems im Katastrophenschutz wurde nach den Waldbränden unterstrichen und auch umgesetzt^{69, 70}.

⁶⁶ Tipp, M. / J. O. Unger 2012: „Besonders hat mir die unglaubliche Hilfsbereitschaft der Menschen imponiert“. In: Löschblatt. Das Magazin der Feuerwehr Hamburg 47/2012, S. 15.

⁶⁷ Bürger, A. 1975: Der große Brand in der Lüneburger Heide. Gedanken des Präsidenten des DFV. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 10/1975, S. 287 – 289.

⁶⁸ Jeschke, J. / R. Münch / B. Wiechmann 1976: Die Brandkatastrophe in Niedersachsen im August 1975. Sicht der Berufsfeuerwehren Braunschweig und Salzgitter. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 05/1976, S. 116/117.

⁶⁹ Schläfer, H. 1976: Das Problem: Führung im Großeinsatz. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 04/1976, S. 82.

⁷⁰ Schläfer, H. 1975: Niedersachsen 1975. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 09/1975, S. 258.

- Die Führungsphilosophie war noch stark geprägt von der Leistungskraft eines einzelnen Führers, der den Überblick hat und als starke Führungspersönlichkeit alle kritischen Situationen beherrscht. Dies wurde als nicht mehr zeitgemäß erkannt und stattdessen mehr Delegation und Koordination durch den Einsatz von Führungsstäben auch zur taktischen Führung von Großeinsätzen vor Ort gefordert⁷¹.
- Die Schwächen bei der Führung großer Einheiten, die teilweise durch militärische Führungsorganisation in dieser Lage auszugleichen versucht wurden, ließen die Forderung nach fest definierten Führungsgruppen auf den Ebenen Kreis, Bezirk und Land aufkommen. Überregional einsetzbare Führungsstäbe, auch mit Berufsfeuerwehrlenten besetzt, die in Form „Fliegender Stäbe“ die Einsatzleitung übernehmen sollten, wurden als Idee zur Lösung von Defiziten in der Führungsausbildung von Führungskräften der Freiwilligen Feuerwehren angeführt⁷².
- Die fernmeldetechnische Ausstattung der Feuerwehren lag noch hinter den Erfordernissen einer großflächigen und sich schnell entwickelnden Katastrophenlage zurück. Hier wurden sowohl hinsichtlich der Ausstattung als auch der Ausbildung deutliche Verbesserungen gefordert⁷³.

3.3 Schneekatastrophe in Norddeutschland 1978/1979

Die extremen Schneefälle im Winter 1978/1979 in Norddeutschland zeigten erstmals auf, wie verletzlich eine moderne Zivilisation sein kann. Durch die Schneefälle war das öffentliche Leben teilweise zum Erliegen gekommen. Abgelegene Höfe waren von der Außenwelt und von der Stromversorgung teilweise tagelang abgeschnitten und viele Menschen waren teilweise allein auf sich gestellt und hatten keinen Zugriff auf die Leistungen der Zivilisation wie Strom und Wasser (kritische Infrastruktur). Besonders die vulnerablen Personengruppen wie Alte und Kranke konnten wegen des Zusammenbruchs des Verkehrssystems nicht mehr von der regulären Hilfe durch die privaten und staatlichen Einrichtungen erreicht werden.

3.3.1 Rolle und Erfahrungen der taktisch organisierten Kräfte

Der Schwerpunkt der Hilfeleistung lag bei den örtlich zuständigen Kräften der Feuerwehren und des Rettungsdienstes, welche von der Bundeswehr und dem THW unterstützt wurden. Die Katastrophenschutzstäbe, die nach dem 1978 verabschiedeten Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetz den Katastropheneinsatz führen sollten, waren aber erst zum Teil funktionsfähig. Dies führte zu erheblichen Überlastungen einzelner Stabsmitglieder, da noch keine Ablösekräfte ausgebildet waren. Zudem wurde der Fehler gemacht, dass die Mitglieder nicht aus dem Ort kamen, wo der Katastrophenschutzstab tagte. Dies führte bei den Wetterumständen dazu, dass manche Stabsmitglieder ihren Einsatzort nicht erreichten. Insgesamt waren im täglichen Höchststand bis zu 6.400 Soldaten im Einsatz. Hinsichtlich des Bundeswehreinsetzes wurde vor allem der mangelhafte Informationsfluss zwischen zivilen und militärischen Führungsstäben auf Landesebene kritisiert⁷⁴. Die Zusammenarbeit zwischen den örtlichen zivilen Stäben, den Verteidigungskreiskommandos und den eingesetzten Kräften verlief aber reibungslos. Auch von einer guten Zusammenarbeit in der

⁷¹ Bürger, 1975, S. 288.

⁷² Jeschke, Münch, Wichmann, 1976, S. 117.

⁷³ Ebd., S. 117.

⁷⁴ Fuhr, E. / G. Yske 1979: Streitkräfte und Katastrophenbewältigung. In: Zivilverteidigung 04/1979, S. 9.

Herstellung von Fernmeldeverbindungen zwischen militärischen und zivilen Einrichtungen mit Bundespost und Bundesbahn wird in der gleichen Quelle berichtet⁷⁵.

3.4 Oderhochwasser 1997

Das Oderhochwasser wurde durch extreme Niederschläge Anfang Juli in den tschechischen und polnischen Gebirgsregionen ausgelöst und erreichte am 14. Juli das Bundesland Brandenburg, in dem danach die Hochwasseralarmstufe I in allen vier an der Oder gelegenen Landkreisen und in der Stadt Frankfurt (O.) ausgelöst wurde. Weitere starke Regenfälle zwischen dem 17. und 21. Juli und das gleichzeitige Ablassen zahlreicher polnischer Trinkwassertalsperren ließen eine noch stärkere Flut erwarten und führten zu ersten Maßnahmen der Deicherhöhung.

Am 23. Juli brach bei Brieskow-Finkenheerd der Damm. Das Wasser in der Ziltendorfer Niederung stieg und führte zwei Tage später zu einem weiteren Deichbruch (Ortschaft Aurith). Nach den beiden Deichbrüchen wurde die Ziltendorfer Niederung vollständig überflutet, und es floss auf Grund der geologischen Struktur des Gebietes mehr Wasser hinein als heraus. Teilweise war der Wasserstand 1,5 m höher als im Flussbett selbst⁷⁶. Die Deichverteidigung in diesem 5.500 ha großen Gebiet war nicht mehr möglich und die Evakuierung von über 2.800 Einwohnern erforderlich. Am 30./31. Juli drohte bei Hohenwutzen ein weiterer Deichbruch, der zur Überflutung des gesamten Oderbruchs geführt hätte. 6.500 Menschen wurden vorsorglich evakuiert. In einem stundenlangen Dauereinsatz wurden mit Hubschraubern der Bundeswehr Sandsäcke an die drohende Bruchstelle im Deich geflogen und dort unter Lebensgefahr von den Soldaten eingebaut⁷⁷.

3.4.1 Rolle und Erfahrungen der taktisch organisierten Kräfte

Die örtlichen Einsatzkräfte der Feuerwehren sowie die angrenzenden Ortsverbände des THW waren in der Anfangsphase ab dem 17.07.1997 die einzigen Kräfte, die zusammen mit den Kräften des Landesumweltamtes, der Deich- und Bodenverbände und der Brandenburgischen Polizei die Katastrophenabwehr aufnahmen⁷⁸. Der Einsatz der örtlichen Kräfte wurde nach und nach zu einem der damals größten Katastrophenschutzsätze der Bundesrepublik verstärkt: Kommunale Feuerwehren, Technisches Hilfswerk, Hilfsorganisationen, Bundeswehr und Bundesgrenzschutz waren mit fast 50.000 Menschen im Einsatz. Für die Bundeswehr war der Höchststand an einem Tag von 10.000 Soldaten der größte friedensmäßige Einsatz zur damaligen Zeit. Folgende Erfahrungen wurden gemacht^{79, 80}:

- Das Informationssystem über die Pegelstände erwies sich als unzuverlässig, da nicht nur die Pegelmesser untergegangen waren, sondern auch das Institut für Wasserwirtschaft und

⁷⁵ Meinardus, H. 12.03.2010: Die Entwicklung des Katastrophenschutzes im Landkreis Friesland seit der Schneekatastrophe 1978/79 – Geschichte, Recht und Organisation. Diplomarbeit Kommunale FH für Verwaltung in Niedersachsen. Hannover, S.14.

⁷⁶ Zeitzeugeninterview Bode, Franke, Heiden, 16.01.2014.

⁷⁷ THW 1998: IM Brandenburg, Bundeswehr und Bundesgrenzschutz, Gemeinsamer Erfahrungsbericht zum Oderhochwasser. In: Notfallvorsorge 02/1998, Walhalla Fachverlag, Regensburg, S. 5 – 11.

⁷⁸ THW, 1998, S. 5.

⁷⁹ Zeitzeugeninterview Bode, Franke, Heiden, 16.01.2014.

⁸⁰ THW, 1998, S. 9 – 10.

Meteorologie in Breslau unter Wasser stand und somit keine Informationen mehr liefern konnte.

- Der Austausch der Lagefeststellung zwischen den örtlichen Katastrophenschutzstäben und dem Krisenstab im Innenministerium funktionierte anfänglich nicht, die politischen Zuständigkeiten waren unklar und mögliche finanzielle Folgen wurden gescheut. Diese Faktoren verzögerten so eine frühzeitige Anforderung von überregionaler Unterstützung. Erst nach einem vor Orttermin des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl wurde bundesweite Hilfe, u.a. von der Berliner Feuerwehr, der Bundespolizei und der Bundeswehr angefordert.
- Insbesondere den Bundesorganisationen fehlten Detailkenntnisse über die Organisation des brandenburgischen Katastrophenschutzes. Dies lag unter anderem darin begründet, dass die Katastrophenschutzstrukturen der ehemaligen DDR bereits abgewickelt waren und neue, wie beispielsweise THW-Ortsverbände, noch nicht überall existierten. Aus diesem Grund wurden vor Ort gemeinsame Entscheidungen durch je einen Vertreter des Bundesgrenzschutz, der Bundeswehr und der lokalen Feuerwehr, in Absprache mit dem lokalen Stab des THW und dem Stab der Bundeswehr getroffen.
- Der Einsatz von fast 50.000 Helfern über eine Länge von fast 80 km machte eine Vielzahl von Führungsstellen teilweise unterschiedlicher Organisationen erforderlich, die teils nach unterschiedlichen Führungsprinzipien handelten. Dies führte zu Zeitverzögerungen und Missverständnissen.
- Fehlende Ressourcen vor Ort wie z.B. große Mengen an Sandsäcken mussten aus dem europäischen Ausland beschafft werden.
- Nach der Katastrophe erfolgte eine umfassende und dringend erforderliche Deichsanierung. Nach 1990 wurde keine aktive Deichpflege mehr betrieben, zum Beispiel das Weiden von Schafen auf den Deichen, Ablaufgräben freigehalten oder Schöpfwerke gewartet. Allerdings gab es beim Hochwasserschutz auch neue Herausforderungen, wie das Versanden des Oderflussbettes auf Grund des zu geringen Schiffsverkehrs.

Die stellenweise fehlende Kenntnis der ortsspezifischen Besonderheiten durch Helfer aus anderen Gebieten Deutschlands führte zu Verständigungsproblemen mit der Bevölkerung. Beispielsweise wurden Berliner Polizisten zur Absicherung des Katastrophengebietes eingesetzt, die mehrfach zuständige Deichläufer nicht zum Einsatzgebiet durchließen. In der Folge wurden Deichläufer daraufhin mit speziellen Ausweisen und Arbeitswesten ausgestattet⁸¹.

3.5 Elbehochwasser 2002

Das Elbehochwasser wurde verursacht durch langanhaltende Regenfälle in Südosteuropa und im Osten von Deutschland. Es bestand aus zwei zeitlich versetzten Phasen: Den sturzflutartigen Überschwemmungen des Erzgebirges wie z.B. durch die Weißeritz und die Müglitz und dem Elbehochwasser, stark beeinflusst von den Zuflüssen im Flachland wie z.B. der Mulde und der Weißen Elster.

⁸¹ Zeitzeugeninterview Bode, Franke, Heiden, 16.01.2014.

Während die Überflutungen im Erzgebirge eher sehr schnell und ohne große Vorwarnzeit auftraten, war bei dem Elbehochwasser durch einen kontinuierlichen Anstieg der Pegel die Möglichkeit einer Vorwarnung und eingeschränkten Vorbereitung gegeben.

3.5.1 Rolle und Erfahrungen der taktisch organisierten Kräfte

An der Rettung und Evakuierung sowie am Schutz von Menschen und Sachwerten waren in hohem Umfang Einsatzkräfte von Feuerwehren, Hilfsorganisationen, THW und Bundeswehr beteiligt.

Die längenmäßige Ausdehnung des Einsatzraumes von der deutsch/tschechischen Grenze bis zur Elbmündung in die Nordsee und die Verteilung des Hochwasserschutzes über fast 14 Tage machten das Elbehochwasser zu der damals personalintensivsten und längsten Einsatzstelle der Katastrophenschutzeinheiten Deutschlands. Das Ereignis erstreckte sich über einen Zeitraum von fast drei Wochen über das Gebiet von sechs Bundesländern (Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Hamburg).

Auch in diesem Fall standen in der Anfangsphase immer die Kräfte der kommunalen Gefahrenabwehr wie Feuerwehr, Polizei und örtliche Hilfsorganisationen im Vordergrund. Die Situation zwischen Oberlauf und Unterlauf der Elbe ist aber deutlich zu unterscheiden. Der Unterlauf ist weniger gefährdet, da das Flussbett tiefer und breiter ist und die verantwortlichen Behörden eine deutlich längere Vorbereitungszeit haben. Die Kommunen im Oberlauf und im Erzgebirge wurden durch Sturzregen teilweise von den Ereignissen ohne lange Vorwarnzeit überrollt und hatten keine Chance zur Vorbereitung auf die Katastrophensituation.

Infolge des Umfangs und der Dauer des Einsatzes war es erforderlich, dass zum Teil Einsatzkräfte aus Bayern nach Sachsen und in den sachsen-anhaltinischen Raum verlegt wurden. Eine derartig große Bewegung von Hilfskräften über Strecken von mehreren hundert Kilometern stellten bei der Heranführung und Versorgung der Hilfskräfte höchste logistische Herausforderungen für die von der Katastrophe betroffenen Behörden und Gebietskörperschaften dar. Auch die Zuordnung der Einsatzkräfte vor Ort und der sachgerechte Einsatz an den Schwerpunkten der Gefährdung und des Hilfebedarfs stellten enorme Anforderungen an die Katastrophenabwehrbehörden und Einsatzkräfte.

Aus zusammenfassenden Berichten wurden folgende Erfahrungen gezogen⁸²:

- Wegen der engen Verknüpfungen von täglicher Gefahrenabwehr und Katastrophenabwehr wird die Zusammenfassung der rechtlichen Grundlagen in einem Gesetz für nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr und Katastrophenschutz vorgeschlagen.
- Problematisch waren teilweise die Hilfsanforderungen von Kommunen direkt an Stellen außerhalb des betroffenen Bundeslandes (z.B. infolge von Städtepartnerschaften). Dadurch war die Kräfteübersicht für eine landeseinheitliche Bewältigung der Lage und eine sachgerechte Verteilung der überregionalen Einsatzkräfte nur schwer realisierbar.
- Erforderlich sind technische Verbesserungen hinsichtlich der Materialausstattung und Kommunikation, insbesondere der Absicherung von Infrastrukturen der Gefahrenabwehr gegen Stromausfall.

⁸² Sächsische Staatskanzlei (Hrsg.) 2002: Bericht der unabhängigen Kommission der Sächsischen Staatsregierung Flutkatastrophe 2002. Dresden, S. 189 – 210.

- Bei den Hilfsorganisationen wird eine starke Vereinheitlichung der Ausstattung auch über die Landesgrenzen befürwortet, ohne die Zuständigkeit der Länder für den Katastrophenschutz zu beeinflussen.
- Notwendig sind regelmäßige Übungen aller Führungsebenen in der Katastrophenabwehr von Fachberatern der Bundeswehr, Bundespolizei und Hilfsorganisationen.

Im Bereich des aktiven Führungshandelns wird auf Schwachpunkte in der Lagebeurteilung und vorausschauenden Planung von Einsatzkräften, immer bezogen auf die jeweilige Führungsebene, hingewiesen, die durch Übung und Training beseitigt werden müssen.

Die Analyse des Deutschen Feuerwehrverbandes sieht folgende Schwerpunkte⁸³:

- Die Trennung von Zivil- und Katastrophenschutz ist nicht mehr sinnvoll.
- Die Mitwirkung der Bevölkerung unter Anleitung von Führungskräften außerhalb der Gefahrenzone wird als möglich und sinnvoll beurteilt. Es sind aber auch Hinweise für das richtige Verhalten im Vorfeld von Katastrophen erforderlich.
- Die FwDV 100 hat sich als Rahmenvorschrift für alle Organisationen im Katastrophenschutz bewährt und sollte als Grundlage der Stabsarbeit im Katastrophenschutz generell Verwendung finden.
- Der Vorschlag zur Unterstützung der Stabsarbeit in ländlichen Gebieten lageabhängig "Mobile Unterstützungskräfte" z.B. von Berufsfeuerwehren vorzuhalten, wurde ebenfalls als Erfahrung aus der Elbeflut aufgeführt.
- Die Notwendigkeit eines "Dispositionszentrums für Helfer und Material" wurde gerade bei großflächigen Katastrophenlagen, die die Unterstützung auch aus anderen Bundesländern notwendig machen, gesehen.

⁸³ Broemme, A. / B. Pawelke 2002: Hochwasserkatastrophe im August 2002. Erfahrungen – Analysen – Konsequenzen. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 10/2002, S. 868 – 871.

4 Veränderungen der Rolle der taktisch organisierten Helfer von der Flut 1962 bis heute

(Frieder Kircher, Berliner Feuerwehr)

Die Betrachtung der Rolle der taktisch organisierten Helfer ist infolge ihrer vielfältigen Struktur umfassend nur unter Berücksichtigung von drei Punkten möglich:

1. der Zuständigkeit von Kommune, Land und Bund im Katastrophenschutz
2. der verschiedenen Organisationen, die im Katastrophenschutz mitwirken
3. der Veränderung in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg bis heute.

4.1 Zuständigkeit im Katastrophenschutz

Die Zuständigkeit für alle Maßnahmen des friedensmäßigen Katastrophenschutzes liegt bei den Bundesländern. Für den Verteidigungsfall hat gem. Art. 73 (1) Nr.1 GG der Bund das Gesetzgebungsrecht für den Schutz der Zivilbevölkerung. Diese Zuständigkeit spiegelt sich auch in der Aufstellung taktisch organisierter Einheiten für den Katastrophenschutz wieder.

Im Wesentlichen gilt für den Katastrophenschutz folgende Aufgabenverteilung:

- Gemeinde: lokale Gefahrenabwehr bis überörtliche Hilfe
- Länder: regionale bis überregionale Gefahrenabwehrmaßnahmen
- Bund: überregionale bis bundesweite Gefahrenabwehr⁸⁴

Dabei ist immer noch strittig, in welcher Form der Bund akut außerhalb des Verteidigungsfalles bei bundesweiten Schadensereignissen in die Länderhoheit eingreift.

4.2 Im Katastrophenschutz mitwirkende Organisationen

Die Kernorganisationen auf kommunaler Ebene stellen die Feuerwehren dar, die mit 1,3 Millionen Mitgliedern die größte taktisch strukturierte Organisation darstellen.

Auf der Landesebene gibt es keine taktisch strukturierten Organisationen, die direkt der Landesregierung unterstehen, wenn man von den Landespolizeien absieht, die im Rahmen ihrer originären Arbeit auch am Katastrophenschutz beteiligt sind.

Auf der Bundesebene steht das Technische Hilfswerk (THW) mit 80.000 Mitgliedern als Bundesorganisation, gegliedert in 8 Länderverbände, die jeweils mehrere Bundesländer umfassen, bereit.

⁸⁴ Kölbl, I. 2002: Weltweite Bedrohung – 1. Internationaler Kongress zum 11. September 2001. In: Bevölkerungsschutz 04/2002, S. 16.

Von den Bundesländern sind die privaten Hilfsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Deutsche Lebensrettungsgesellschaft, Johanniter Unfallhilfe und Malteser Hilfsdienst mit der Wahrnehmung von Aufgaben im Katastrophenschutz beauftragt. Diese privaten Organisationen haben ihre Grundstrukturen im Wesentlichen in lokalen Ortsverbänden auf Gemeindeebene strukturiert, gliedern sich organisatorisch aber bis zur Bundesebene.

Bundespolizei und Bundeswehr können nach den Regeln der Amtshilfe mit taktisch strukturierten Verbänden im Katastrophenschutz eingesetzt werden.

4.3 Veränderungen vom Ende des 2. Weltkriegs bis 2002

Es werden bei der historischen Betrachtung im Wesentlichen folgende Zeiträume unterschieden:

1. Die Zeit nach dem Ende des 2. Weltkrieges bis zur Verabschiedung des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (KatSG) vom 9. Juli 1968
2. Die Zeit zwischen 1968 und der deutschen Wiedervereinigung 1990
3. Die Zeit von 1990 bis 2002.

Innerhalb der verschiedenen Zeiträume ordnen sich die vorher diskutierten Katastrophenereignisse mit ihren Erfahrungen ein.

4.3.1 Die Zeit vom Ende des 2. Weltkriegs bis 1968

Nach den Schrecken des Luftkrieges, dem Zusammenbruch des 3. Reiches und der Gründung der Bundesrepublik und der DDR im Jahr 1949 wurde hauptsächlich versucht, die lokale Gefahrenabwehr in den Kommunen mit Feuerwehren und Sanitätsorganisationen wieder auf ein solides Fundament zu stellen. Mit der Ausbildung der Machtblöcke im Rahmen des Kalten Krieges war die Gefahr der größten Katastrophe, des Krieges, auch den Vätern des Grundgesetzes klar und es begannen Überlegungen, wie man sich auf diese Katastrophe vorbereiten konnte. Auf dieser Basis wurde die Gründung des THW durch den damaligen Bundesinnenminister Heinemann am 16. September 1950 als zunächst privatem Verein auf Bundesebene bzw. als "ziviler Ordnungsdienst" veranlasst⁸⁵.

1953 wurde das THW durch Errichtungserlass des Bundesministers für Inneres zur Bundesanstalt erklärt.

Mit der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und dem Beitritt zur NATO wurde der Aufbau einer Zivilverteidigung der Bundesrepublik und die Änderung des Grundgesetzes mit der Einführung der ausschließlichen Zuständigkeit des Bundes für den Schutz der Zivilbevölkerung in Art. 73 Abs. 1 Nr. 1 GG manifestiert.

Aufbauend auf diesem Auftrag wurde die Aufstellung von taktisch organisierten Einheiten des Bundes, dem Luftschutzhilfsdienst (LSHD), beschlossen. Schmitt beschreibt in der vfdb-Zeitschrift vom Mai 1957 den organisatorischen Aufbau eines Luftschutzhilfsdienstes (LSHD), der entscheidend von den Erfahrungen des 2. Weltkrieges geprägt ist.

⁸⁵ BBK 2008: Festschrift 50 Jahre Zivil- und Bevölkerungsschutz in Deutschland; Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Bonn, S. 15.

Der Luftschutzhilfsdienst gliederte sich in folgende Gruppen:

- LS - Brandschutzdienst
- LS - Bergungsdienst
- LS - Sanitätsdienst
- LS - Veterinärdienst
- LS - ABC-Dienst
- LS - Betreuungsdienst
- LS - Lenkungs- und Sozialdienst
- LS - Fernmeldedienst

Nach den Vorstellungen der Gründer sollte eine Stärke von 320.000 Mitgliedern erreicht werden⁸⁶. Der LSHD war in den Gemeinden als örtlicher LSHD gegliedert, die Bundesländer waren verpflichtet, überörtliche Verbände der Fachdienste des LSHD aufzustellen. Die Helfer des LSHD wurden vielfach aus den bestehenden Organisationen der Feuerwehren und der Sanitätsorganisationen gewonnen⁸⁷.

Die Ausstattung und Ausbildung des LSHD wurde durch den Bund finanziert. Diese Finanzierung stellte für die in der Aufbauphase befindlichen Kommunen in vielen Fällen eine Unterstützung in der Gefahrenabwehr, z.B. bei den Feuerwehren dar.

Gleichzeitig wurde durch die Ausbildung und die Übung mit überörtlich agierenden Katastrophenschutzeinheiten ein Hilfspotential auch für den friedensmäßigen Katastrophenschutz bereitgestellt.

Überörtliche Einheiten des LSHD waren beispielsweise auch bei der Sturmflut 1962 in Hamburg im Einsatz⁸⁸.

Aus dieser Zeit stammt aber auch die Kritik von Hans Brunswig, Leiter der Feuerwehr Hamburg, welcher den 2. Weltkrieg als aktiver Einheitsführer der Feuerschutzpolizei miterlebt hat. Er wandte sich insbesondere gegen die Doppelgleisigkeit des Katastrophenschutzes. In seiner Berichterstattung über die Sturmflut 1962 in Hamburg klagte er über die „vielen verschiedenen Organisationen, die teilweise in unbekanntenen Uniformen“⁸⁹ sich nach der schwierigsten Phase in die Katastrophenbekämpfung eingebracht hatten. Die Vertreter der Feuerwehren sahen in diesem Zustand des Katastrophenschutzes auch noch einen Restbestand aus der Denkweise des vergangenen Krieges, bei dem sie stark unter der Zentralisierung der kommunalen Arbeit der Feuerwehren in der Feuerschutzpolizei gelitten hatten. Sie plädierten für eine starke Stellung der Feuerwehren im Katastrophenschutz, die auf kommunaler Ebene auch das Hauptkontingent der Einsatzkräfte stellten.

Der Aufbau des LSHD und die Ausbildung einer derartig großen Zahl von Helfern brachte die junge Bundesrepublik in finanzielle Schwierigkeiten und überforderte auch die Leistungsfähigkeit der Menschen, die sich um den Wiederaufbau bemühten.

⁸⁶ Schmitt, E. 1957: Der Brandschutzdienst im Luftschutzhilfsdienst. In: vfdb-Zeitschrift 02/1957, S. 40.

⁸⁷ Schmitt, 1957, S. 36.

⁸⁸ Freutel, 1962, S. 2 – 5.

⁸⁹ Brunswig, 1963b, S. 30 ff.

Dies führte Mitte der 60er Jahre zum Umdenken und zur Anpassung der Strukturen des friedensmäßigen und verteidigungsorientierten Katastrophenschutzes⁹⁰.

4.3.2 Die Zeit zwischen 1968 und der Wiedervereinigung 1990

Das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 9. Juli 1968⁹¹ beendete die Doppelgleisigkeit des Katastrophenschutzes. In ihm wurde festgelegt, dass die Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes ihre Aufgaben sowohl in Friedenszeiten als auch im Verteidigungsfall wahrnehmen.

Der Bund finanzierte die Ausstattung und Ausbildung, sofern sie der Abwehr besonderer Gefahren im Verteidigungsfall dienten. Zusätzliche Ausstattung erhielten die Länder, die sie auf die kreisfreien Städte und Landkreise verteilten. Stärke und Gliederung legte der Bund fest. Die Aufsicht über den "erweiterten Teil" des Katastrophenschutzes hatten die Hauptverwaltungsbeamten (HVB) der kreisfreien Städte und Landkreise.

Zur Helfergewinnung wurde im Gesetz vorgesehen, dass wehrpflichtige Helfer anstelle des Grundwehrdienstes eine 10jährige Verpflichtung für den Dienst im Katastrophenschutz übernehmen können. Damit stand jährlich eine erhebliche Anzahl von jungen Männern zur Verfügung, die insbesondere die Feuerwehren, das THW und die Hilfsorganisationen für den Katastrophenschutz verstärkten.

In diesen Zeitraum fällt auch die oben beschriebene Waldbrandkatastrophe im Jahr 1975 in Niedersachsen und die Schneekatastrophe in Norddeutschland.

Auf Grundlage der Analyse der Erfahrungen stellt sich die Frage, ob die Umstellung der Organisation und Führung des Katastrophenschutzes und das Zusammenwirken nach der Gesetzesänderung 1968 noch nicht genügend eingeübt waren.

Der Verfasser dieses Beitrags kann sich aber an regelmäßig groß angelegte Übungen von LS-Katastrophenschutzeinheiten erinnern, die in der Zeit nach 1968 weniger oft stattgefunden hatten.

Es ist allerdings auch in Ermangelung von Katastrophenereignissen vor 1968 nicht möglich nachzuweisen, ob die vorherige Organisation und das Training der LSHD Einheiten vorher besser gewesen wären.

Die weltpolitischen Veränderungen bis zum Fall der Mauer führten aber dazu, dass sich die Katastrophenschutzeinheiten immer weiter von der Annahme der schwersten Katastrophe, des Luftkrieges entfernen. Zudem war die geopolitische Lage eher von dem Risiko eines Atomkrieges geprägt, der die konventionellen Annahmen des verteidigungsmäßigen Katastrophenschutzes stärker in den Hintergrund treten ließen.

⁹⁰ Schäfer, R. 1968: Die neue Konzeption, Erweiterung des Katastrophenschutzes im Rahmen der Zivilschutzplanung. In: Ziviler Bevölkerungsschutz 03/1968, Bundesluftschutzverband, S. 3 – 6.

⁹¹ Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1968, Teil I, S. 776.

4.3.3 Die Zeit von 1990 bis 2002

Die deutsche Wiedervereinigung ließ erst einmal Probleme des Katastrophenschutzes in den Hintergrund treten. Der stark militärisch geprägte Zivilschutz der DDR wurde abgewickelt. Damit trat zunächst ein Vakuum bei der Organisation der Einheiten des Katastrophenschutzes in den neuen Bundesländern auf.

Die riesigen finanziellen Aufgaben, die vor dem wiedervereinten Deutschland lagen, ließen die politisch Verantwortlichen neue Schwerpunkte setzen.

Da keine größeren Katastrophen in der Vergangenheit in Deutschland aufgetreten waren und die Kriegskatastrophe nach dem Zerfall der Blöcke in den Bereich der hoffnungsvollen Unwahrscheinlichkeit entschwunden war, wurden auch die Haushaltsansätze für den Katastrophenschutz im Bundeshaushalt nicht in dem erforderlichen Maß erhöht.

Es bestand jedoch Einigkeit, dass die Strukturen des Katastrophenschutzes der Bundesrepublik auch auf die neuen Bundesländer übertragen werden müssten⁹².

Gleichzeitig startete eine heftige Diskussion über die Zukunft des Zivilschutzes und der darin enthaltenen Einheiten und Einrichtungen^{93, 94}.

Beyer verweist im Bevölkerungsschutz-Magazin 6/91 darauf, dass eine erhebliche Verringerung der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes in den nächsten Jahren zu erwarten ist. Gleichzeitig ist damit zu rechnen, dass auch die Zahl der jungen Männer, die sich anstelle der Bundeswehr zum Katastrophenschutz verpflichten, zurückgehen wird. Er bezweifelt, dass die Länder bei Beibehaltung des Systems außer im Brandschutz, den Anforderungen gerecht werden können.

Im Rahmen dieser Diskussion hat die ständige Konferenz der Innenminister und Innensenatoren der Länder (IMK) vom 3. Mai 1991 einen eindeutigen Beschluss gefasst, in dem sie auf die Zuständigkeitsregelung des Art. 73 Abs. 1 Nr. 1 GG verwiesen hat. Darin ist geregelt, dass der Bund ausschließlich für den Zivilschutz im Verteidigungsfall zuständig ist, es ein bundeseinheitliches Gefahrenabwehr- und Hilfeleistungssystem nicht geben kann und, dass die Länder bereit sind, an einem für Frieden und Verteidigungsfall gleichermaßen nützlichen System zu arbeiten⁹⁵.

Auch die Organisationen wie der Deutsche Feuerwehr Verband (DFV) oder die Spitzen der Hilfsorganisationen setzten sich in der Diskussion um die Zukunft der taktisch organisierten Einheiten des Katastrophenschutzes für eine weitere, adäquate Beteiligung des Bundes bei der Finanzierung von Fahrzeugen, Ausstattungen und Ausbildung für den Katastrophenschutzanteil ein, der für den Verteidigungsfall vorgehalten wird. Im Rahmen der Diskussion wird auch auf die Problematik der

⁹² Beyer, W. 1991a: Personelle und organisatorische Schwachstellen des Bevölkerungsschutzes. In: Bevölkerungsschutz-Magazin 06/1991, BVS, S. 9.

⁹³ Beyer, W. 1991b: Bevölkerungsschutzhaushalt 1991 – ein Etat des Übergangs. In: Bevölkerungsschutz-Magazin 05/1991, BVS, S. 7.

⁹⁴ Andrews, E. 1991: Auf dem Weg zu einem risikobewussten Krisenmanagement?. In: Bevölkerungsschutz-Magazin 06/1991, BVS, S. 9.

⁹⁵ Ebd., S. 9.

künftigen Helfergewinnung für die taktisch strukturierten Einheiten des Katastrophenschutzes hingewiesen⁹⁶.

Pleißke weist auf Probleme hin, die die Helfergewinnung in Zukunft erschweren. Dies sind u.a. fehlende gesellschaftliche Anerkennung, keine Anerkennung des Engagements im Berufsumfeld und fehlende Möglichkeiten, das ehrenamtliche Engagement in hauptamtliche Anstellung umzuwandeln. Insgesamt sieht er insbesondere die fehlende Wertschätzung als Hindernis für eine stärkere Helfergewinnung.

1994 legt der Bundesminister ein Konzeptpapier für die Zukunft des Zivilschutzes in Deutschland vor, das in seinen wesentlichen Zügen auch im April 1997 als Gesetz zur Neuordnung des Zivilschutzes in Kraft tritt⁹⁷.

Kernpunktaussage zum Katastrophenschutz ist, dass die Erweiterung des Katastrophenschutzes auf den Strukturen der Länder aufbaut. Die Erweiterung des Katastrophenschutzes beschränkt sich auf die Aufgabenbereiche Brandschutz, Bergung, Sanitätswesen, Betreuung und ABC-Schutz. Außer dem THW gibt es keine taktisch organisierten Einheiten des Bundes. Im Gesetz wird die Aufgabe der Katastrophenschutzbehörde (Anm. d. Verfassers: der Länder, wie in den Landeskatastrophenschutzgesetzen festzulegen ist) als Leitungs- und Koordinierungsstelle festgeschrieben und ihr auch im Einsatz die Einheiten des THW unterstellt.

Die entscheidende Veränderung, keine eigenständigen Organisationsformen des Bundes wie z.B. früher den LSHD vorzuhalten, wird von den Bundesländern begrüßt. Klingshirn verweist aber auch darauf, dass die Länder sich verstärkt engagieren, finanzielle Verantwortung übernehmen und teilweise aktualisierte gesetzliche Grundlagen schaffen müssen.⁹⁸

In dieser Situation erschüttert das wiedervereinte Deutschland dann auch die Oderflut. Betrachtet man unter diesem Kontext die oben dargestellten Erfahrungen, ist klar zu erkennen, dass die aufgetretenen Schwierigkeiten auch das Land Brandenburg mit seinen Ressourcen zu einem ungünstigen Zeitpunkt erwischt hat. Alle eingesetzten Kräfte haben ihr Menschenmöglichstes geleistet, aber das System zeigte noch die Schwachpunkte der alten Organisationsformen auf.

Die Ressourcen des Landes Brandenburg waren bald erschöpft und überregionale Hilfe wurde angefordert und gewährt.

Ausgehend von den Erfahrungen der Oderflut wurden, mit der Gestaltungsfreiheit, die jetzt auch für das THW bestand, neue Einheiten z.B. mit Großpumpen aufgebaut, die nun einen größeren Schwerpunkt auf die Bewältigung von Katastrophen außerhalb des Verteidigungsfalles Wert legten.

Die Bundesländer verstärkten ihre Bemühungen bei der Vorbereitung von Katastropheneinsätzen.

⁹⁶ Pleißke, W. 1992: Die Problematik der Helfergewinnung und -motivation, Vortrag anlässlich der ARKAT-Fachtagung 1991. In: Bevölkerungsschutz-Magazin 02/1992, BVS, S. 25.

⁹⁷ Gesetz zur Neuordnung des Zivilschutzes (Zivilschutzneuordnungsgesetz) vom 25.03.1997, in: Bundesgesetzblatt Jahrgang 1997 Teil 1, Nr. 21, ausgegeben zu Bonn 3. April 1997.

⁹⁸ Klingshirn, H. 1997: Zivil- und Katastrophenschutz aus der Sicht der Länder. In: Bevölkerungsschutz-Magazin 03/1997, Bundesamt für Zivilschutz, S. 9.

Es wurden bewegliche Einheiten wie Schnelleinsatzgruppen (SEG) aufgestellt und eine zunehmende Spezialisierung der taktisch organisierten Helfer erfolgte.

Im gleichen Umfang sank aber die Personalstärke der Bundeswehr kontinuierlich von 490.000 im Jahr 1989 auf 184.000 im Jahr 2013⁹⁹ und die Diskussionen um mögliche Auslandseinsätze reduzierte die Chance auf massive Unterstützung durch Einsatzkräfte im Katastrophenfall.

Mit der Oderflut 1997 als erste größere Herausforderung nach der deutschen Wiedervereinigung wurde zunächst klar, dass auch in den neuen Bundesländern verstärkt auf eine funktionierende Organisation der Einsatzorganisationen wie Feuerwehr, THW und Hilfsorganisationen geachtet werden muss. Ebenso wurde die geringe Vorbereitung der Bevölkerung als Problem gesehen und Brandenburg bemühte sich um mehr Aufklärung der Bevölkerung, die in potentiellen Hochwassergebieten lebte.

Bei dem Elbehochwasser 2002 war erkennbar, dass Erfahrungen aus der Oderflut umgesetzt worden waren und das System des Katastrophenschutzes zumindest größere Deichbrüche verhindert hat.

Die Hochwasserkatastrophe an der Elbe 2002 machte aber auch deutlich, dass es sich bei einer derartigen Lage um ein Ereignis handelt, das über Landesgrenzen hinausgeht. Hier wurde erneut nach Koordinierungsaufgaben des Bundes gerufen und die Abstimmung der Bundesländer bei ihren Maßnahmen eingefordert. Das Elbehochwasser fiel zusammen mit dem bereits beginnenden Umdenken nach den Ereignissen des 11. September 2001. Plötzlich wurde eine andere Bedrohung für die Bevölkerung gesehen als der große Flächenkrieg: Die asymmetrische Bedrohung durch Terrorismus mit all seinen schrecklichen Folgen, wie sie durch die Terroristen des 11. September 2001 verdeutlicht wurden.

Seitens der politischen Verantwortlichen wurde eine veränderte Einstellung zum Katastrophenschutz deutlich. Es wurden entsprechend der erkennbaren Bedrohungen durch den Klimawandel und die Möglichkeiten von terroristischen Angriffen neue Einheiten aufgestellt und die Ausstattung der Länder und des THW in Richtung der zukünftigen Bedrohungslage verändert. Aus dieser Zeit stammt dann auch der Ursprung des Gemeinsamen Melde- und Lagezentrums des Bundes (GMLZ), obwohl dieser eher auf die beginnende Entwicklung der Europäischen Zusammenarbeit bei der Bewältigung von grenzüberschreitenden Katastrophenschutzereignissen ging. Gleichzeitig stiegen die Bemühungen an, um Katastrophenschutzstäbe an der aus den Resten der früheren Zivilschutzakademie entstandenen AKNZ aus- und fortzubilden.

Das Elbehochwasser zeigte auch eine andere Entwicklung: Die ostdeutsche Bevölkerung zeigte sich bereit, sich massiv zum Schutz ihrer Lebensgrundlage einzubringen. Die Unterstützung beim Sandsackfüllen und beim Einbau von Sandsäcken durch „Spontanhelfer“ war für viele organisierte Katastrophenschützer eine neue Erfahrung, die sich in den folgenden Jahren noch weiter entwickeln

⁹⁹ Stärke der Bundeswehr auf 1.000 gerundet: 1989: 490.000/ 1997: 330.000/ 2002: 290.000/ 2013:184.000. Jahresdurchschnittswerte der Soldaten bei der Bundeswehr von 1959-2010. Entnommen aus dem 52. Wehrbericht des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestags vom 25.01.2011, S.56. Für 2013 [sh.http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/streitkraefte/grundlagen/staerke/](http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/streitkraefte/grundlagen/staerke/) (Stand 21.03.2014).

sollte. Das gleiche hatte sich, weniger spektakulär, übrigens bereits 1997 im Oderbruch gezeigt, als auch dort die Bevölkerung sich massiv unterstützend beim Deichschutz zeigte¹⁰⁰.

Die Veränderung der Gesellschaft mit der Folge des Sinkens der Zahl der hochorganisierten und umfangreich ausgebildeten Helfer im Katastrophenschutz macht neue Ansätze notwendig, die auch im Rahmen dieses Beitrages beschrieben sind.

4.4 Schlussbemerkung zur Aktivierung der Bevölkerung aus der Sicht eines organisierten Helfers

Die Aktivierung der Bevölkerung ist unbestritten ein wichtiges Thema. Viele Verantwortungsträger haben auch nach den Erfahrungen der Hochwasser von 2013 auf die Bedeutung dieser Entwicklung und deren Chancen hingewiesen.

Die Unfähigkeit des Einzelnen, sich in vielen Alltagsnotfällen selbst zu helfen, zeigt sich jedem, der im Notfallrettungsdienst tätig ist. Es stellt sich die Frage, was passiert, wenn die mediale Beachtung von Katastrophenereignissen abnimmt oder das Ereignis bei schlechtem Wetter oder unter widrigen Bedingungen stattfindet und eine Hilfe der Bevölkerung erforderlich wäre. Sind der Eventcharakter und das Gruppenerlebnis eine wesentliche Antriebsfeder der Hilfsbereitschaft insbesondere junger Teile unserer Bevölkerung, wie wir sie bei den verschiedenen Hochwasserereignissen der letzten Jahre gesehen haben? Was passiert, wenn Eventcharakter und Gruppenerlebnis nicht mehr da sind, aber die staatliche Gemeinschaft nach Reduktion organisierter Hilfeleistungssysteme auf die Unterstützung der Bevölkerung baut? Hier sind noch intensive Untersuchungen und insbesondere aber auch öffentlichkeitswirksame Bemühungen erforderlich, um die sich in verschiedenen Situationen gezeigte Solidarisierungswelle in der Bevölkerung abzusichern und zu intensivieren.

¹⁰⁰ Schunicht, E. 2008: Oderflut 1997: Ökologische ökonomische und soziale Auswirkungen und Konsequenzen, IKZM-Oder Berichte Nr. 51, S. 5.

5 Erfahrungen der Kommunalbehörden in den ausgewählten Katastrophenereignissen

(Cornelia Lawrenz, Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf)

Um die Rolle der Kommunalbehörde in der Katastrophe in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg zu analysieren, werden, bezogen auf die ausgewählten Katastrophenereignisse, folgende Fragen untersucht:

- Welche Bausteine der Katastrophenvorsorge existierten beim Eintritt der Katastrophe?
- Aufgrund welcher gesetzlichen Grundlagen wurde gehandelt?
- Welche Lehren wurden aus der Katastrophe gezogen?

Zusätzlich wird untersucht, ob und inwieweit die kommunalen Behörden Bürger in den Prozess der Krisenbewältigung einbezogen haben.

5.1 Die Auswertung der fünf Katastrophenereignisse

5.1.1 Sturmflut in Hamburg 1962

Es existierten zum Zeitpunkt der Flut in Hamburg noch keine geübten Strukturen des zivilen Bevölkerungsschutzes und zur Einbindung der Bevölkerung in den Hilfsprozess. So handelte die Hamburger Kommunalbehörde auf Anweisung eines spontan während der Katastrophe eingerichteten Krisenstabs. Hamburgs damaliger Polizeisenator Helmut Schmidt hatte am ersten Tag der Katastrophe einen bis zu diesem Zeitpunkt nicht existierenden Innensenat als ressortübergreifenden Katastrophenabwehrstab zusammengestellt. Teil dieser Maßnahme war es, die Bundeswehr zur Bewältigung der Katastrophe hinzuzuziehen. Dies war zum Zeitpunkt der Sturmflut ein verfassungswidriger Schritt, denn nach den Regelungen des Grundgesetzes durfte die Bundeswehr nicht für innere Dienste herangezogen werden¹⁰¹. Ebenso war die Maßnahme, jedem betroffenen Flutopfer spontan 50 Mark als Notstandsbeihilfe zu übergeben, im Gesetz nicht verankert. Diese Entscheidung wurde kurzfristig im Hamburger Senat beschlossen, war grundsätzlich aber ein Verstoß gegen die Gesetze der Finanzbehörde¹⁰².

Aus allen Behörden und Abteilungen wurden Verantwortliche zusammengerufen, um die notwendigen Maßnahmen anzukurbeln und zu koordinieren. Um die inneren Behördenstrukturen rasch aufzubauen, wurden Mitarbeiter durch Motorradfahrer informiert, zum Arbeitsplatz geholt und teilweise kurzfristig mit erforderlichen Vollmachten ausgestattet¹⁰³. Hierbei handelte es sich jedoch um strategische Entscheidungsträger, nicht um Mitarbeiter der Kommunalbehörden. Ausdrücklich und als aktiv an der Katastrophenbewältigung beteiligt wird das Hamburger Gesundheitsamt genannt, das gemeinsam mit der Bundeswehr in den Gesundheitsämtern und größeren

¹⁰¹ Tipp, M. / J. O. Unger 2012: „Besonders hat mir die unglaubliche Hilfsbereitschaft der Menschen imponiert“. In: Löschblatt. Das Magazin der Feuerwehr Hamburg 47/2012, S. 15.

¹⁰² Tipp, Unger, 2012, ebenda; Ehlers, A. 1962: Ablauf des Geschehens. In Bremen und Bremerhaven. In: Zivilschutz. Die deutsche wissenschaftliche-technische Fachzeitschrift für die zivile Verteidigung Jahrgang 26, 06/1962, S. 194.

¹⁰³ Tipp, Unger, 2012, S. 13; Eilers, W. 1962: Ablauf des Geschehens. In Hamburg. In: Zivilschutz. Die deutsche wissenschaftliche-technische Fachzeitschrift für die zivile Verteidigung Jahrgang 26, 06/1962, S. 197.

Krankenhäusern Impfstellen einrichtete¹⁰⁴. In Bremerhaven wurde die Einrichtung von Notunterkünften für Obdachlose von der Stadtverwaltung initiiert¹⁰⁵.

Vor Ort dominierten im Einzelfall die Befugnisse, Fähigkeiten und Kenntnisse der ortskundigen Ortsamtsmeister¹⁰⁶, was die Bedeutung der unteren örtlichen Instanzen für die praktischen Abwehrmaßnahmen im Katastrophenfall (schon damals) unterstreicht. Keine Angaben gibt es in der vorliegenden Literatur zur Dienstbereitschaft von Behördenmitarbeitern unterhalb der Führungsebene, die zudem von der Katastrophe nur mittelbar betroffen waren.

5.1.2 Waldbrände in Niedersachsen 1975

Naturkatastrophen werden, sofern sie nicht mehrere Bundesländer betreffen, in eigener Regie der Landesregierung bekämpft. Dafür kann der Innenminister gemäß Grundgesetz Amtshilfe aller Behörden des Bundes und der Länder anfordern. Diese Hilfstruppen sind an Weisungen der Innenminister gebunden. Die zivile Befehlsgewalt gliedert sich nach unten über den Regierungspräsidenten, die Oberkreisdirektoren, bis hin zu den Gemeindevorstehern, die die Hilfskräfte vor Ort einsetzen können.

Die Waldbrandkatastrophe von 1975 blieb auf Niedersachsen beschränkt. Daher war das Land gemäß Grundgesetz (Art. 30) zuständig. Es bestimmt, dass Katastrophenschutz in Friedenszeiten Ländersache ist. Das Land Niedersachsen handelte gemäß KatSG §7 sowie nach dem Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (SOG) von 1951 und der Verordnung über Zuständigkeiten auf verschiedenen Gebieten der Gefahrenabwehr (ZustVO-SOG) §73.

Die örtlichen Kommunalbehörden sind während der Brandkatastrophe als Vermittler zwischen hilfeschender Bevölkerung und Hilfsorganisationen offenbar nicht sichtbar in Erscheinung getreten. In der Literatur überwiegen eher missbilligende Ausführungen zu den Fehlentscheidungen des damaligen Celler Oberkreisdirektors Axel Bruns, der die kritische Lage zu lange verkannte¹⁰⁷. Umso zahlreicher sind Berichte zu finden, die sich den aktiv an der Katastrophenbewältigung beteiligten Hilfsorganisationen und dem Einsatz der Feuerwehr widmen. Das heißt aber nicht, dass die örtlichen Kommunalbehörden in diesen Tagen untätig waren. Vielmehr wird von ihrem im Hintergrund erfolgten Handeln nur nicht berichtet. Desgleichen treten die Behörden als direkte Vermittler von Hilfsangeboten der Bevölkerung nicht in Erscheinung. Auch in der Folge der Katastrophe wurde bei der Aufarbeitung der Lage die Arbeit der Kommunalbehörden nicht thematisiert.

Für die Öffentlichkeit greifbar traten die Behörden erst in Erscheinung, als im Nachgang der Katastrophe zahlreiche gesetzliche Grundlagen erneuert und eine klare Verteilung der Aufgaben im Brandfall durch folgende Gesetze neu geregelt wurden: Niedersächsisches Brandschutz und Katastrophenschutzgesetz von 1978, Novellierung des Landeswaldgesetzes von 1978, Feld- und Forstordnungsgesetz von 1984. Die verbesserte und moderne Katastrophenschutzgesetzgebung nach der Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen sollte fortan für den Fall einer größeren Katastrophe

¹⁰⁴ Eilers, 1962, S. 197f.

¹⁰⁵ Eilers, 1962, S. 194.

¹⁰⁶ Tipp, Unger, 2012, S. 11.

¹⁰⁷ Oltmanns, R. 1975: Die größte Feuersbrunst in Deutschland: Viele an der Spritze, doch keiner an der Spitze. In: Stern, 21.08.1975.

geordnete und schriftlich fixierte Abläufe von Arbeitsteilung und Delegation von Verantwortung gewährleisten. Die genannten Gesetze hatten Prozesse zum Gegenstand, die im Katastrophenfall natürlich nicht losgelöst von den örtlichen Behörden der Landkreise in Gang gesetzt werden konnten, sondern ein Ineinandergreifen behördlicher Strukturen voraussetzen.

Gefordert wurde auch, den Hauptverwaltungsbeamten (HVB), dessen zentrale Aufgabe die Koordination der Lagebewältigung ist, möglichst frühzeitig einzuberufen, damit dieser die Gesamtleitung übernehmen kann¹⁰⁸. Hier zeigt sich wiederholt die wichtige und notwendige Rolle der Gemeindevorsteher bzw. Bezirksbürgermeister, die ihre Landkreise oder Bezirke am besten kennen und dort im Notfall eine größere Akzeptanz genießen, als ein weitgehend unbekannter übergeordneter Behördenvertreter.

5.1.3 Schneekatastrophe in Norddeutschland 1978/1979

Bei der Schneekatastrophe in Norddeutschland ist erstmals ein gezielter Hilfsaufruf durch eine lokale Behörde überliefert. Hamburgs Bürgermeister rief zum Schneeschippen auf und stellte Besen, Schippen und Schneeschieber zur Verfügung¹⁰⁹. Hätte diese Aktion in Schleswig-Holstein oder Niedersachsen - also auf Landesebene - Nachahmung gefunden, wäre eine vergleichbare Situation beispielsweise nach dem §28 Abs. 1 NKatSG rechtlich abgesichert gewesen. Danach darf die Katastrophenschutzbehörde jede Person zur Hilfeleistung in einem Katastrophenfall verpflichten, sofern diese sich dadurch nicht selbst gefährdet oder sie andere höherwertigere Pflichten verletzen würde.

In Niedersachsen konnten die BOS während der Schneekatastrophe aufgrund einer gerade erst in der Einführungsphase befindlichen gesetzlichen Grundlage nicht optimal handeln. Dies lag im Wesentlichen daran, dass das damals geltende Katastrophenschutzgesetz Niedersachsen vom 08.03.1978 zum Zeitpunkt der Schneekatastrophe noch nicht angemessen umgesetzt war. Im Katastrophenwinter 1978/79 war das Organisationsmodell des Kat-Stabes HVB (Hauptverwaltungsbeamter) nach dem Runderlass vom 25.05.1978 die Vorlage für die Aufstellung und Besetzung des Katastrophenstabes. Die Vorgaben an die Stabsaufteilung wurden entsprechend der Feuerwehr-Dienstvorschrift 12/1 und der Katschutz-Dienstvorschrift 100 in S1-S4 unterteilt. Ein Hauptproblem war die Besetzung der Stabsstellen mit nicht ausschließlich Ortsansässigen, die bei der Extremwetterlage den Stab nicht erreichen konnten¹¹⁰. In einigen Landkreisen (z.B. Jever) agierten die Mitglieder des Katastrophendienststabes getrennt, jeweils in ihren eigentlichen Abteilungen. Dort ruhten dann die allgemeinen Verwaltungsaufgaben, weil man sich auf die Katastrophenbewältigung konzentrierte. Allerdings wurden die Aufgaben des Gesundheitsamtes, der Feuerwehr, des Krankentransports und der Viehversorgung weiterhin vorrangig erledigt¹¹¹.

¹⁰⁸ Erfahrungsbericht „Die Waldbrandkatastrophe im Regierungsbezirk Lüneburg im August 1975“ 1976. In: Zivilverteidigung. Forschung-Technik-Organisation-Recht Teil II, Nr. 3, III. Quartal 1976, S. 19f.

¹⁰⁹ Heed, L. (c): Der Schneewinter 1978/79 – ein Überblick. Teil 4: Hamburg: Auf Skiern zur Arbeit. http://www.ndr.de/geschichte/chronologie/siebzigerjahre/schneechaosueberblick100_page-4.html (Stand 23.01.2013).

¹¹⁰ Meinardus, H. 12.03.2010: Die Entwicklung des Katastrophenschutzes im Landkreis Friesland seit der Schneekatastrophe 1978/79 – Geschichte, Recht und Organisation, Diplomarbeit Kommunale FH für Verwaltung in Niedersachsen, Hannover, S. 14.

¹¹¹ Ellermann, in Meinardus, 2010, S. 50.

Wie sich später auch in Friesland herausstellte, war es ein Fehler, die Stellen der Stabsmitglieder mit ortsfremden Personen zu besetzen. Aufgrund der schlechten Verkehrsverhältnisse kamen die nicht ortsansässigen Stabsmitglieder gar nicht erst zum Einsatz, was zu einer Überbelastung der übrigen Stabsmitglieder führte¹¹². Eine aktive Einbindung von Spontanhelfern seitens der Katastrophenschutzbehörden hat im Landkreis Friesland nicht stattgefunden. Zwar wurden die Bürger nicht zu konkreten Aufgaben herangezogen, merkten aber selbst, dass sie aufeinander angewiesen waren und entwickelten eine ausgeprägte Nachbarschaftshilfe. So haben sie z.B. die Schaufeln an Treckern für die Schneeräumung benutzt und sich so gegenseitig geholfen.

5.1.4 Oderhochwasser 1997

Da beim Oderhochwasser mehrere Staaten betroffen waren, trat der Regierungsvertrag über die Zusammenarbeit an den Grenzgewässern in Kraft. Außerdem gehört Hochwasserschutz zu den Aufgaben der Regierungsadministration und der kommunalen Organe, weshalb ein permanenter Datenaustausch zwischen dem Land Brandenburg und Polen notwendig wurde, der durch die Beschlüsse der Grenzgewässerkommission festgelegt war¹¹³.

Die kommunalen Verwaltungsbehörden traten in der öffentlichen Wahrnehmung auch als aktiv helfende Institutionen in Erscheinung. Material wie Sand, Sandsäcke und Spaten wurde zwar in der Hauptsache von den HiOs und den kommunalen Feuerwehren zur Verfügung gestellt, die Unterstützung durch die örtlichen Kommunalverwaltungen blieb aber nicht unerwähnt. So wurde bspw. Ende Juni 1997 von der Amtsverwaltung Brieskow-Finkenheerd ein Spendensonderkonto eingerichtet und wenige Tage später eine Kommission zur Koordinierung und Verteilung eingehender Spenden und Hilfsangebote gebildet. Auch handelte offenbar die Gesundheitsbehörde rasch und vorsorglich und begann frühzeitig mit vorbeugenden Impfungen, da mit Wasserverschmutzungen gerechnet wurde¹¹⁴. Im Nachgang der Flut entschied man sich auf kommunaler Seite, den Wiederaufbau der Region insbesondere mit einheimischen Firmen zu realisieren¹¹⁵.

In der Folge der Flut wurde seitens übergeordneter und kommunaler Behörden eine gezielte Hochwasservorsorge (Flächen-, Bau-, Verhaltens- und Risikovorsorge) betrieben. Diese umfasste nicht nur die staatliche Vorsorge, sondern auch den Aufruf an die Bürger zu eigenverantwortlichem Handeln. Dazu zählte z.B. die Bewusstmachung der Hochwassergefahr, die Aufklärung der Öffentlichkeit über die Möglichkeiten der Vorsorge, die Rückführung von bebautem Land in natürliche Überschwemmungsflächen sowie die hochwasserangepasste Bauweise gemäß gesonderter Baurichtlinien. Allerdings musste hier sehr behutsam vorgegangen werden, damit die Einbindung der Bevölkerung in zukünftige Präventionsstrategien gelingen konnte. Denn vielerorts stand hinter der sensiblen Aufklärungsarbeit, insbesondere zum Thema Vorsorge durch Rückführung von bebautem Land in natürliche Überschwemmungsflächen, nichts anderes als die Aufforderung zur Umsiedlung der Bevölkerung, der die Öffentlichkeit ablehnend gegenüber stand¹¹⁶.

¹¹² Ellermann, in Meinardus, 2010, S. 14.

¹¹³ Zur Zusammenarbeit der beteiligten Behörden vgl. Internationale Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung (Hrsg.) 1999: Odereinzugsgebiet. Das Hochwasser 1997. Wrocław, S. 18 – 34.

¹¹⁴ Dewald, J. J. 2006: Die Jahrhundertflut – Oderflut 1997. Ziltendorf, S.7.

¹¹⁵ Amt Brieskow-Finkenheerd 1997 (Hrsg.). Das Hochwasser an der Oder `97, Bilder-Karten-Text, S. 21.

¹¹⁶ Schunicht, E. 2008: Oderflut 1997: Ökologische ökonomische und soziale Auswirkungen und Konsequenzen, IKZM-Oder Berichte 51, Rostock, S. 61ff.; Internationale Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung, 1999, S. 46ff.

5.1.5 Elbehochwasser 2002

Die Behörden haben während des Elbehochwassers entsprechend der für sie maßgeblichen Umstände sachgerecht gehandelt. Dennoch führten in Sachsen-Anhalt vereinzelt Defizite des Kommunikations- und Informationsaustauschs zu Mängeln bei der Koordination der Einsatzkräfte und bei der Abstimmung zwischen den Stäben. Unsachgerechter Einsatz von Einsatzkräften vor Ort und der unklare Überblick über den tatsächlichen Bedarf von Kräften für die tatsächliche Bewältigung konkreter Aufträge wurden auch den örtlichen Behörden zur Last gelegt. Interessant ist, dass die Ursache hierfür im oftmals eigenmächtigen Handeln kommunaler Gebietskörperschaften gesehen wird¹¹⁷.

In Sachsen allerdings kam eine unabhängige Kommission zu dem Ergebnis, dass auf der Ebene der unteren Katastrophenschutzbehörden die wesentlichen organisatorischen Vorbereitungen auf eine Katastrophe getroffen waren: Bereitschaftsdienste waren eingeteilt, die Aufnahmefähigkeit und die Weiterleitungsfähigkeit für Hochwasserwarnungen war in allen Fällen gegeben. Lagezentren standen zur Verfügung. Führungsmittel und Mittel der Kommunikation waren vorhanden. Die Bildung von Katastrophenschutzstäben war vorbereitet, die Mitglieder waren vorbestimmt und in ihre Aufgaben eingewiesen. In einer Reihe von unteren Katastrophenschutzbehörden gab es Regelungen, die bereits unterhalb einer Katastrophe die Bildung von Kernstäben vorsahen, wovon mehrfach Gebrauch gemacht wurde. Alle unteren Katastrophenschutzbehörden verfügten über die vorgeschriebenen Unterlagen wie Katastrophenschutzpläne oder Evakuierungspläne und kamen bereits im Vorfeld ihren Übungsverpflichtungen nach¹¹⁸.

Nach 2002 wurden seitens der Behörden deutlich umfangreichere Informationen zu staatlichen Zuständigkeiten und den Möglichkeiten finanzieller Hilfeleistungen verbreitet. Auf staatlichen Druck wurde sogar die Versicherungsklausel geändert, die im Schadensfall den Wiederaufbau eines Hauses nur dann zu 100% abdeckte, wenn dieser an derselben Stelle erfolgte. Um den Wiederaufbau in Überschwemmungsgebieten zu verhindern, wurde diese Klausel außer Kraft gesetzt, womit zu 100% finanzierte Standortwechsel möglich wurden¹¹⁹.

Der Katastrophenschutz führte ein Schichtsystem ein, um die Arbeit des Katastrophenschutzstabes für die gesamte Dauer der Katastrophe zu gewährleisten. Es wurde stärker als bei den Katastrophen zuvor ein integriertes Handeln aller Beteiligten (Behörden, HiOs, Betriebe und Bevölkerung) gefordert. Offensive Informationskampagnen einzelner Bundesländer für mehr Naturgefahren- und Flächenschutz mit Broschüren wie z.B. „Naturgefahren erkennen und handeln“¹²⁰ kamen allerdings erst ab 2009 in Gang.

¹¹⁷ Ministerium des Inneren, Land Sachsen Anhalt (MI LSA) 2003: Hochwasser 2002 im Land Sachsen-Anhalt. Auswertung des Katastrophenschutzmanagements. Abschlussbericht der Arbeitsgruppe Hannover, S. 137.

¹¹⁸ Sächsische Staatsregierung, 2002 (Kirchbach-Bericht): Bericht der unabhängigen Kommission, Flutkatastrophe 2002, 16.12.2002. Dresden, S. 217 / 220.

¹¹⁹ Deutsches Komitee zur Katastrophenvorsorge e.V. (Hrsg.), 2013: Hochwasservorsorge in Deutschland. Lernen aus der Katastrophe 2002 im Elbegebiet. Bonn, S. 42.

¹²⁰ Die Informationskampagnen für gezielten Naturgefahrenschutz „Naturgefahren erkennen und handeln“ gibt es mittlerweile für 6 Bundesländer. Sie klären die Menschen über die Elementargefahren in ihrer Region auf und geben Tipps zum Versicherungsschutz und zu Präventionsmaßnahmen.

5.2 Zusammenfassung

Die **behördliche Zuständigkeit** bei den fünf Katastrophenereignissen hing jeweils vom naturräumlichen Ausmaß der Katastrophe und den beteiligten Ländern ab. Grundsätzlich aber sind auf der Ebene der Kommunen die Hauptverwaltungsbeamten (HVB's) zuständig. Dies wird auch bei allen Ereignissen durchgehend befürwortet, da die meist ortskundigen HVB's das von der Katastrophe betroffene Gebiet sowohl geographisch als auch bzgl. der Personalstrukturen am besten kennen. Wiederholt wird betont, dass gerade im Katastrophenfall der Schwerpunkt der praktischen Abwehrmaßnahmen bei den unteren örtlichen Instanzen liegen sollte, während die operativ taktische Führung und das Heranführen von Hilfsmitteln dem zentralen Katastrophenstab der Landkreisebene obliegen soll. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, kommunale Katastrophenstäbe in ihrer Bedeutung zu stärken. Auch wurde festgehalten, dass insbesondere ortsansässige Behördenvertreter als Stabsmitglieder nicht von Verkehrseinschränkungen, bedingt durch die jeweilige Katastrophe, beeinträchtigt sind.

Mit Ausnahme der Sturmflut in Hamburg 1962 handelten die Entscheidungsträger auf Grundlage der Katastrophenschutzgesetze der Länder. Diese stellen besondere Ordnungsgesetze dar. Weitere rechtliche Grundlagen für das Handeln im Katastrophenfall sind die allgemeinen Ordnungs-, Feuerwehr und Polizeigesetze der Länder. Hierbei ist anzumerken, dass zu einem gewissen Grad auch normabweichendes, der eventuell unbekanntem oder ungeübten Situation geschuldetes Handeln erforderlich war, um schnelle Hilfe zu ermöglichen. Allerdings muss ein pragmatisches Vorgehen abseits der geltenden Regelungen abgestimmt und an höhere Stellen weiter kommuniziert werden.

Die BOS haben im Rahmen ihrer **gesetzlich fixierten Aufgaben** gehandelt (Ausnahme Sturmflut Hamburg 1962). Probleme entstanden, wenn keine Einigkeit über eine gemeinsame Einsatztaktik herrschte, die technische Kommunikation zusammenbrach oder Entscheidungen auf kommunaler Ebene aus Furcht vor den finanziellen Folgen zu spät oder gar nicht getroffen wurden. Der Verwaltung auf kommunaler Ebene kam bei den ausgewerteten Ereignissen für die aktive Katastrophenbewältigung eine untergeordnete Rolle zu. Die meiste Bedeutung und Beachtung fanden die taktisch organisierten Einheiten von Feuerwehr, Polizei, Bundeswehr und Hilfsorganisationen. Sie konnten den Bürgern in der jeweiligen Notlage direkte Hilfe leisten. In Medienberichten tritt die Lokalverwaltung explizit nur dann in Erscheinung, wenn Bürgermeister (oft gemeinsam mit anderen Lokalpolitikern) die betroffenen Orte besuchen, um den Bürgern Trost zu spenden. Von einer aktiven Unterstützung seitens einer Kommunalbehörde ist nur beim Schneewinter 1978/79 die Rede, als der Hamburger Bürgermeister zum Schneeschippen aufrief und auch geeignetes Gerät zur Verfügung stellte. Hier ist jedoch zu bedenken, dass der Hamburger Bürgermeister nicht mit einem Landrat oder Bezirksbürgermeister zu vergleichen ist. Vielmehr erfüllt er die Rolle eines Ministerpräsidenten, da Hamburg ein Stadtstaat ist. Ansonsten finden eher Negativbeispiele das öffentliche Interesse, wenn z.B. der Bitterfelder Bürgermeister zum Zeitpunkt des Elbehochwassers 2002 im Urlaub weilte, wo er nicht vom Unglück seiner Bürger unterrichtet werden konnte¹²¹.

¹²¹ Spiegel online (Hrsg.) 21.08.2002: Hochwasser im Urlaub verpasst: Wie Bitterfelds Bürgermeister baden ging. <http://www.spiegel.de/panorama/hochwasser-im-urlaub-verpasst-wie-bitterfelds-buergermeister-baden-ging-a-210500.html> (Stand 11.12.2013).

Die **Erwartungen der Bürger im Katastrophenfall** bezogen sich in der Hauptsache auf Hilfeleistungen, die zum Zeitpunkt der Katastrophe nur von den Hilfsorganisationen und den nachgeordneten Behörden wie Polizei und Feuerwehr geleistet werden konnten. Erwartungen, die speziell eine Kommunalbehörde betreffen, wurden von den Betroffenen nicht formuliert bzw. sind in den verfügbaren Quellen nicht dokumentiert. Die Verwaltung wird als ein im Hintergrund agierender Apparat wahrgenommen, der im Katastrophenfall keine direkte Hilfe leisten kann. Im Gegenteil: Der Kontakt mit den Behörden im Nachgang einer Katastrophe wird als schwierig und zäh beschrieben. Gemeint sind dann oft Versicherungen oder Behörden, bei denen Regressansprüche geltend gemacht werden. Es wird selten beachtet, dass bezirkliche Verwaltungsbehörden im Katastrophenfall keine anderen, als die ihnen auch sonst obliegenden Ordnungsaufgaben erfüllen müssen, d.h. es fallen den Ordnungsbehörden im Katastrophenfall keine zusätzlichen Aufgaben zu. Dies steht jedoch im großen Gegensatz zur öffentlichen Wahrnehmung. In der Regel erwarten die betroffenen Bürger von den Ordnungsbehörden in ihrer Funktion als Repräsentanten des Staates eine konkrete und direkte Hilfeleistung, um die Notlage unmittelbar zu beenden. Sie wissen nicht, dass die bezirklichen Ordnungsbehörden eine solche Hilfe bestenfalls koordinieren.

In den untersuchten Ereignissen treten **kommunale Verwaltungen als Anlaufstellen für die Bevölkerung** bzw. als Koordinierungszentren für Hilfebedarfe und -leistungen kaum in Erscheinung. Dies liegt vermutlich an der noch immer unterschätzten Rolle der Kommunalverwaltungen im Katastrophenschutz. Oft entscheiden sie zwar über den Startpunkt von Evakuierungen (z.B. beim Oderhochwasser 1997), organisiert werden diese Maßnahmen aber hauptsächlich von den Hilfsorganisationen. Festzuhalten ist an dieser Stelle auch, dass in den Berichten zwar oft von Notunterkünften die Rede ist, die Lokalitäten aber selten genannt werden. Für die Einrichtung dieser Unterkünfte waren neben den HiOs auch die Sozial- und Gesundheitsämter der Landkreise zuständig. Andere Behörden werden nicht genannt.

Die Ereignisse haben gezeigt, dass das „**Lernen aus der Katastrophe**“ in der Hauptsache die operativ-taktischen Komponenten der Einsätze betraf. Frühwarnsysteme wurden entwickelt, Gerätschaften und Ausrüstungen verbessert, Stabsarbeit und Verantwortlichkeiten wurden angepasst, Gesetze novelliert, ereignisspezifische Einsatzübungen eingeführt sowie Konzepte zur Prävention und Selbsthilfe entwickelt. Im Nachgang wurden in der zur Verfügung stehenden Literatur weder die originären Aufgaben der Verwaltungsbehörden (als untere Kat-Schutzbehörden) noch deren Einbeziehung in ein ereignisspezifisch angepasstes Katastrophenmanagement thematisiert. Auch wurden keine strategischen Überlegungen angestellt, um die Bevölkerung in den Prozess der Katastrophenbewältigung auf kommunaler Ebene aktiv einzubeziehen. D.h. aber nicht, dass es innerhalb der von den Katastrophenereignissen betroffenen unteren Katastrophenschutzbehörden keine Überlegungen und Veränderungen des internen Krisenmanagements gab. Es gibt hierzu jedoch kaum zugängliches und verwertbares Material, da es sich dabei oft um Verschlussachen handelt.

Die **Betrachtung der Katastrophenbewältigung in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg** hat gezeigt, dass - gestern wie heute - Katastrophenereignisse aufgrund ihres im Regelfall gewaltigen Ausmaßes nicht allein durch Ressourcen der alltäglichen Gefahrenabwehr zu bewältigen sind. Insbesondere Behörden und Einrichtungen von Kommunalverwaltungen, die gewöhnlich in festen Zuständigkeiten Dienstleistungen für die Bürger erbringen, konnten sich im Katastrophenfall selten auf gefestigte Strukturen der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr stützen. Ungleich groß gestalteten

sich im Gegenzug die Erwartungen der Bevölkerung an die Kommunalbehörden als Akteure des unteren Katastrophenschutzes, Hilfe zu leisten und angebotene Hilfe zu koordinieren.

Diese Diskrepanz zwischen Erwartungen und Möglichkeiten von Hilfeleistungen zeigt deutlich, dass von einer strukturellen Einbindung der Bevölkerung in das örtliche Katastrophenmanagement beide Seiten profitieren können. Damit eine solche Kooperation zwischen Behördenmitarbeitern und Bevölkerung im Katastrophenfall gelingen kann, müssen wichtige Dinge beachtet werden.

Seitens der Kommunalbehörden muss ein neues Bewusstsein für die Notwendigkeit der Einbindung von „professionellen Spontanhelfern“ (Ärzte, Amateurfunken etc.) entstehen. Hierfür bedarf es der Aufklärungsarbeit in den Verwaltungsbehörden. Die Behördenmitarbeiter sollten ein Verständnis dafür entwickeln, dass die Spontanhelfer in einer Katastrophe kein neues gesellschaftliches Phänomen sind, sondern vielmehr eine Kapazität darstellen, ohne deren Kenntnisse und Fähigkeiten eine effektive Katastrophenbewältigung heute nicht mehr funktionieren kann. Hierzu gehört es auch, der Angst vor Überforderung im Umgang mit dem helfenden Bürger als vermeintlich ungeübtem Akteur entgegenzuwirken. Bürgerschaftliches Engagement sollte frühzeitig in die kommunalen Notfallplanungen eingebunden werden. Ein Vorschlag wäre es, die Integration von Spontanhelfern als Modul in Übungsszenarien (z.B. ansässig bei der AKNZ) einzupassen. Natürlich gibt es fachliche, rechtliche und strategische Grenzen der Einbindung von Bürgern in ein szenariorientiertes Katastrophenmanagement, die im besten Fall *vor* Eintritt einer Katastrophe festgelegt werden müssen.

Auch die **Bevölkerung** kann sich auf ein funktionierendes Zusammenspiel mit den Behörden im Katastrophenfall vorbereiten. So sollten die Bürger örtliche Kommunalbehörden in ihrer Funktion als untere Katastrophenschutzbehörden (neben HiOs, Feuerwehr und Polizei) stärker wahrnehmen. Dabei darf der Hilfe erwartende und Hilfe anbietende Bürger nicht außer Acht lassen, dass die lokalen Ordnungsbehörden bestenfalls konkrete und direkte Hilfeleistungen koordinieren können. Ihr Auftrag lautet nicht, eine individuelle Notlage unmittelbar zu beenden. Mit dieser Einsicht geht auch die bürgerliche Pflicht zur Vorsorge und Selbsthilfe einher. Denn: Kommunalverwaltungen sind keine Apparate, die jederzeit jede Art von Hilfeleistung vorrätig halten. Sie sind Zusammenschlüsse von Einrichtungen mit fest definierten Aufgaben und Zuständigkeiten für den Normalbetrieb. Auch sie müssen einen Katastrophenfall zunächst bewältigen und ihre Struktur einer reduzierten Handlungsfähigkeit so schnell es geht initialisieren.

Im Katastrophenfall kann die Einbeziehung der Bevölkerung in das staatliche und kommunale KKM nur so gut funktionieren, wie es vorbereitet wurde. Deshalb müssen auch in diesem Bereich organisatorische Vorkehrungen (z.B. durch szenariorientierte Schulungen und Übungen, sowie professionelle Öffentlichkeitsarbeit und Risikomanagement) getroffen werden.

6 Entwicklung der technischen Kommunikation im Krisen- und Katastrophenmanagement in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg

(Holger Barsuhn, Beuth Hochschule und Anne Becker, TimeKontor AG)

Um die Entwicklung der technischen Kommunikation im Krisen- und Katastrophenmanagement in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg zu skizzieren, wurden die Literaturquellen der fünf ausgewählten Katastrophenszenarien anhand folgender Fragestellungen untersucht:

- Wie wurde die Bevölkerung über die Katastrophe informiert?
- Wie haben die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) untereinander sowie mit der Bevölkerung kommuniziert?
- Welche Probleme gab es bei der Kommunikation?

6.1 Auswertung der fünf Katastrophenereignisse

Bei der Analyse der Literaturquellen ist deutlich geworden, dass die technische Kommunikation oft nur am Rande thematisiert wurde. Die anfangs aufgestellten Forschungsfragen konnten daher nicht in gleicher Ausführlichkeit auf die Katastrophenereignisse angewandt werden; die Beantwortung der Fragen erfolgte je Ereignis im Block.

6.1.1 Sturmflut in Hamburg 1962

Im Hinblick auf die Kommunikation von BOS zu Bevölkerung bei der Sturmflut in Hamburg 1962 kann festgehalten werden, dass im Vorfeld keine Warnungen und/oder Ratschläge an die Bevölkerung ausgegeben werden konnten, da das Ausmaß der Sturmflut sowohl für die Bevölkerung als auch für die Einsatzkräfte sehr überraschend kam¹²². Während der Katastrophe wurden zur Information der Bevölkerung per Radio/Fernseher entsprechende Warnungen übermittelt (z.B. das Wasser vor der Benutzung abzukochen, um Seuchen vorzubeugen)¹²³. Sofern die Sirenenanlagen noch erreichbar waren, wurden diese ebenfalls zur Warnung der Bevölkerung genutzt.

Während der Katastrophe gestaltete sich die Kommunikation zwischen den Hilfs- und Einsatzkräften teilweise schwierig, da die Telefonleitungen, über die die Feuerwehr- und Polizeiwachen kommunizierten, nicht mehr funktionsfähig waren¹²⁴. Entsprechend schwierig war es auch für die Bevölkerung, die BOS zu erreichen. Im Laufe der Katastrophe haben die Einsatzkräfte für ihre Kommunikation dann mehr und mehr Funkverbindungen verwendet.

Weil die Einsatzkräfte der Feuerwehr nicht über die benötigten Spezialgeräte wie beispielsweise Sturmboote und Hubschrauber verfügten, wurde militärische Unterstützung vom damaligen NATO-Oberkommandierenden, der Bundeswehr und aus Dänemark angefordert¹²⁵. Es existierte keine Kommandostruktur, die für eine Koordination zwischen Feuerwehr, Bundeswehr, NATO, Dänischen

¹²² Tipp, M. / J. O. Unger 2012: „Besonders hat mir die unglaubliche Hilfsbereitschaft der Menschen imponiert“. In: Löschblatt. Das Magazin der Feuerwehr Hamburg 47/2012, S. 14.

¹²³ Tipp, Unger, 2012, S. 12.

¹²⁴ Tipp, Unger, 2012, S. 13.

¹²⁵ Tipp, Unger, 2012, S. 11.

und Englischen Helfern ausgelegt war¹²⁶. Eine telefonische Koordination war auf Grund der von den Wassermassen unterbrochenen Kabelverbindungen nicht möglich. Die jeweiligen Entscheidungsträger wurden per Kurier benachrichtigt. Die militärischen Kräfte waren hinsichtlich der Kommunikationsmittel besser ausgestattet als zivile Kräfte. Die technische Kommunikation zwischen den verschiedenen Einsatzkräften gestaltete sich daher schwierig.

Exkurs: Sturmflut 1976

Anders als 1962 konnte die Bevölkerung bei der Sturmflut im Jahr 1976 vor Eintreten des Katastrophenfalls über Radio und Fernsehen informiert werden. Dies wurde auch über die Dauer der Katastrophe aufrecht erhalten. Auch die Hilfskräfte konnten so bereits früh mit Aufgaben betraut werden und beispielsweise zu Gehöften ausrücken, die evakuiert werden sollten. Wenn in den Gehöften der Strom schon ausgefallen war, erfolgte die Kommunikation der Einsatzkräfte vor Ort über den Analogfunk der Feuerwehr. Abgesehen von der Verbesserung in der Logistikplanung wurde ein Ausbau des Funknetzes angemahnt¹²⁷.

6.1.2 Waldbrände in Niedersachsen 1975 (und 1976)

Zwischen den Führungsverantwortlichen der verschiedenen Rettungs- und Hilfsorganisationen gab es erhebliche Missverständnisse und Fehleinschätzungen hinsichtlich des Ausmaßes der Katastrophe. Das führte dazu, dass die zur Verfügung stehenden Einheiten (14.000 Mann aus britischen Pionieren, Polizei, Feuerwehr aus sieben Bundesländern und Bundeswehr) nicht optimal eingesetzt wurden¹²⁸. Es fehlten Kommunikationsmittel sowohl bei den Führungseinrichtungen als auch bei den taktisch organisierten Einheiten, daher war die Koordinierung unter den Rettern mit Problemen behaftet. Jede Organisation verwendete ihre eigenen Kommunikationskanäle und ihre eigene Kommandosprache. Das Chaos bei Organisation und Verantwortlichkeiten führten u.a. zu Einzelinitiativen eines Branddirektors, der einzelne Truppen zusammenfasste, sich aus dem überlasteten Funkverkehr ausschaltete und als Leitstelle Hessen auf eigener Frequenz sendete¹²⁹.

Ähnliche Erfahrungen wurden auch bei den Waldbränden gemacht, die sich ein Jahr später ereigneten. Die Freiwilligen Feuerwehren hatten während der Katastrophe zu wenige Frequenzen zur Verfügung, sodass das Funknetz völlig überlastet war.¹³⁰

In der Analyse der beiden Katastrophen wurde festgestellt, dass eine Funkplanung für den Katastrophenfall für die Regierungs- und Verwaltungsbezirke dringend erforderlich ist. Es sollten Frequenzen für die Stäbe und überregionale Einheiten vorgehalten werden, um diese in die lokale Kommunikation einbinden zu können. Es wurde deutlich, dass Reservefrequenzen unbedingt nötig sind, um die Kommunikation aufrechterhalten zu können. Darüber hinaus wurde empfohlen, eine Pressestelle einzurichten, um die Bevölkerung zu informieren und Störungen der Stabsarbeit zu verhindern. Die Beschaffung von Vielkanal-Funkgeräten (FuG 7b) für sämtliche Führungsfahrzeuge wurde als dringend erforderlich angegeben. Zug- und Gruppenführer müssten mit Funkgeräten im

¹²⁶ Tipp, Unger, 2012, S. 14.

¹²⁷ Lübke T. 1976: Tagebuch einer Sturmflut. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 08/1976, S. 210.

¹²⁸ Der Spiegel (Hrsg.) 1975a: „Unser Feuer machen wir selber aus“. In: Der Spiegel 34/1975, S. 20.

¹²⁹ Der Spiegel, 1975a, S. 23.

¹³⁰ Gernar G. v. 1976: Die neue Waldbrandkatastrophe im Landkreis Celle am 10.5.1976 - Einsatz und Führung - . In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 08/1976, S. 207.

z.B. 2m-Band ausgerüstet werden. Soweit noch nicht erfolgt, sollten kommunale und Bundesfahrzeuge der Katastrophenschutzeinheiten mit Funkgeräten ausgestattet werden¹³¹. Des Weiteren existierten zu wenig Feldfernsprecher, um in unruhigen Situationen noch störungsfrei kommunizieren zu können. Es wurde daher dringend zu mehr Geräten geraten, idealerweise mit Kopfhörer und „Sprechmuschel“. Schriftliche Meldungen und Einsatzbefehle wurden als Grundlagen für eine funktionierende technische Einsatzleitung angesehen. Auch Durchschreibeblocke, auf denen Adressaten und Verlauf der Katastrophe erkennbar sind, wurden als sinnvoll erachtet.

6.1.3 Schneekatastrophe in Norddeutschland 1978

Aufgrund von durch Schnee und Eis zerstörten Oberlandleitungen wurden während der Schneekatastrophe 1978 einige Telefonleitungen unterbrochen und die Menschen waren an einigen Orten von den üblichen Kommunikationswegen abgeschnitten.

Eine Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Hilfsorganisationen, Bundeswehr, Stromversorgern und der für das Telefonnetz damals zuständigen Bundespost, war für den Katastrophenfall nie geplant worden. Die gute Zusammenarbeit der eingesetzten Verbände und Dienststellen mit der zum damaligen Zeitpunkt staatlichen Bundespost und Bundesbahn ist hervorzuheben¹³². Dadurch, dass es keine gemeinsamen Funkfrequenzen gab, war anfänglich die Koordinierung der Hilfe erschwert. Abhilfe konnte durch Amateurfunk und militärische Fernmeldeverbindungen geschaffen werden. Beispielsweise nahmen Funkamateure aus Schleswig-Holstein und Umgebung den Notfunkbetrieb auf und stellten die Koordination der Hilfskräfte untereinander sicher¹³³.

6.1.4 Oderhochwasser 1997

Bei dem Oderhochwasser 1997 wurde die Bevölkerung im Vorfeld über Radio und Fernsehen vor der Katastrophe gewarnt. Die BOS verteilte zudem Informationsblätter, um die Anwohner vor Ort über die Evakuierungspläne zu unterrichten. Zur Realisierung der Pläne wurden Lautsprecherwagen in den entsprechenden Gebieten eingesetzt, was teilweise auf Ablehnung seitens der Bevölkerung traf. Es gab darüber hinaus Planungen, einen Deich durch einen Pioniertrupp der Bundeswehr sprengen zu lassen. Die Bevölkerung war verunsichert, da das Vorhaben nicht kommuniziert wurde¹³⁴.

Um der Bevölkerung eine Anlaufstelle zu bieten, wurden während des Hochwassers teilweise Bürgerbüros eingerichtet, in denen beispielsweise die zu füllenden Sandsäcke verteilt wurden. Von Unternehmen wurde Technik bereitgestellt, aber es bestand ein eklatanter Mangel an (Funk-) Telefonen¹³⁵.

¹³¹ Jeschke, J. / R. Münch / B. Wiechmann 1976: Die Brandkatastrophe in Niedersachsen im August 1975. Sicht der Berufsfeuerwehren Braunschweig und Salzgitter. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 05/1976, S. 117.

¹³² Fuhr, E. / G. Yske 1979: Streitkräfte und Katastrophenbewältigung. In: Zivilverteidigung 04/1979, S. 9.

¹³³ DARC e.V. (www.darc.de) 2010: Beispiele für Notfunkaktionen der Funkamateure. http://www.darc.de/uploads/media/2010-Notfunkaktionen_der_Funkamateure.pdf (Stand 28.02.2014), S. 23.

¹³⁴ Schluchter, W. (Hrsg.) (Technische Universität Cottbus) 1997: Sozialwissenschaftliche Betrachtung und Schlussfolgerungen zum Oder-Hochwasser 1997 und zu seiner Rezeption durch die betroffene Bevölkerung. <http://www.sozum.tu-cottbus.de/Lehrstuhltexte/oderbericht.htm> (Stand 19.12.2012), S. 5.

¹³⁵ Schluchter, 1997, S. 4.

Es gab keine Anleitung zur Selbsthilfe und zu kollektivem Verhalten. Eine Selbstorganisation der Bürger war während des Katastrophenfalles nicht möglich, obwohl es Bereitschaft zur Selbsthilfe gab¹³⁶.

6.1.5 Elbehochwasser 2002

Bei der Jahrhundertflut 2002 kamen zum ersten Mal sogenannte „Fliegende Stäbe“ zum Einsatz. Diese mobile technische Einsatzleitung besteht aus einer Kommunikationsleitstelle, einem Tragluftzelt als Besprechungsraum, einem Fernmeldebau-Kraftwagen und Notstromaggregaten. Bei dem Elbehochwasser wurde z.B. in Dessau ein „Fliegender Stab“ eingerichtet¹³⁷. Die dort eingesetzten Stabsführungskräfte waren in diesem Falle mit einem PKW angereist und brachten zur lokalen Kommunikation noch Flipcharts, Handsprechfunkgeräte und Meldevordrucke mit. Die Stabsmitarbeiter sagten im Nachhinein aus, dass sie die Flipcharts als effektiver empfunden haben als die zur Verfügung stehenden technischen Alternativen. Die Kommunikation vor Ort fand hauptsächlich mit Telefon, Fax und Mobiltelefonen statt und nicht mit Funk. Als Grund hierfür wurde genannt, dass die Einsatzleiter im „Fliegenden Stab“ morgens mit entsprechenden Aufgaben betraut wurden und eine ständige Kommunikation nicht nötig war. Um von der technischen Einsatzleitung zu den Abschnittsleitern zu gelangen, wurden auch Fahrräder eingesetzt. Im weiteren Verlauf der Katastrophe wurden zwischen den Standorten Feldfernsprechverbindungen etabliert¹³⁸.

Auch aus dieser Katastrophe sind Anstöße zur Verbesserung der Gefahrenvorbeugung und Gefahrenabwehr hervorgegangen. Der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) hat im Rahmen seiner Auswertung der Flutkatastrophe festgehalten, dass für den sicheren Einsatzablauf der Digitalfunk in Deutschland flächendeckend und zügig eingeführt werden müsste¹³⁹. Dieser sollte zusätzlich notstromversorgt werden. Das analoge Funknetz und das Mobilfunknetz waren wegen Überlastung während der Katastrophe mehrfach zusammengebrochen und eine reibungslose Kommunikation zwischen den BOS war nicht möglich. Des Weiteren forderte der Deutsche Feuerwehr Verband (DFV) das Deutsche Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS) schnell mit Daten zu füllen, um der Bevölkerung über diese Datenbank wichtige Handlungshinweise geben zu können. Auch der Ausbau des Satellitengestützten Informationssystems (SatWaS) sollte fortgeführt werden, indem die Innenministerien der Länder mit den entsprechenden Sendevorrichtungen ausgestattet und auch lokale und private Rundfunksender mit einbezogen werden¹⁴⁰. Weitere Techniken zur Warnung der Bevölkerung sollten erprobt werden: Weckruf über Radio, Verbreitung über Mobilfunk, Internet und Videotext. Um die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung in der Katastrophe zu steigern, sollten zusätzlich Informationsbroschüren herausgegeben und die Erste Hilfe-Ausbildung gefördert werden.

¹³⁶ Schluchter, 1997, S. 3.

¹³⁷ Döbbling, E.-P. 2002: Mit Handy und Fahrrad in den Katastropheneinsatz? »Fliegender Stab« aus Ludwigshafen am Rhein unterstützt eine Technische Einsatzleitung in Dessau. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 10/2002, S. 845.

¹³⁸ Döbbling, 2002, S. 848.

¹³⁹ Broemme, A. / B. Pawelke 2002: Hochwasserkatastrophe im August 2002. Erfahrungen – Analysen – Konsequenzen. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 10/2002, S. 870.

¹⁴⁰ Bromme, Pawelke, 2002, S. 871.

6.2 Zusammenfassung

Die nachfolgende Tabelle fasst zusammen, welche Kommunikationsmittel während der beschriebenen Katastrophenereignisse zum Einsatz gekommen und welche Probleme dabei aufgetreten sind. Berücksichtigt werden dabei die Kommunikation der Bevölkerung und der BOS untereinander, sowie von Bevölkerung zu BOS und von BOS zu Bevölkerung.

Tabelle 1: Technische Kommunikation zwischen BOS und Bevölkerung bei ausgewählten Katastrophenereignissen nach dem 2. Weltkrieg

Sturmflut in Hamburg 1962		
Von \ nach	Bevölkerung	BOS
Bevölkerung	<ul style="list-style-type: none"> • Große Hilfsbereitschaft • Kommunikation unklar 	<ul style="list-style-type: none"> • Voll belegte Amtsleitungen (15)+Notrufe(5)+Behördenleitungen(5) • Per Rufen (von den Dächern aus)
BOS	<ul style="list-style-type: none"> • Über Radio/Fernseher wird vor Seuchen gewarnt (z.B. Wasser abkochen) • Sirenen (sofern die Standorte noch erreichbar waren) 	<ul style="list-style-type: none"> • Festnetztelefon im Katastrophengebiet schwierig (weil unter Wasser) • Per Funk zu den Einsatzkräften • Persönliche Abstimmung der Stäbe • keine einheitlichen Technologien
Waldbrände in Niedersachsen 1975 (und 1976)		
Von \ nach	Bevölkerung	BOS
Bevölkerung	<ul style="list-style-type: none"> • nicht verfügbar/vorhanden 	<ul style="list-style-type: none"> • nicht verfügbar/vorhanden
BOS	<ul style="list-style-type: none"> • nicht verfügbar/vorhanden 	<ul style="list-style-type: none"> • Analogfunk überlastet, daher wurden teils andere Frequenzen verwendet > dadurch keine Kommunikation mehr mit allen Helfern möglich • Der Leitstand hatte anfangs keine Kommunikation mit den Einsatzkräften • Freiwillige Feuerwehr benötigt mehr Frequenzen um die Kommunikation aufrecht zu erhalten • Analoges Funknetz völlig überlastet • Feldfernsprecher müssen redundanter aufgestellt sein, um Informationen trotz unruhiger Situationen sicher übertragen zu können • Alternativ auch Kopfhörer und Sprechmuscheln

Schneekatastrophe in Norddeutschland 1978/79		
Von \ nach	Bevölkerung	BOS
Bevölkerung	<ul style="list-style-type: none"> • nicht verfügbar/vorhanden 	<ul style="list-style-type: none"> • Telefon, Notruf sofern das Telefonnetz noch funktionierte
BOS	<ul style="list-style-type: none"> • Radio, wenn Batterien vorhanden oder das Auto erreichbar • Fernsehen, sofern Strom vorhanden 	<ul style="list-style-type: none"> • Probleme über Organisationsgrenzen hinweg, wenn Telefon unterbrochen • Jede Organisation benutzt eigenes analoges Funknetz • Funkamateure bilden das Bindeglied zwischen den BOS

Oderhochwasser 1997		
Von \ nach	Bevölkerung	BOS
Bevölkerung	<ul style="list-style-type: none"> • nicht verfügbar/vorhanden 	<ul style="list-style-type: none"> • Bürgerbüros, Behördentelefone, Notruf
BOS	<ul style="list-style-type: none"> • Radio/Fernsehen • Informationsblätter, Lautsprecherwagen, Bürgerbüros 	<ul style="list-style-type: none"> • Analog-Behördenfunk, Mobiltelefone, Telefone, Fax

Elbehochwasser 2002		
Von \ nach	Bevölkerung	BOS
Bevölkerung	<ul style="list-style-type: none"> • Mittels Informationsmaterial Hilfe zur Selbst- und Nachbarschaftshilfe 	<ul style="list-style-type: none"> • nicht verfügbar/vorhanden
BOS	<ul style="list-style-type: none"> • deutsches Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS) mit Daten füllen • Ausbau des satellitengestützten Warnsystems (SatWaS) läuft • Broadcast über Radio, Videotext, Internet und Mobiltelefon 	<ul style="list-style-type: none"> • „Fliegender Stab“ • Kein Funk • Telefon, Fax, Mobiltelefon, Feldfernsprechverbindungen, Fahrräder

Zusammenfassung der Erkenntnisse

Da die fortschreitende technische Entwicklung im Hinblick auf die Kommunikation bei der Betrachtung der einzelnen Katastrophen berücksichtigt werden muss, wurden die Katastrophenereignisse für die zusammenfassende Betrachtung in zwei Phasen gegliedert:

- **Phase 1:** Katastrophen vor 1997 (Sturmflut in Hamburg 1962; Waldbrände in Niedersachsen 1975 (und 1976); Schneekatastrophe in Norddeutschland 1978/79)
- **Phase 2:** Katastrophen nach 1997 (Oderhochwasser 1997; Elbehochwasser 2002)

Allgemein lassen sich die Erkenntnisse aus Phase 1 wie folgt zusammenfassen:

- Die Kommunikation der BOS mit der Bevölkerung fand über Rundfunk, Fernsehen und in akuten Fällen - sofern noch vorhanden und einsatzbereit - über Sirenen statt. Bei der Sturmflut 1976 wurde die ländliche Bevölkerung mündlich von den BOS informiert und angeleitet. Bezüglich lokaler Evakuierungspläne wurden Informationsblätter verteilt und Lautsprecherwagen eingesetzt.
- Die Kommunikation der Bevölkerung untereinander ist in der Literatur nicht näher dokumentiert. Es wird stets auf eine „große Hilfsbereitschaft der Bevölkerung“ hingewiesen. Es ist anzunehmen, dass ein Ausfall der Kommunikationstechnik heutzutage die Kommunikation zwischen den Menschen stärker beeinträchtigen würde als beispielsweise in den 1970er Jahren, wo die alltägliche Verfügbarkeit technischer Hilfsmittel zur Kommunikation noch nicht so selbstverständlich war.
- Die Kommunikation der Bevölkerung an die BOS fand über die Notrufnummern, Amtsleitungen und Behördentelefone statt. Im Falle der Sturmflut 1962 standen dafür nur 25 analoge Telefonleitungen (15 Amtsleitungen, 5 Notrufleitungen und 5 Behördenleitungen) für das gesamte Stadtgebiet Hamburg zur Verfügung.
- Die Kommunikation zwischen den BOS wurde mittels Analogfunk, Telefonen, Telefaxen und Feldfernsprechern und persönlicher Absprachen in den Leitständen durchgeführt. Hier sei erwähnt, dass der Analogfunk auf Grund der wenigen verfügbaren Übertragungsfrequenzen in jedem der Katastrophenfälle ständig überlastet war. Die kabelgebundenen Analogtelefonverbindungen wurden durch die Katastrophe teilweise zerstört und waren daher nicht zuverlässig. Feldfernsprechverbindungen mussten erst durch Fernmeldeeinheiten hergestellt werden, was teilweise einige Zeit in Anspruch nahm. Die persönlichen Absprachen waren nur dann möglich, wenn die Stäbe nicht zu weit auseinander lagen (Verteidigung gegen Hochwasser in einer überschaubaren Region). Hinzu kam, dass die einzelnen BOS noch von der Bundeswehr und alliierten Truppen verstärkt wurden, jede einzelne Organisation jedoch über eigene Kommunikationsmittel verfügte, also auch über eigene analoge Funkfrequenzen. Zur Koordination der Organisation war also persönliche Kommunikation oder ein Telefon nötig.

Die Erkenntnisse der Katastrophenereignisse aus Phase 2 lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Es gab bereits flächendeckend Mobiltelefonie, die die BOS für die interne Kommunikation genutzt haben, wenn das analoge Funknetz nicht funktionierte. Es ist ferner davon auszugehen, dass auch die Bevölkerung untereinander diese Technik nutzte, um sich Informationen zu besorgen oder Hilfe zukommen zu lassen.
- Bei der Flut 2002 wurde von den Leitstellen direkt auf Analogfunk verzichtet und es wurden nur noch GSM, Telefon, Fax und Feldfernsprechverbindungen verwendet. Im Bereich der Kommunikation mit der Bevölkerung wurde derweil die Informationsdatenbank deNIS im Internet bereitgestellt. Inwiefern zu dieser Zeit schon nützliche Informationen in deNIS verfügbar waren und ob diese auch genutzt/kommuniziert wurden, ist der Literatur nicht zu entnehmen. Das Internet wurde verstärkt in die Kommunikation zwischen BOS und Bevölkerung eingebunden. Das SatWaS befand sich zu dieser Zeit noch im Aufbau.

Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass die Auseinandersetzung mit den einzelnen Katastrophen dazu geführt hat, dass vorhandene Defizite in der Kommunikation (hauptsächlich zwischen den BOS) identifiziert wurden und die Nutzung bzw. Entwicklung anderer technischer

Hilfsmittel angeregt wurde, um so die Organisation der Katastrophe zu verbessern. Zwischen der Sturmflut in Hamburg 1962 und dem Oderhochwasser 1997 liegen 35 Jahre. Die technischen Fortschritte machen sich durch die zunehmenden Kommunikationsmöglichkeiten sowohl auf Seiten der BOS als auch auf Seiten der Bevölkerung bemerkbar. Gerade die BOS untereinander haben ihre Kommunikation mittels einheitlicher Technologien (Digitalfunk) im Laufe der Zeit zunehmend verbessert.

7 Hilfebedarfe der Bevölkerung, Hilfeverhalten von BOS und Bevölkerung sowie deren Kooperation bei den ausgewählten Katastropheneignissen

(Birgitta Sticher und Anna Will, HWR Berlin)

Auf der Grundlage der Quellen wurde für jedes Katastropheneignis analysiert, welche Folgen für die Bevölkerung auftraten, um den Hilfebedarf zu erfassen. In einem zweiten Schritt wurde herausgearbeitet, welche Hilfemaßnahmen erfolgten. Bei den Hilfemaßnahmen wurde unterschieden, ob diese von der Bevölkerung oder von den BOS, vor allem den taktisch organisierten Kräften durchgeführt wurden. Im dritten Schritt lag der Fokus auf der gelungenen oder nicht gelungenen Kooperation zwischen den Akteuren des Katastrophenschutzes und den Bürgern.

Bei der Auswertung der Informationen muss berücksichtigt werden, dass weder der Anspruch erhoben werden kann, eine vollständige Erfassung der realen Hilfebedarfe noch eine umfassende Darstellung der von den BOS und der Bevölkerung de facto geleisteten Hilfe zu geben oder alle Aspekte der Kooperation zu erfassen. Vielmehr ist die Realität gefiltert durch die Perspektive der Verfasser der jeweiligen Artikel. Die Berichte machen deutlich, welche Geschehnisse von diesen wahrgenommen und wie diese von ihnen bewertet wurden. Besonders hervorzuheben ist, dass sich gerade bei den neueren Publikationen (nach 2000) vermehrt Ausführungen über das Hilfeverhalten der Bevölkerung finden, dem zuvor keine oder nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Trotz dieser Einschränkung lassen sich aus den Quellen Aussagen zu den oben genannten Fragestellungen ableiten und können Vergleiche zwischen den Katastropheneignissen gezogen werden.

7.1 Sturmflut in Hamburg 1962

7.1.1 Hilfebedarfe der Bevölkerung

Die Folgen der Sturmflut waren gravierend: 34.000 Menschen waren direkt betroffen und 20.000 mussten evakuiert werden¹⁴¹. 340 Menschen¹⁴² starben sowie ca. 45.000 Tiere¹⁴³ (davon 39.000 Hühner) wurden Opfer der Wassermassen. Da das Hamburger Stromnetz zusammenbrach, hatten die Menschen kein Licht¹⁴⁴. Des Weiteren fehlte es an Heizmöglichkeiten¹⁴⁵, trockener Bekleidung¹⁴⁶, Nahrungsmitteln, Trinkwasser¹⁴⁷, der Möglichkeit der Kommunikation¹⁴⁸, aber auch an Bargeld¹⁴⁹.

¹⁴¹ Eismann, M. / M. Mierach . Behörde für Bau und Verkehr, Hamburg, Amt für Wasserwirtschaft (Hrsg.) 2002: Wenn die Flut kommt... - Erinnerungen an die Katastrophe von 1962 und heutiger Hochwasserschutz. Hamburg, S. 31.

¹⁴² Sturmflut 1962. http://de.wikipedia.org/wiki/Sturmflut_1962 (Stand 09.01.2012).

¹⁴³ Prügel, H. Staatliche Landesbildstelle Hamburg (Hrsg.) 1962: Die große Sturmflut in Hamburg – Beiheft zur Lichtbildreihe. Hamburg, S. 7.

¹⁴⁴ Brunswig, H. 1963b: Sturmflut über Hamburg. Einsätze und Erfahrungen der Hamburger Feuerwehr. Fortsetzung und Schluß. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen, 02/1963, S. 32.

¹⁴⁵ Prügel, 2002, S. 21.

¹⁴⁶ Schönefeld, G. / H. Tornow 1985: Angst hinterm Deich. – Sturmfluten 1962.1976. 4., unveränderte Auflage. Stade/Buxtehude, S. 69.

¹⁴⁷ Haack, H. W. 1964: Trinkwasserbereiter im Katastropheneinsatz. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 04/1962, S. 76.

¹⁴⁸ Tipp, Unger, 2012, S. 13.

Viele Familien wurden während der Katastrophe voneinander getrennt und erlebten die Unwissenheit über das Ergehen ihrer Angehörigen als sehr belastend¹⁵⁰.

Durch die Flutkatastrophe verloren viele Menschen ihr Zuhause und ihre Besitztümer¹⁵¹. Besonders hohe Schäden mussten die Obstbauern und Viehzüchter hinnehmen¹⁵².

Nimmt man diese Folgen zusammen, so ergibt sich sowohl ein hoher konkreter Hilfebedarf während und nach der Katastrophe, um die basalen Bedürfnisse zu befriedigen, als auch ein hoher Bedarf an psychischer Unterstützung, um die Geschehnisse zu verarbeiten.

7.1.2 Hilfeverhalten von BOS und Bevölkerung

Zählt man die Informationsübermittlung an die Bevölkerung über die anstehenden Gefahren (am Morgen des 16.02.1962) zu den Hilfemaßnahmen, dann ist die Warnung der Bevölkerung vor dem Sturm über Rundfunk und Fernsehen zu nennen. Allerdings wurden diese Warnungen aufgrund eines fehlenden Risikobewusstseins von den Menschen nicht ernst genommen¹⁵³. Die Warnung durch Sirenen nach Einsetzen des Sturms in der Nacht wurde entweder nicht gehört¹⁵⁴ oder als nicht bedeutungsvoll interpretiert, da die Sirenen nur mit Feuer in Verbindung gebracht wurden¹⁵⁵. Da in der Nacht vom 16. zum 17. Februar die Stromversorgung zusammenbrach, war eine Alarmierung der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten über Radio und Fernsehen nicht mehr möglich.

Bei der Analyse der Dokumente aus dem Jahr 1962 aus der Zeitschrift „Brandschutz“ fällt auf, dass im Mittelpunkt der Berichterstattung die Darstellung die enorme Leistung der ca. 33.000 Feuerwehrmänner¹⁵⁶ steht, vor allem der 20.000 in Schleswig-Holstein eingesetzten¹⁵⁷. Sie bewältigten die schwierigen, gefährlichen und psychisch hoch belastenden Einsätze. Die Feuerwehrleute waren sowohl „Mädchen für alles“, d.h. sie alarmierten die Bevölkerung, verteilten mit Hilfe von Hubschraubern wichtige Güter an die Menschen in den überschwemmten Gebieten, füllten Sandsäcke, transportierten diese, sicherten die Deiche etc.¹⁵⁸ - aber sie waren auch mit (allerdings viel zu wenig) geschultem Personal mit anspruchsvollen technischen Einsatzmitteln vor Ort. Die Aufzählung der Einsatzmittel wie Tragegurte, Hebegeschirr, Boote, Drehleiter, Hubschrauber, Wasseraufbereitungsanlagen und benzinbeheizte Wärmeaustauscher verdeutlichen die hohe technische Ausstattung der Feuerwehren¹⁵⁹.

¹⁴⁹ Tipp, Unger, 2012, S. 15.

¹⁵⁰ Leimbach, C. / K. Wagner 2012: Als die Deiche brachen. – Die Finkenwerder Sturmnacht von 1962. Erfurt, S. 19.

¹⁵¹ Schönefeld, Tornow, 1985, S. 69.

¹⁵² Schönefeld, Tornow, 1985, S. 79.

¹⁵³ Eismann, Mierach, 2002, S. 10.; Prügel, 1962, S. 7.

¹⁵⁴ Eismann, Mierach, 2002, S. 11.

¹⁵⁵ Krause, W. (Hrsg.) 1963: Die Sturmflut-Katastrophe im Februar 1962. 2., erweiterte Auflage. Stade-Buxtehude., S. 190.

¹⁵⁶ Deutscher Feuerwehrverband 1962: Einsatz der Feuerwehren bei der Sturmflut-Katastrophe an der nordwestdeutschen Küste. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 06/1962, S. 124.

¹⁵⁷ Holsten, W. 1962: Schleswig-Holstein. Die Hochwasserkatastrophe in Schleswig-Holstein. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 04/1962, S. 113.

¹⁵⁸ Deutscher Feuerwehrverband, 1962, S. 124.

¹⁵⁹ Brunswick, 1963b, S. 34ff.

Die Feuerwachen nahmen eine wichtige Funktion im Katastrophengebiet ein: die Bevölkerung konnte sich in den beheizten Räumen mit Nahrung und sauberem Trinkwasser versorgen. Für Schlafmöglichkeiten und medizinische Versorgung (Impfung gegen Typhus wegen Seuchengefahr) und die Versorgung mit Kraftstoff war gesorgt¹⁶⁰. Auch die Ortsämter und Kirchen wurden zu Anlaufstellen, um Informationen und basale Versorgung zu erhalten¹⁶¹.

Von den 20.000 Evakuierten wurden 12.000 in Notunterkünften untergebracht¹⁶², die vor allem in Schulen, Turnhallen, Jugendherbergen und Krankenhäusern eingerichtet wurden¹⁶³.

Nach dem Höhepunkt der Katastrophe organisierten das Deutsche Rote Kreuz, die Kirchen sowie andere Organisationen für Kinder (und Mütter) Erholungsurlaube¹⁶⁴.

Wie sieht es mit der Beteiligung der Bevölkerung am Hilfeprozess aus? Es wird von einer großen Hilfsbereitschaft berichtet: Viele Menschen kamen bei Verwandten oder Bekannten in nichtbetroffenen Gebieten unter. Von den 20.000 Evakuierten fanden 6.000 bei Freunden und Bekannten Obdach, viele von ihnen sogar für einige Monate¹⁶⁵.

Hamburger, die nicht direkt betroffen waren, spendeten Kleidung und Geld¹⁶⁶. Das Spendenaufkommen auch aus den anderen Bundesländern und dem Ausland belief sich insgesamt auf 44,2 Millionen D-Mark¹⁶⁷.

Zehntausende Helfer aus allen Teilen der Bundesrepublik beteiligten sich an der gewaltigsten Hilfsaktion seit Kriegsende 1945¹⁶⁸. Eine Fülle von Sofortmaßnahmen war ohne großartige Planung meistens spontan möglich¹⁶⁹. Freiwillige kümmerten sich um die Verpflegung der Evakuierten, der Menschen, die im Überschwemmungsgebiet eingeschlossen waren und der Einsatzkräfte. Des Weiteren schleppten sie Sandsäcke, um Deiche zu stabilisieren¹⁷⁰. Zeitzeugen berichten von umfangreicher Nachbarschaftshilfe: In den Katastrophengebieten selbst alarmierten die Menschen sich untereinander, weckten schlafende Nachbarn vor den eintreffenden Wassermassen, warnten vor dem Trinken des verseuchten Wassers oder versorgten sich untereinander mit Nahrungsmitteln und Getränken¹⁷¹. Einige Familien schafften es früh genug Lebensmittelvorräte, Wasser und das Nötigste auf die Dachböden zu schaffen, bevor ihre Häuser überschwemmt wurden. Menschen, die in den unteren Geschossen wohnten oder keine funktionierende Heizung hatten und zu erfrieren drohten, wurden von Nachbarn aus höher gelegenen Wohnungen aufgenommen¹⁷². Nach der akuten

¹⁶⁰ Brunswig, 1963b, S. 29.

¹⁶¹ Krause, 1963, S. 331.; Leimbach, Wagner, 2012, S. 19.

¹⁶² Eismann, Mierach, 2002, S. 31.

¹⁶³ Eismann, Mierach, 2002, ebenda.; Krause, 1963, S. 133.; Tipp, Unger, 2012, S. 15.

¹⁶⁴ Krause, 1963, S. 198 / 327.

¹⁶⁵ Eismann, Mierach, 2002, S. 31.

¹⁶⁶ Eismann, Mierach, 2002, S.23.

¹⁶⁷ Paschen, 2012, S. 42.

¹⁶⁸ Schönefeld, Tornow, 1985, S. 69.

¹⁶⁹ Leimach, Wagner, 2012, S.42.

¹⁷⁰ Eismann, Mierach, 2002, S. 23.

¹⁷¹ Eismann, Mierach, 2002, S.26f.

¹⁷² Leimach, Wagner, 2012, S. 49.; Prügel, 1962, S. 21.

Phase des Einsatzes gab es von vielen Seiten Hilfe bei Aufräumarbeiten. Jugendliche und Schulklassen unterstützen die Anwohner bei den Räumungsarbeiten in Nachbar- und Partnergemeinden¹⁷³. Sie schöpften Keller leer, reinigten Wohnungen, Gärten, Straßen und Plätze und füllten Sandsäcke, um aufgeweichte Deiche zu stabilisieren. Außerdem übernahmen manche Patenschaften für Notleidende¹⁷⁴. Kaufleute halfen der Konkurrenz mit neuer Ware aus und trockneten nassgewordene Lagervorräte in ihren Lagern. Lieferanten gewährten Kunden Zahlungsaufschübe bei längst fälligen Rechnungen und vieles mehr¹⁷⁵.

7.1.3 Kooperation zwischen BOS und Bevölkerung

Eine planmäßige Einbeziehung der Bevölkerung lag bei der Sturmflut in Hamburg nicht vor. Wenn in den älteren Berichten von Kooperation gesprochen wird, dann ist damit die Kooperation mit anderen Feuerwehren („nachbarschaftliche Hilfe“) und Hilfsorganisationen gemeint. Vor allem kritisiert die Feuerwehr bezogen auf die erste Phase der Katastrophe die Zusammenarbeit mit den „Hilfsorganisationen“, da diese schlecht organisiert gewesen seien¹⁷⁶.

Die taktisch organisierten Kräfte beklagten sich auch darüber, dass Teile der Bevölkerung falsche und übertriebene Hilferufe ausgesendet haben¹⁷⁷. Anhand der Kritik an den von der Bevölkerung ausgesendeten Hilferufen wird deutlich, dass von der Bevölkerung ein angemessenes Verhalten in der Katastrophe im Umgang mit der Feuerwehr gewünscht wurde. Aus der Sicht der Feuerwehr war die Bevölkerung überwiegend Hilfeempfänger, leistete aber auch „Vorarbeit“. So brachten z.B. die Bauern ihre Tiere auf den Dachböden oder Dächern vor dem Wasser in Sicherheit, aber der Einsatz von Feuerwehrleuten mit Tragegurten und Hebegeschirr war notwendig, um diese Tiere von den Dächern an einen sichereren Ort zu bringen¹⁷⁸.

Besonders negativ wird hervorgehoben, dass die Bevölkerung die Arbeitsweise der professionellen Kräfte durch ihre Präsenz behindert hat: Scharen von Neugierigen „störten die Arbeiten und Hilfsaktionen empfindlich, so dass Absperrmaßnahmen zunächst durch die Polizei und später durch die Bundeswehr nötig waren“¹⁷⁹.

Vor allem in den neueren Publikationen zu der Sturmflut von Hamburg¹⁸⁰ wird die Aktivität der Bürger, sowohl als Selbsthilfemaßnahme (s.o.) als auch in Kooperation mit den taktisch organisierten Kräften stärker thematisiert. Z.B. unterstützten Bürger die Pumptrupps beim Leerpumpen von Kellern und dem Transport von Sandsäcken. Manche Bürger übernahmen die Rolle eines Dolmetschers zwischen dem Hochdeutsch der Beamten und dem Platt der Finkenwerder¹⁸¹. Bäcker

¹⁷³ Leimbach, Wagner, 2012, S. 49.

¹⁷⁴ Paschen, 2012, S. 42.

¹⁷⁵ Handelskammer Hamburg (Hrsg.) 1962: Mitteilungen der Handelskammer Hamburg. Die Flutkatastrophe vom 16./17. Februar 1962. Sonderdruck aus den Heften 3, 4, 5, 6, 8/1962. Hamburg, S. 3.

¹⁷⁶ Brunswig, 1963b, S. 28.

¹⁷⁷ Brunswig, 1963b, ebenda.

¹⁷⁸ Brunswig, 1963a, S. 12.

¹⁷⁹ Krause, 1963, S. 124.

¹⁸⁰ Eismann, Mierach, 2002; Leimbach, Wagner, 2012; Paschen, 2012.

¹⁸¹ Paschen, 2012, S. 42.

richteten mit Hilfe taktisch organisierter Kräfte Versorgungsbrücken zu abgeschnittenen Dörfern ein, um Flutopfer mit frischem Brot zu versorgen¹⁸².

Besonders erwähnt werden muss die Hilfeleistung von 39 Hamburger Funkamateuren: Sie boten der Polizei, der Feuerwehr und den Behörden im Rathaus an, ein Funknetz aufzubauen. Dieses Hilfsangebot wurde von dem Bezirksamt Hamburg-Mitte angenommen. Im City-Hochhaus des Bezirksamtes wurde eine Funkstation eingerichtet. Es wurden über 400 Funksprüche abgesetzt oder empfangen. Hierbei handelte es sich um Hilferufe nach Medikamenten, nach medizinischer Erster Hilfe und Essen sowie um Telegramme an Angehörige. Die Hilfebedarfe konnten an die Behörden und Privatpersonen weitervermittelt werden¹⁸³.

Es wird erwähnt, dass die Feuerwehr die Bevölkerung im Verlauf der Katastrophenbewältigung über Lautsprecher zu Hilfeleistungen aufrief. Es folgten so viele Einwohner dem Aufruf, dass diese gar nicht alle eingesetzt werden konnten¹⁸⁴. Auch wurden von Orts- und Bezirksämtern Einsatzpläne mit klar umrissenen Aufgaben geschaffen¹⁸⁵.

7.2 Waldbrände in Niedersachsen 1975

7.2.1 Hilfebedarfe der Bevölkerung

Die Hilfebedarfe der Bevölkerung sind in den analysierten Dokumenten fast kein Thema. Was mit den 3.000 Menschen geschehen ist, die vor den Bränden in Sicherheit gebracht werden mussten, wird mit keinem Wort erwähnt. Es wird berichtet, dass die Bevölkerung angesichts der nicht enden wollenden Brände hilflos und verzweifelt war¹⁸⁶. Die psychischen Folgen der Existenzbedrohung und -vernichtung muss für die Bauern, denen der Großteil der zerstörten Gebiete gehörten (70% des Waldgebietes waren in Privatbesitz) und die überwiegend nicht gegen Brand versichert waren, dramatisch gewesen sein. Aber auch dies wird nur beiläufig genannt¹⁸⁷.

7.2.2 Hilfeverhalten von BOS und Bevölkerung

Der Beitrag der Bevölkerung zur Bewältigung der Krise ist in den Berichten fast kein Thema. Nur zwei Hinweise auf Hilfeverhalten finden sich: Es werden zum Einen die Ehefrauen der Feuerwehrmänner, die diese während der langen Einsatzzeiten versorgten¹⁸⁸, erwähnt und zum Anderen die Einheimischen, die über Wissen von Wasserstellen verfügten, die den Feuerwehrleuten nicht bekannt waren¹⁸⁹. Aus der Angabe, dass von den für die 3.000 Evakuierten zur Verfügung gestellten

¹⁸² Leimbach, Wagner, 2012, S. 29.

¹⁸³ DARC-Districtarchiv Hamburg 2012: Vor 50 Jahren – Die Sturmflut in Hamburg. Hamburger Funkamateure halfen nach Ausfall der Kommunikationssysteme. Betreuer Gerhard Hover, DJIGE (s. auch DL-QTC 4/1962: Katastropheneinsatz Hamburger Funkamateure 1962).

¹⁸⁴ Krause, 1963, S. 124.

¹⁸⁵ Krause, 1963, S. 232.

¹⁸⁶ „Unser Feuer machen wir selber aus“, S. 18.

¹⁸⁷ „Unser Feuer machen wir selber aus“, S. 25.

¹⁸⁸ Bartels, H. 1975: Feuerwehren im Katastropheneinsatz. August 1975: Waldbrand im Landkreis Celle. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 11/1975, S. 315.

¹⁸⁹ „Unser Feuer machen wir selber aus“, S. 25.

2.700 Notunterkünften nur 10% belegt waren, kann abgeleitet werden, dass viele dieser Menschen privat untergebracht wurden¹⁹⁰.

Ansonsten tritt die Bevölkerung lediglich mit negativen Verhaltensweisen in den Publikationen in Erscheinung: Durch fahrlässiges oder vorsätzliches Verhalten wurden Brände ausgelöst¹⁹¹, durch leichtsinniges Verhalten brachten sich einige Bürger zu Beginn der Katastrophe selbst in Gefahr¹⁹².

Diese Darstellung der eher passiven und negativ bewerteten Verhaltensweisen der Bevölkerung kontrastiert stark mit der Berichterstattung über die taktisch organisierten Kräfte. Die Zahl der eingesetzten Kräfte, die extremen Bedingungen ausgesetzt waren und enormen Einsatz erbrachten, war sehr hoch und wird mit ca. 32.000¹⁹³ angegeben. Die taktisch organisierten Kräfte (ToK) setzten sich aus ca. 15.000 Feuerwehrmännern aus 7 Bundesländern, 11.000 Bundeswehrsoldaten und vielen weiteren Kräften zusammen¹⁹⁴. Sie waren teilweise 4-5 Tage pausenlos im Einsatz¹⁹⁵. In den Berichten über die Waldbrände nimmt die Darstellung der hoch leistungsfähigen technischen Einsatzmittel einen großen Raum ein. Es wurden 3.000 Menschen aus den Dörfern evakuiert, 60 von ihnen mit dem Hubschrauber¹⁹⁶.

Viele Probleme im Katastrophenmanagement – vor allem schlechte Kommunikation und Kompetenzgerangel der taktisch organisierten Kräfte untereinander – werden beklagt, die die Bewältigung der anstehenden Arbeiten stark behinderten¹⁹⁷.

7.2.3 Kooperation zwischen BOS und Bevölkerung

Von einer planmäßigen Kooperation der taktisch organisierten Kräfte mit der Bevölkerung kann bei diesem Katastrophenereignis nicht gesprochen werden. Allerdings bietet die Art der Katastrophe z.B. im Vergleich zum Hochwasser und zur Schneekatastrophe für die Bevölkerung auch geringe Möglichkeiten, helfend aktiv zu werden. Wir erfahren lediglich, dass Bauern auf Anweisung der taktisch organisierten Kräfte Güllefässer und Wasserträgerfahrzeuge mit Wasser füllten und diese als Hilfslöschfahrzeuge bereithielten. Auch pflügten sie Stoppelfelder, um das Vordringen der Flammen zu verhindern¹⁹⁸.

Die Bevölkerung wurde schlecht über das Geschehen informiert. Die Einsatzleiter fanden keine Zeit bzw. sahen die Notwendigkeit nicht, auf das Informationsbedürfnis der Medien zu reagieren¹⁹⁹.

¹⁹⁰ Luttermann, 1977, S. 29.

¹⁹¹ Eber, H. / J. Funger / P. Herminghaus / W. Herzing / W. Lewis / H. Raab / Feuerwehr Dietzenbach [Hrsg.] 1976: Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen – Versuch einer Dokumentation. Dietzenbach, S. 19, 28.

¹⁹² „Unser Feuer machen wir selbst aus“, S. 17.

¹⁹³ Brandenburg, H. 2010: Naturkatastrophen in Norddeutschland. Norderstedt, S. 23.

¹⁹⁴ Brandenburg, 2010, ebenda; „Unser Feuer machen wir selber aus“, S. 20.

¹⁹⁵ Bürger, A. 1975: Der große Brand in der Lüneburger Heide. Gedanken des Präsidenten des DFV. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 10/1975, S. 287f.

¹⁹⁶ Weidner, 1975, S. 6.

¹⁹⁷ „Der Überblick fehlte bisweilen“. SPIEGEL-Interview mit Niedersachsens Innenminister Rötger Groß. In: Der Spiegel 34/1975, S. 27; Brandenburg, 2010, S. 23 / 29.

¹⁹⁸ Niedersächsischer Minister des Inneren 1976: Die Waldbrandkatastrophe im Regierungsbezirk Lüneburg im August 1975. Anlagenband.

¹⁹⁹ Niedersächsischer Minister des Inneren, 1976.

Es wird erwähnt, dass die Einsatzkräfte sich immer wieder über den störenden Aufenthalt von neugierigen Menschen an Einsatzstellen beklagten²⁰⁰, was zum Erlass einer „Verordnung zur Verhütung von Waldbränden und zur Sicherheit der Waldbrandbekämpfung“ führte²⁰¹. Auch wurde seitens der Feuerwehr von Schwierigkeiten mit freiwilligen Helfern (und kleineren Freiwilligen Feuerwehren) berichtet, weil diese mit den Führungsstrukturen und Unterstellungsverhältnissen nicht vertraut waren²⁰².

Am Rande ist den Berichten zu entnehmen, dass offenbar die Information / Unterrichtung der Bevölkerung während der Katastrophe nicht zufriedenstellend gelaufen ist, da hier in der Nachbereitung des Einsatzes deutlicher Veränderungsbedarf angemeldet wird²⁰³.

7.3 Schneekatastrophe in Norddeutschland 1978/79

7.3.1 Hilfebedarfe der Bevölkerung

Die Folgen dieser Katastrophe waren für viele Bürger verheerend. Die Schneekatastrophe stellte eine Bedrohung für Leben und Gesundheit der Bevölkerung dar, gefährdete die lebenswichtige Versorgung von Mensch und Tier und führte zu erheblichem Sachschaden²⁰⁴.

Menschen waren von der Außenwelt abgeschnitten, ohne Strom, folglich ohne Licht und Telefon²⁰⁵. Einkaufsmöglichkeiten waren witterungsbedingt nicht nutzbar, vor allem Verbrauchermärkte und Warenhäuser, die sich oft am Ortsrand befanden, waren schwer zugänglich²⁰⁶. Die Menschen, von denen nur wenige über ausreichende Vorräte verfügten, hatte keine Möglichkeit, Nahrungsmittel zu kaufen. Bäckereien waren geschlossen, weil die Bäcker nicht genug Hefe auf Vorrat hatten²⁰⁷. Die Schneekatastrophe führte dazu, dass viele Menschen in ihren Wohnungen eingeschlossen waren. In Schleswig-Holstein waren 80 Dörfer²⁰⁸ von der Außenwelt abgeschnitten. In mehreren Regionen in Norddeutschland (außer in Hamburg, wo Freileitungen nach der Flutkatastrophe durch Erdkabel ersetzt worden waren²⁰⁹) fielen nicht nur der Strom und in der Folge die Telefonnetze und Heizungen aus, sondern auch die Verkehrswege (zu Lande²¹⁰, in der Luft²¹¹ und auf dem Wasser²¹²) waren

²⁰⁰ Luttermann, 1977, S. 8 / 14 / 22.

²⁰¹ Luttermann, 1977, S. 37.

²⁰² Niedersächsischer Minister des Inneren, 1976.

²⁰³ Deutscher Städtetag 1976: Die Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen. Berichte, Einsatzerfahrungen und Vorschläge kommunaler Branddirektoren. Reihe B – DST-Beiträge zur Kommunikation, Heft 2. Köln, S. 58 / 91.

²⁰⁴ Meinardus, 2010, S. 33.

²⁰⁵ Herr, Stand 23.01.2013.

²⁰⁶ Bundesregierungs-Bericht 1979: Erfahrungen und Folgerungen aus den Schneekatastrophen in Norddeutschland zum Jahreswechsel 1978/79 u. Mitte Februar 1979. Bonn, S. 26.

²⁰⁷ Bundesregierungs-Bericht, 1979, ebenda.

²⁰⁸ Heed (a).

²⁰⁹ Heed, L. (c): Der Schneewinter 1978/79 – ein Überblick. Teil 4: Hamburg: Auf Skiern zur Arbeit.

http://www.ndr.de/geschichte/chronologie/siebzigerjahre/schneechaosueberblick100_page-4.html (Stand 23.01.2013).

²¹⁰ Heed, L. (d): Der Schneewinter 1978/79 – ein Überblick. Teil 2 : Niedersachsen: Ostfriesland ohne Strom.

http://www.ndr.de/geschichte/chronologie/siebzigerjahre/schneechaosueberblick100_page-2.html (Stand 23.01.2013).

²¹¹ Heed (c).

²¹² Heed (a).

ebenfalls größtenteils nicht nutzbar. Besonderen Hilfebedarf hatten Weihnachts- und Silvesterbesucher und die Menschen, die in Zügen oder Privatautos festsaßen²¹³. Großer Hilfebedarf bestand für alte Menschen, die sich nicht selbst versorgen konnten und deshalb z.B. auf Essen auf Rädern angewiesen waren, das z.B. in Hannover sowie Hamburg und Umgebung nicht geliefert werden konnte²¹⁴. Des Weiteren war der Hilfebedarf bei kranken Menschen, die eine ärztliche Behandlung benötigten, bei Schwangeren, die für die Geburt des Kindes das Krankenhaus allein nicht erreichen konnten und bei Babies, die keine Windeln und keine warme Nahrung erhielten, hoch. Viele Tiere – vor allem in der Massentierhaltung – starben, weil es an Futter fehlte und durch den Stromausfall auch Melkmaschinen ausgefallen waren²¹⁵.

7.3.2 Hilfeverhalten von BOS und Bevölkerung

In der DDR – auf deren zentral gesteuertes Krisenmanagement hier aber nicht weiter eingegangen wird - wurden Soldaten der Nationalen Volksarmee und der sowjetischen Armee eingesetzt²¹⁶. Panzer sorgten für das Freiräumen von Straßen. Hubschrauber retteten Eingeschneite und versorgten die Bewohner der Dörfer mit Medikamenten und Nahrungsmitteln²¹⁷. Über den Luftweg erfolgte auch die Versorgung der Inseln Rügen und Hiddensee. Schneeberge wurden gesprengt, ganze Brigaden schippten Schnee²¹⁸.

In der BRD konnte – so der Bericht der Bundesregierung – die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern im Allgemeinen sichergestellt werden²¹⁹. Zur Versorgung kleinerer Ortschaften und abgelegener Siedlungen wurden Hubschrauber eingesetzt. In den Kampf gegen die Schneemassen waren insgesamt ca. 30.000 Helfer von DRK, Bundeswehr, THW, Feuerwehr und anderen Hilfsorganisationen involviert²²⁰. Die Bundeswehr half beim Freilegen der Schienen. In Kasernen wurden Unterkünfte für Zivilpersonen zur Verfügung gestellt. Die Bundeswehr reaktivierte alte geländegängige Krankenwagen und übernahm so Aufgaben des zivilen Rettungsdienstes²²¹. Auch trug die sie mit Feldheizgeräten und Notstromaggregaten dazu bei, die Not der Menschen zu lindern²²².

Um die Mobilität zumindest auf geringem Niveau aufrecht zu erhalten, wurden z.B. in Hannover Verwaltungskräfte der Bahn zum Schneeschippen eingesetzt, um so Weichen frei zu halten²²³. Mit Bussen (der Feuerwehr) wurde vielerorts ein Ersatzverkehr eingerichtet²²⁴. Über 70 werdende Mütter

²¹³ NRD. Was den Norden bewegt – Schneekatastrophe 1778/79.

http://www.youtube.com/watch?hl=de&v=EBwULNU_fvk&gl=DE (Stand 23.01.2013); Meinardus, 2010, S. 34.

²¹⁴ Heed (d).

²¹⁵ Herr, Stand 23.01.2013.

²¹⁶ Heed (b).

²¹⁷ Heed (a).

²¹⁸ Heed (b).

²¹⁹ Bundesregierungs-Bericht, 1979, S. 26.

²²⁰ Heed (a).

²²¹ Schneekatastrophe in Norddeutschland 1978.

http://de.wikipedia.org/wiki/Schneekatastrophe_in_Norddeutschland_1978 (Stand 20.01.2013).

²²² Bundesregierungs-Bericht, 1979, S. 12.

²²³ Heed (d).

²²⁴ Heed (c).

wurden in der BRD mit Hubschraubern in Krankenhäuser ausgeflogen, damit sie ihre Kinder zur Welt bringen konnten, was den Begriff „Heli-Babys“ prägte²²⁵.

Gerade weil die Menschen zum Teil von der Außenwelt abgeschnitten waren, kam der Hilfeleistung durch die Nachbarn eine extrem hohe Bedeutung zu²²⁶, auch wenn dies ursprünglich nicht geplant war. In den Berichten wird der hilfreiche Umgang der Bürger miteinander besonders erwähnt. Dies verdeutlicht auch das Zitat des ehemaligen Katastrophenschutzamtsleiters Ellermann: *„Die Bürger wurden nicht zu Aufgaben herangezogen, aber sie merkten, dass sie aufeinander angewiesen waren und entwickelten eine ausgeprägte Nachbarschaftshilfe. Sie haben z.B. die Schaufeln an Treckern für die Schneeräumung benutzt und sich so gegenseitig geholfen“*²²⁷.

7.3.3 Kooperation zwischen BOS und Bevölkerung

Bei dieser Schneekatastrophe wurde zum ersten Mal deutlich, dass die Bewältigung der Katastrophenlage trotz des massiven Aufgebots an taktisch organisierten Kräften nur mit Unterstützung der Bevölkerung überhaupt möglich war. Die Kooperation zwischen Personen, die offiziell für das Katastrophenmanagement verantwortlich sind und Bürger, die ihre Hilfsmöglichkeiten einbringen, wurde erfolgreich umgesetzt: Mancherorts sammelten sich arbeitsfähige Männer nach Erklingen der Dorfsirene auf dem Dorfplatz – erst spontan und später dann organisiert mit Schippen – um Wege jeden Tag von neuem freizuschaukeln, z.B. zum kleinen Kaufmannsladen des Dorfes²²⁸. Auch Schüler verdienten sich durch Schneeschippen ein paar Pfennige dazu²²⁹. Von „oben“ wurden z.B. über den Hörfunk immer wieder der Appell zur Selbsthilfe und weitere Anweisungen an die Bevölkerung weiter gegeben. Der Hamburger Bürgermeister forderte vor allem Lehrer, Schüler und Bedienstete von Behörden zum Schneeschippen auf (wofür in Rathaus und Bezirksämtern Schippen, Besen und Schneeschieber zur Verfügung standen)²³⁰. Die Bundespost bat Mitarbeiter des VFDB (Verband der Funkamateure in Telekommunikation und Post) um Hilfe. Diese Amateure schafften es, einen Notfunkbetrieb, und so auch die Kommunikation der Hilfskräfte untereinander, zu ermöglichen²³¹. Dass aber diese Kooperation mit Konflikten verbunden war, wird aus den Ausführungen von Dombrowsky deutlich. Diese Konflikte entstanden seiner Meinung nach vor allem dort, wo sich die Bevölkerung nicht in die vorformulierte Opferrolle begab: *„Um die volle Kontrolle über alle Aktivitäten in der Katastrophe zu behalten, benötigten die Behörden und Organisationen verantwortliche Ansprechpartner in der Umwelt, die Informationen liefern und Anordnungen ausführen. Wer aus diesem Netzwerk herausfällt, oder wie die CB-Funker, noch gar nicht darin eingeschlossen ist, wird als Bedrohung erlebt“*²³².

²²⁵ NRD. Was den Norden bewegt – Schneekatastrophe 1778/79.

http://www.youtube.com/watch?hl=de&v=EBwULNU_fvk&gl=DE (Stand 23.01.2013).

²²⁶ Heed (a).

²²⁷ Ellermann, in Meinardus, 2010, S. 51.

²²⁸ Herr, Stand 23.01.2013.

²²⁹ Heed (b).

²³⁰ Heed (c).

²³¹ Schneekatastrophe in Norddeutschland 1978.

http://de.wikipedia.org/wiki/Schneekatastrophe_in_Norddeutschland_1978 (Stand 20.01.2013).

²³² Dombrowsky, W. R. 1981: Solidaritätsformen während der Schneekatastrophe in Norddeutschland. SIFKU-Informationen, 4 (1), S. 33.

7.4 Oderhochwasser 1997

7.4.1 Hilfebedarfe der Bevölkerung

Die Flut erreichte Brandenburg am 17. Juli 1997 – und damit stieg die Bedrohung für die Bürger massiv an. Folgende Fragen bestimmten das Denken: „Werden die Deiche dem Wasserdruck standhalten? Wird es möglich sein, die Überschwemmung der Gebiete zu verhindern? Müssen wir die Wohnungen verlassen? Was können wir aktuell tun?“

Diese „Wartesituation“ führte zu einer extrem hohen psychischen Belastung. Aus dieser Situation ergab sich vor allem ein Bedarf an Information und Kommunikation, um sich auf die Lage vorbereiten zu können.

Da die Menschen, für die eine akute Lebensgefahr bestand, rechtzeitig evakuiert werden konnten, starben bei der Überschwemmungskatastrophe in Deutschland keine Menschen und Tiere. In Polen und Tschechien hingegen starben 114 Menschen durch die Wassermassen²³³. Diese entstanden in Polen, weil die Schleusen mehrerer Wasserspeicher zu spät, dann aber gleichzeitig geöffnet wurden, was zu einer 8 Meter hohen Flutwelle führte²³⁴. Der Sachschaden betrug 330 Millionen Euro. Neben diesen materiellen Verlusten stellte die Evakuierung eine hohe psychische Belastung dar und erfolgte in vielen Fällen durch Zwang²³⁵.

Auch wenn die akute Lebensgefahr gebannt werden konnte, waren die gesundheitlichen Gefahren durch auslaufende Tanks, Lecks in Heizöltanks in Wohnhäusern, Gasflaschen auf Schrottplätzen und Tierkadaver gegeben²³⁶.

Die vorliegenden Quellen enthalten leider wenig differenziertere Information darüber, wie es den 12.000 Menschen im Oderbruch erging.

7.4.2 Hilfeverhalten von BOS und Bevölkerung

Die Überschwemmungskatastrophe war der bis dahin größte Katastropheneinsatz der Bundeswehr²³⁷: 30.000 Bundeswehrsoldaten²³⁸ sowie 60 Hubschrauber²³⁹ und 3.000 Radfahrzeuge²⁴⁰ wurden zur Bewältigung der Flut und für Abwehrmaßnahmen eingesetzt. Darüber hinaus waren auch der Bundesgrenzschutz, das Technische Hilfswerk, die Feuerwehr und die Hilfsorganisationen im Einsatz²⁴¹. So leistete das Deutsche Rote Kreuz Erste Hilfe und verteilte Sachgutspenden – auch in

²³³ Oderhochwasser. http://de.wikipedia.org/wiki/Oderhochwasser_1997 (Stand 22.01.2013).

²³⁴ S. Zeitzeugeninterview mit Bode/ Franke und Heiden am 16.01.2014

²³⁵ Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, 1997, S. 20 / 34.

²³⁶ Schluchter, W. (Hrsg.) (Technische Universität Cottbus) 1997: Sozialwissenschaftliche Betrachtung und Schlussfolgerungen zum Oder-Hochwasser 1997 und zu seiner Rezeption durch die betroffene Bevölkerung. <http://www.sozum.tu-cottbus.de/Lehrstuhltexte/oderbericht.htm> (Stand 19.12.2012). S. 3f., S. 4; Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, 1997, S. 38.

²³⁷ Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, 1997, S. 5.

²³⁸ Linde, J. 1998: „Aus der Katastrophe in eine Aufbruchstimmung“. In: Brandenburg Kommunal 24/1998, S. 7.

²³⁹ Linde, 1998, ebenda.

²⁴⁰ Oderhochwasser. http://de.wikipedia.org/wiki/Oderhochwasser_1997 (Stand 22.01.2013).

²⁴¹ Ständige Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz (Hrsg) 12/1998: Workshop „Ausgewählte Aspekte der Bewältigung von Langzeitlagen: Oderflut 1997“. Veranstalter: Ständige Konferenz

Polen und Tschechien²⁴². Insgesamt waren in Deutschland 50.000 Helfer²⁴³ an dem Katastropheneinsatz beteiligt. Die taktisch organisierten Kräfte evakuierten 6.500 Menschen²⁴⁴ aus den von der Überschwemmung bedrohten Gebieten (allerdings teilweise zwangsweise²⁴⁵), 2.000 von ihnen wurden sogar mit Hubschraubern transportiert²⁴⁶. Für die 8.000 Evakuierten wurden Notunterkünfte außerhalb der Gefahrenzone bereitgestellt²⁴⁷ und es wurden Impfungen wegen der Gefahr von Hepatitis und Typhus angeboten²⁴⁸. Auch die Viehbestände (und Zootiere) wurden in Sicherheit gebracht²⁴⁹. Mittels Hubschraubern wurden die Sandsäcke von den Sandfüllstellen zum Deich geflogen und Nothilfe in den überschwemmten Gebieten geleistet²⁵⁰. Weitere Aufgaben der Einsatzkräfte waren Sandsackverladen, Transportaufgaben, Aufräum- und Pumparbeiten, Sicherstellung der Strom- und Wasserversorgung, Beseitigung von Tierkadavern und Ölschäden und die Verpflegung und Betreuung von Einsatzkräften und Betroffenen²⁵¹.

Was war der Beitrag der Bevölkerung? Es wird geschildert, dass die Hilfsbereitschaft der Bürger groß war und viele bei der Abfüllung von Sandsäcken halfen²⁵², allerdings noch viel mehr helfen wollten als es de facto umgesetzt werden konnte²⁵³. Offenbar als Ergebnis der Selbstorganisation wurde ein Bürgerbüro zur Verteilung von Sandsäcken eingerichtet²⁵⁴. Des Weiteren half die Bevölkerung bei der Versorgung der Einsatzkräfte, so z.B. die Frauen des Dorfes in Brieskow-Finkenheerd mit selbstgebackenem Kuchen und frischem Kaffee²⁵⁵.

Im Rückblick auf das Katastrophenmanagement wird festgestellt, dass bei den Bürgern der ehemaligen DDR eine besonders ausgeprägte Motivation zur Selbsthilfe vorlag, die für die erfolgreiche Bewältigung der Katastrophe wichtig war²⁵⁶. Die freiwilligen Helfer werden allerdings nicht nur positiv dargestellt, sondern sowohl als übermotiviert als auch als überfordert beschrieben²⁵⁷.

Positiv muss festgehalten werden, dass die Spendenbereitschaft der deutschen Bevölkerung und von Unternehmen für die Überschwemmungsoffer (auch für die Menschen in Tschechien und Polen) hoch war: es wurden 130 Millionen D-Mark und Sachspenden aufgebracht²⁵⁸.

für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz, Bundesamt für Zivilschutz, Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ). Köln.

²⁴² Oderhochwasser. http://de.wikipedia.org/wiki/Oderhochwasser_1997 (Stand 22.01.2013).

²⁴³ Linde, 1998, S. 7.

²⁴⁴ Schiersner, F. 2000: Fallstudie zum Katastrophenmanagement – Die Oder-Flut im Sommer 1997. Kiel.

²⁴⁵ Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, 1997, S. 20 / 34.

²⁴⁶ Oderhochwasser. http://de.wikipedia.org/wiki/Oderhochwasser_1997 (Stand 22.01.2013).

²⁴⁷ Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, 1997, S. 50.

²⁴⁸ Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, 1997, S. 38.

²⁴⁹ Oderhochwasser. http://de.wikipedia.org/wiki/Oderhochwasser_1997 (Stand 22.01.2013).

²⁵⁰ Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, 1997, S. 32.

²⁵¹ Ständige Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz, 1998, S. 8.

²⁵² Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, 1997, S. 7f.

²⁵³ Ständige Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz, 1998.

²⁵⁴ Schluchter, 1997, S. 4.

²⁵⁵ Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, 1997, S. 35.

²⁵⁶ Ständige Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz, 1998.

²⁵⁷ Ständige Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz, 1998.

²⁵⁸ Linde, 1998, S. 7.

7.4.3 Kooperation zwischen BOS und Bevölkerung

Die Bereitschaft zur Mitwirkung der Bevölkerung lief größtenteils ins Leere. Viele Bürger wussten nicht, wo für sie die Möglichkeit bestand, Sandsäcke aufzufüllen. Es bestanden insgesamt große Probleme, diese Hilfsbereitschaft zu organisieren, denn es fehlten koordinierende Ansprechpartner oder es bestanden technische Probleme²⁵⁹: So riefen z.B. Firmen und Privatpersonen im Innenministerium von Brandenburg an, um Hilfe anzubieten, was aber zu einer Blockierung der Telefonleitungen des Katastrophenstabes führte. Auch für die nationalen und internationalen Journalisten gab es anfangs keine Anlaufstelle²⁶⁰. Mit Verzögerung wurde dann ein Stab eingerichtet, der Hilfsangebote und Rückfragen koordinieren sollte und 24 Stunden pro Tag erreichbar war. Eine weitere Verbesserung bestand darin, dass die Information über die Pegelstände der Oder von der Pressestelle ins Internet eingestellt und stündlich aktualisiert wurde²⁶¹.

Auch wurde seitens der Bürger beklagt, dass ihnen das Wissen über die notwendigen verhaltensrelevanten Sicherheits- und Rettungsmaßnahmen fehlte und sie sich sehr schlecht über die Lage bzw. Lageentwicklung informiert fühlten²⁶². Die Bevölkerung war auch deshalb verunsichert, weil die BRD neue Strukturen eingeführt hatte, die aber noch nicht so bekannt und gefestigt waren, dass sie wirkungsvoll arbeiten konnten. Kritisiert wurde auch, dass Sachinformationen über Evakuierungskriterien und Evakuierungsoptionen nicht ausreichend an die Bevölkerung weiter geleitet wurde. Die Folge war, dass die Betroffenen die Evakuierung als überfallartig und willkürlich erlebten (obwohl sie vorher angekündigt worden war) und mit Panikanfällen reagierten oder in Hilflosigkeit verharrten²⁶³.

Bei vielen Bürgern wurde durch die Mammutoperation der Bundeswehr das Gefühl der individuellen Hilflosigkeit verstärkt. Dies macht das folgende Zitat deutlich: „Was soll man mit einer kleinen Schaufel tun, wenn man sieht wie die Bundeswehr gleich tonnenweise mit Sand arbeitet“²⁶⁴.

Es gab aber auch zahlreiche positive Beispiele der Kooperation von Bürgern und professionellen Helfern: So wird berichtet, dass die Bewohner des 322-Seelen-Dorfes Ratzdorf, Helfer der Freiwilligen Feuerwehren sowie Soldaten der Bundeswehr und Beamte des Bundesgrenzschutzes mit dem THW eine verschworene Gemeinschaft gegen die Wassermassen bildeten²⁶⁵.

Weitere Beispiele für die gelungene Kooperation sind Spenden lokaler Unternehmer, die Getränke, Fahrzeuge und Material zur Verfügung stellten sowie die Versorgung der Einsatzkräfte durch die Bevölkerung²⁶⁶. Es wird von einem „Multiplikatorensystem“²⁶⁷ berichtet. Gemeint ist damit, dass die zivilen Helfer (außer an hochgefährdeten Einsatzstellen) eingebunden wurden.

²⁵⁹ Schluchter, 1997, S. 3.

²⁶⁰ Schiersner, 2000.

²⁶¹ Schiersner, 2000.

²⁶² Schluchter, 1997, S. 2f.

²⁶³ Schluchter, 1998.

²⁶⁴ Schluchter, 1998, S. 5.

²⁶⁵ Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, 1997, S. 20.

²⁶⁶ Schluchter, 1998, S. 4.

²⁶⁷ S. Zeitzeugeninterview mit Bode/ Franke und Heiden am 16.01.2014

7.5 Elbehochwasser 2002

7.5.1 Hilfebedarfe der Bevölkerung

Das Ausmaß der Katastrophe und der damit einhergehende Hilfebedarf waren extrem hoch. Ca. 25.000 Häuser²⁶⁸ wurden überflutet, viele Häuser standen bis zur zweiten Etage unter Wasser. 100.000 Menschen²⁶⁹ mussten ihre Bleibe verlassen. Viele verloren all ihr Hab und Gut in den Fluten. 21 Menschen²⁷⁰ starben beim Elbehochwasser. Die Dramatik wurde noch dadurch erhöht, dass eine Umweltkatastrophe im Chemiepark Bitterfeld-Wolfen in Sachsen-Anhalt drohte. Zum Glück konnte diese aber abgewendet werden²⁷¹. Aber allein durch 250.000 Liter Heizöl²⁷², die allein in Dessau aus Heizöltanks austraten, wurde die Umwelt stark verschmutzt und die Gesundheit gefährdet. Durch umher schwimmende Tierkadaver wurde ebenfalls die Gesundheit der Menschen bedroht, es bestand Seuchengefahr²⁷³. Die Menschen, die noch in ihren Wohnungen blieben, litten in vielen Orten an den Folgen der Unterbrechung der Stromversorgung und der Telefonverbindung, so z.B. in Dessau²⁷⁴. In Teilen von Dresden brach die Trinkwasserversorgung zusammen²⁷⁵. Patienten mussten aus Krankenhäusern und Altenheimen evakuiert werden²⁷⁶. Durch die Zerstörung von 180 Brücken und 740 km Straße war auch die Verkehrsinfrastruktur stark beeinträchtigt²⁷⁷. In Sachsen soll es auch zu 33 Plünderungen gekommen sein – allerdings ist nicht zu erfahren, von wem diese durchgeführt wurden und wer von den Plünderungen betroffen war²⁷⁸.

7.5.2 Hilfeverhalten von BOS und Bevölkerung

Die Anzahl der beim Jahrhunderthochwasser eingesetzten taktisch organisierten Kräfte war sehr hoch. Allein ca. 40.000 Feuerwehrangehörige²⁷⁹, 25.000²⁸⁰ (oder sogar – so eine andere Angabe – bis zu 45.000²⁸¹) Bundeswehrsoldaten, 13.000 Mitarbeiter der Hilfsorganisationen²⁸², 9.000 THW-Helfer²⁸³ sowie 4.000 Beamte des Bundesgrenzschutzes²⁸⁴ – insgesamt ca. 100.000 Helfer waren im Einsatz. Neben der (Massen-)Evakuierung der Menschen und der Sicherung bzw. dem Aufbau von Deichen durch 10 Millionen Sandsäcke waren andere Aufgaben der Kräfte das Auspumpen von Kellern bzw. Häusern, die Absperrung und Sicherung beschädigter Brücken, Bahnstrecken,

²⁶⁸ Grünewald, 2012, S. 31.

²⁶⁹ Belitz, H.-J. 2002: Jahrhundertflut: erster Erfahrungsaustausch. Folgerungen aus den Erfahrungen bei der »Jahrhundert-Flut« für die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 10/2002, S. 872.

²⁷⁰ Thorns, J. 2002: Die Jahrhundertflut 2002. Eine Übersicht. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 10/2002, S. 823.

²⁷¹ Thorns, 2002, S. 834f.

²⁷² Döbbling, E.-P. 2002: Mit Handy und Fahrrad in den Katastropheneinsatz? »Fliegender Stab« aus Ludwigshafen am Rhein unterstützt eine Technische Einsatzleitung in Dessau. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 10/2002, S. 847.

²⁷³ Döbbling, 2002, ebenda.

²⁷⁴ Döbbling, 2002, S. 845.

²⁷⁵ Thorns, 2002, S. 331.

²⁷⁶ Thorns, 2002, S. 825f. / 830.

²⁷⁷ Thorns, 2002, S. 823.

²⁷⁸ Thorns, 2002, ebenda.

²⁷⁹ Broemme, Pawelke, 2002, S. 868.

²⁸⁰ Thorns, 2002, S. 823.

²⁸¹ Belitz, 2002, S. 872.

²⁸² Thorns, 2002, S. 823.

²⁸³ Thorns, 2002, ebenda.

²⁸⁴ Thorns, 2002, ebenda.

Bahnhöfen und evakuierten Gebieten, erste Hilfemaßnahmen, die Sicherung der Trinkwasser- und Notstromversorgung und die Versorgung von Helfern und Evakuierten mit Essen etc. Spezialgeräte wurden eingesetzt, um die drohende Umweltkatastrophe zu bekämpfen und Öl abzusaugen²⁸⁵. Hubschrauber wurden benötigt, um die Patienten aus Krankenhäusern und aus Altenheimen zu evakuieren²⁸⁶. Es wurden auch Notkrankenhäuser eingerichtet²⁸⁷. Nachdem die Wassermassen zurückgegangen waren, leisteten die Experten in großem Umfang Aufräum- und Aufbauarbeiten. Im Gegensatz zu der schlechten Informierung der Bevölkerung beim Oderhochwasser verlief diese nun besser: Es wurde eine Telefon-Hotline der Bundesregierung für Betroffene eingerichtet. Das Bundesministerium des Innern gab u.a. Auskünfte über die (finanziellen) Unterstützungsmaßnahmen²⁸⁸. Durch die Politik wurden zur Unterstützung der Bewältigung der Katastrophe 385 Millionen Euro bereitgestellt; jeder betroffene Haushalt erhielt als Ersthilfe 2000 Euro sowie nochmals 500 Euro pro im Haushalt lebender Person²⁸⁹.

Der Beitrag der Bevölkerung zur Katastrophenbewältigung war hoch, vor allem bei der Arbeit zur Deichverteidigung. Als Beispiel soll Wörlitz angeführt werden: Hier waren von den 2.500 Helfern 900 Freiwillige²⁹⁰. Die Bevölkerung leistete auch einen wichtigen Beitrag zur Aufnahme und Unterstützung bzw. Versorgung der ortsfremden Truppen²⁹¹.

Die Unterbringung und Versorgung der Evakuierten wurde erleichtert, da 30% der Evakuierten bei Verwandten oder Bekannten unterkamen²⁹². Wie hoch die Nachbarschaftshilfe war, lässt sich vor allem an der besonders stark vom Hochwasser betroffenen Stadt Dresden deutlich. Einzelschicksale, die im Buch „Jahrhundertflut in Dresden“ beschrieben werden, belegen die Hilfsbereitschaft der Menschen: Ein Bäckermeister fand Unterstützung durch seine kleine Belegschaft. Handwerker leisteten Hilfe auch für Unbekannte, ohne das unbedingt klar war, wer die Leistung bezahlen sollte²⁹³. Ähnlich erging es einer Kneipenbesitzerin, die mit Freunden und Stammgästen versuchte, das Wasser von ihrer Kneipe fernzuhalten, und diese sie dann nach dem Scheitern beim Aufbau der Kneipe weiter unterstützten²⁹⁴. Anwohner bauten gemeinsam einen 150m langen Steg, um so trocken zu ihren Wohnhäusern zu gelangen²⁹⁵. Viel Engagement zeigten auch die Anwohner, die sich Zugang ins Kraszewski-Museum verschafften, um wertvolle Möbel zu retten, da Museumsmitarbeiter nicht erreichbar waren oder in ihrem eigenen Stadtteil feststeckten²⁹⁶.

²⁸⁵ Bundesministerium des Inneren (Hrsg.) 22.08.2002: Die Jahrhundert-Flut. In: Innenpolitik Information des Bundesministerium des Inneren II/2002, Aug./Sept. 2002, S. 6.

²⁸⁶ Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG (Hrsg.) 2002: Jahrhundertflut in Dresden – Wie Dresdner das Hochwasser in ihren Stadtteilen erlebten. Dresden, S. 94; Thorns, 2002, S. 826 / 830.

²⁸⁷ Thorns, 2002, ebenda.

²⁸⁸ Bundesministerium des Inneren, 2002, S. 8.

²⁸⁹ Hochwasser in Mitteleuropa 2002. http://de.wikipedia.org/wiki/Elbhochwasser_2002 (Stand 30.01.2013).

²⁹⁰ Gressmann, H.-J. / M. Hanne 2002: Weltkulturerbe Wörlitz gerettet. Kompetenzgerangel und Bürgerprotest. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 10/2002, S. 851.

²⁹¹ Gressmann, Hanne, 2002, S. 852.

²⁹² Feuerwehr-Fachzeitschrift 02/2003, S. 73

²⁹³ Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG, 2002, S. 10.

²⁹⁴ Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG, 2002, S. 72.

²⁹⁵ Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG, 2002, S. 56.

²⁹⁶ Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG, 2002, S. 72.

Bewohner versuchten ihre Häuser vor der eintretenden Überflutung mit Sandsäcken zu schützen und räumten so viel wie möglich aus ihren Kellern in höhere Stockwerke²⁹⁷. Auch einigen Firmen gelang es Rechner, Akten, Stühle und kleinere Gerätschaften vor den Fluten zu sichern²⁹⁸. Und auch nach der eigentlichen Katastrophe fanden viele Unterstützung bei ihren Nachbarn, sei es durch das Bereitstellen von Wohnraum, Geld, Essen oder emotionaler Unterstützung²⁹⁹.

Neben diesen konkreten Hilfen war die Spendenbereitschaft aus dem In- und Ausland groß: es gingen mehrere Millionen Euro ein³⁰⁰.

Allerdings wird auch über negatives Verhalten der Bevölkerung berichtet: In Wörlitz kam es zu einer gezielten Sabotageaktion der Bevölkerung an den Deichen, die für die Wasserführung und –kontrolle wichtig waren³⁰¹. Die Menschen zerstörten den Deich, um ihr eigenes Dorf zu schützen! Jeder Bürgermeister sah nur seine eigene kleine Gemeinde.

7.5.3 Kooperation zwischen BOS und Bevölkerung

Die Kooperation zwischen den taktisch organisierten Kräften und den Bürger gestaltete sich lokal sehr unterschiedlich: Dessau wird als positives Beispiel der Kooperation angeführt: Die Kommunikation zwischen den Führungskräften und der Bevölkerung verlief sehr zufriedenstellend; die Führungskräfte waren für die Bevölkerung jederzeit ansprechbar. Für die Bevölkerung wurden ständige Ansprechstellen des Ortschaftsrates eingerichtet³⁰².

Das Geschehen in Wörlitz hingegen ist ein Beispiel der nicht gelungenen Kooperation: Zunächst war der Örtlichen Einsatzleitung - basierend auf einem Kompetenzgerangel zwischen den Mitarbeitern der Verwaltungsstelle und der Örtlichen Einsatzleitung - gar nicht bekannt, dass Zivilisten in den Einsatz eingebunden werden wollten und sollten³⁰³. Diese hohe Anzahl der hilfsbereiten Bürger wurden dann allerdings in die Arbeitsprozesse integriert. Jedoch entstand durch schlechte Kommunikation bei den an den Deichen eingesetzten Zivilisten Panik, weil sich das Gerücht herumgesprochen hatte, dass die Deiche nicht sicher seien³⁰⁴. Auch der bereits geschilderte Sabotageakt von Bürgern an den Deichen, um die Überflutung ihres Dorfes zu verhindern, wäre vermutlich durch frühzeitige Kommunikation mit der Bevölkerung vermeidbar gewesen. Als Ergebnis der Auswertung der am Einsatz im Rahmen der Elbeflut beteiligten Experten wurde von diesen die Erkenntnis formuliert, dass es wichtig sei, der Bevölkerung die Gefahren, Handlungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten permanent zu kommunizieren, um derartige Probleme zu verhindern³⁰⁵. Die Einbeziehung der Selbsthilfemöglichkeiten der Bevölkerung in die Katastrophenbewältigung und die Kommunikation mit der Bevölkerung waren zentrale Forderungen für die Vorgehensweise bei der

²⁹⁷ Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG, 2002, S. 162.

²⁹⁸ Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG, 2002, S. 146.

²⁹⁹ Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG, 2002, S. 162.

³⁰⁰ Grünewald, 2012, S. 31.

³⁰¹ Gressmann, Hanne, 2002, S. 851 / 855ff.

³⁰² Döbbling, 2002, S. 848 / 850.

³⁰³ Gressmann, Hanne, 2002, S. 853.

³⁰⁴ Gressmann, Hanne, 2002, ebenda.

³⁰⁵ Grünewald, 2012, S. 31.

Bewältigung zukünftiger Katastrophen, um ein größeres Gefahrenbewusstsein zu schaffen und, um Widerstände (z.B. auch gegen Evakuierung) zu verhindern³⁰⁶.

Ein wichtiger Aspekt der gelingenden Kooperation ist hervorzuheben: Auf übergeordneter Ebene diente die vom BMI eingerichtete Hotline zur Steuerung der zahlreichen Hilfsangebote. Konkret vor Ort wurden von den taktisch organisierten Kräften (Technische Einsatzleitung) Sammelpunkte für Helfer eingerichtet, um deren Einsatz zu planen³⁰⁷. Aufgaben, die Zivilisten gut übernehmen konnten, waren z.B. Deichsicherungsarbeiten mit Hilfe von Sandsäcken³⁰⁸, das Sortieren von Spenden³⁰⁹, und dann, nachdem das Wasser sank, verschiedenste Aufräumarbeiten wie die Säuberung von Straßen, Wegen und Häusern und die Beseitigung von Müll³¹⁰.

Als Beispiel für die nicht gelingende Kooperation sind allerdings die Schaulustigen zu nennen, die die Rettungsarbeiten behinderten. „Hochwassertouristen“ kamen bei schönem Sommerwetter nach Dresden und störten diejenigen, die mit Aufräumarbeiten beschäftigt waren³¹¹.

³⁰⁶ Broemme, Pawelke, 2002, S.869.

³⁰⁷ Kirchbach 2003: Flutkatastrophe 2002 in Sachsen. Gesamtbewertung und Vorschläge- Kirchbach-Bericht 1. Teil. In: Feuerwehr-Fachzeitschrift 02/2003. S. 72.

³⁰⁸ Gressmann, 2002, S. 853.

³⁰⁹ Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG, 2002, S. 180.

³¹⁰ Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG, 2002, S. 6.

³¹¹ Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG, 2002, S. 48 / 64 / 88.

8 Interpretation der Erfahrungen aus den fünf Katastrophenereignissen

(Birgitta Sticher, HWR Berlin)

Alle fünf Katastrophenereignisse waren nicht unmittelbar auf menschliche Ursachen zurückzuführen, sondern wurden vor allem durch Naturkräfte - Sturmflut, starke Regenfälle, lang anhaltende Trockenheit sowie Schnee und extreme Kälte - ausgelöst.

Die Katastrophen unterscheiden sich in der Dauer. Die kürzeste, aber bezogen auf die Anzahl der Toten die schlimmste Katastrophe, war die zwei Tage dauernde Sturmflut in Hamburg. Die Schneekatastrophe in Norddeutschland 1978/79 und das Elbehochwasser waren die längsten Katastrophen von jeweils über zehn Tagen Dauer. Allerdings ist es schwierig, die Zeitdimension der Katastrophe genau zu bestimmen. Auch wenn für die Bevölkerung insgesamt die lebensbedrohliche Situation vorüber war und die Experten die Lage als bewältigt einschätzten, befanden sich viele Menschen noch in einer subjektiv durchaus katastrophalen Situation.

Die Ereignisse unterscheiden sich auch hinsichtlich der Größe der fraglichen Fläche. Einige Katastrophenereignisse waren eher lokal begrenzt wie z.B. die Sturmflut in Hamburg, bei der v. a. der Stadtteil Wilhelmsburg betroffen war, oder umfassten ein großes Gebiet, wie es bei dem Elbehochwasser 2002 der Fall war, das insgesamt 60 Landkreise und kreisfreie Städte heimsuchte.

Ein weiteres bedeutungsvolles Unterscheidungskriterium besteht darin, ob die für die Menschen unkontrollierbare Situation plötzlich und unerwartet auftrat (wie die Sturmflut in Hamburg) oder ob sie sich langsam aufbaute (z.B. wenn die Deiche noch hielten, aber drohten, aufzuweichen).

Die Art und das Ausmaß der durch die jeweilige Beschaffenheit der Katastrophe hervorgerufenen Durchbrechung der Alltagsnormalität sind extrem unterschiedlich. Ob die Bürger ihre (zerstörten) Wohnungen verlassen müssen oder diese weiterhin bewohnen können, schafft einen deutlichen Unterschied für deren subjektive Situation. Den privaten Lebensraum verlassen zu müssen, weil dieser durch Wasser oder Feuer zerstört wurde, stellt eine massive Belastung für die Bürger dar.

Die Schadenshöhe lässt sich an der Anzahl der toten Menschen (und Tiere), der Beeinträchtigung der Gesundheit, den materiellen Verlusten und den (damit häufig einhergehenden) psychischen Belastungen festmachen. Aber bis auf die Angaben zu der Zahl der Toten lässt sich der „Schaden“ nicht wirklich messen. In welcher physischen, psychischen, sozialen und ökonomischen Gesamtsituation sich die Menschen nach der Katastrophe befinden, hängt auch von dem Verlauf des Katastrophenmanagementprozesses selbst ab, dem aus diesem Grund auch eine besondere Bedeutung zukommt. Die Erfahrung von Unterstützung durch die Gemeinschaft während und nach der Katastrophe sowie die eigene Rolle im Bewältigungsprozess sind entscheidende Elemente in der Verarbeitung des Geschehens.

8.1 Hilfebedarfe der Bevölkerung und notwendige Hilfeleistungen

Anhand der Berichte der Katastrophenereignisse lassen sich die wichtigsten Folgen, die für die Bevölkerung aufgetreten sind, auflisten und aus diesen die Hilfebedarfe und die notwendige Hilfeleistungen ableiten.

Selbst wenn noch kein Schaden für die Person eingetreten ist, aber das Risiko besteht, dass dieser über kurz oder lang eintreten kann (wie z.B. bei Deichen, die zu brechen drohen oder bei Bränden, die sich immer mehr ausweiten oder bei Giftfässern, die auslaufen könnten), stellt dies eine hohe subjektive Bedrohung dar. In dieser Situation ist die kontinuierliche Versorgung mit Informationen über die Lage bzw. Lageentwicklung und über Handlungsoptionen der wohl größte Hilfebedarf. Aus der sozialwissenschaftlichen Forschung ist bekannt, dass nicht das „objektive“ Risiko für die psychische Situation der Menschen entscheidend ist, sondern die subjektive Risikoeinschätzung, die durch viele Faktoren – u.a. durch die Art der Krisenkommunikation - beeinflusst wird.

Ist aber bereits ein Schaden eingetreten, z.B. die Wohnung nicht mehr bewohnbar, die Verkehrswege nicht nutzbar und die Lebensmittel aufgebraucht, dann kann die Hilfeleistung darin bestehen, dieses Gut zu ersetzen oder etwas Vergleichbares zu beschaffen. Dies trifft auf das Fehlen einer Unterkunft, von Nahrung, Trinkwasser, Licht, Wärme, Bekleidung, Kraftstoff, Bargeld und Medikamenten zu. Aber auch in diesem Fall muss die Versorgung mit den konkreten Gütern durch Information und Kommunikation begleitet werden, um Ungewissheit über die Zukunft so weit wie möglich zu reduzieren.

Anders gestaltet sich aber die Situation bei dem durch die Katastrophe verursachten Verlust von Menschen und Haustieren, zu denen eine emotionale Bindung bestand. Hier kann nicht einfach ein Ersatz organisiert werden, sondern die Verarbeitung des Verlustes kann nur begleitet werden, psychisch Erste Hilfe angeboten werden. (Es sei allerdings an dieser Stelle erwähnt, dass in den vorliegenden Berichten dieser Hilfebedarf und die psychosoziale Hilfeleistung kaum thematisiert werden.)

8.2 Unverzichtbare Hilfeleistungen der BOS

Für das Krisen- und Katastrophenmanagement ist die Beantwortung der Frage von hoher Bedeutung, welche Hilfeleistung nur von den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, sowohl den taktisch organisierten als auch den administrativ organisatorischen Kräften, erbracht werden kann und welche (auch) von der Bevölkerung zu leisten ist. Unter Bezugnahme auf die fünf Katastrophenereignisse handelt es sich bei von den taktisch organisierten Kräften zu erbringenden Leistungen um:

- Leitung des Krisen- und Katastrophenmanagements
- Maßnahmen, die spezielle Materialien bzw. Schutzausrüstung oder technisches Gerät (z.B. Hubschrauber, Löschgeräte, Drehleiter, Transportfahrzeuge, Notstromaggregate,...) sowie die entsprechenden Fähigkeiten zur Benutzung derselben erforderlich machen
 - um Menschen aus bestimmten Lagen zu retten oder zu bergen sowie
 - um die Gefahren zu bekämpfen
- Medizinische (Erst-)Versorgung.

8.3 Leistungsspektrum der Bevölkerung

Viele Aufgaben können von den Bürger übernommen bzw. in Zusammenarbeit mit den BOS durchgeführt werden. Hierbei handelt es sich vor allem um „einfache“ Aufgaben, für die keine speziellen Vorkenntnisse notwendig sind, wie z.B. Informationen überbringen, Schnee schippen, Sandsäcke füllen, Materialien verteilen, Einsatzkräfte versorgen und Unterkünfte bereitstellen.

Aber in der Bevölkerung gibt es auch ein hohes Potential an Fähigkeiten, Fertigkeiten und Wissen, das für die Bewältigung der Katastrophe von Bedeutung ist. Beispielhaft seien die Amateurfunker angeführt oder die Menschen (z.B. Geistliche, Psychologen, Pädagogen etc.), die psychisch Erste Hilfe leisten können. Bei den Waldbränden in Niedersachsen wurde auch deutlich, wie wichtig das in der Bevölkerung vorhandene lokale Wissen über Wasserstellen ist, um Löschwasser zu finden. Aber auch viele Bürger, die z.B. als Handwerker kostenlos ihr fachliches Know-how zur Verfügung stellten, sind an dieser Stelle zu nennen.

Aus den Berichten über die fünf Katastrophen wurden die folgenden Hilfeleistungen zusammengestellt, die alle auch von Bürger im Rahmen der Katastrophen durchgeführt wurden bzw. an denen sich Bürger beteiligten bzw. diese unterstützten:

- Menschen warnen/ alarmieren
- Suchen und Retten von Menschen und Tieren
- Erste Hilfe geben
- psychische Erste Hilfe/ psychosoziale Unterstützung
- Verletzte zum Krankenhaus bringen
- Unterkünfte organisieren
- Unterkunft anderen anbieten
- sich um andere in Unterkünften kümmern
- Geld und Waren spenden
- Kenntnisse zur Verfügung stellen
- Registrierung zurückgebliebener/vermisster Personen
- Plünderung durch Bewachung verhindern
- punktuell Katastrophenhilfemaßnahmen koordinieren
- Verbindung zwischen Kräften herstellen (z.B. durch Überbringen von Nachrichten auch per Fahrrad oder zu Fuß)
- Einsatzkräfte versorgen
- Materialien transportieren
- Materialien verteilen
- Spenden sammeln und verteilen
- Trinkwasserversorgung
- Versorgung mit Lebensmitteln
- Schnee schippen
- Sandsäcke füllen
- Sandsäcke transportieren
- Sandsackwälle errichten / Deichsicherung
- Deichwachen

- Leerpumpen von Kellern
- Aufräumarbeiten
- Reparaturarbeiten (Einbringen von handwerklichem Können)

8.4 Gründe für die Einbeziehung der Bevölkerung

Die Beschäftigung mit den Katastrophenereignissen in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg liefert zahlreiche Gründe, warum die Einbeziehung der Bevölkerung sinnvoll und notwendig ist.

Trotz der hohen Anzahl der Kräfte der BOS, vor allem der taktisch organisierten Kräften der Feuerwehren, des Technischen Hilfswerkes, der Bundeswehr sowie der Hilfsorganisationen etc., reich(t)en diese bei weitem nicht aus, um all die Aufgaben zu erledigen, die notwendig sind, um die schlimmen Folgen zu beseitigen oder den Eintritt weiterer Schäden zu verhindern. Ohne die Mitwirkung der Bevölkerung wären die Millionen von Sandsäcken nicht in der Kürze der Zeit gefüllt worden, die Schneeberge nicht beseitigt und die vielen Menschen nicht mit dem Notwendigsten versorgt worden. Besonders bei unerwartet auftretenden Katastrophen (z.B. die Sturmflut in Hamburg) fehlt die notwendige Planung im Vorfeld, um die Hilfebedarfe der Bevölkerung adäquat und schnell zu decken. Darüber hinaus ist die Qualität der geleisteten Hilfe z.B. bei der Unterbringung von Menschen in einer Privatwohnung in der Regel deutlich höher als die von staatlicher Seite angebotenen Hilfsmaßnahmen wie z.B. bei der Unterbringung in Notunterkünften in Turnhallen.

Für die Menschen, die sich aktiv am Katastrophenmanagement beteiligen, stellt ihre Hilfeleistung aber auch eine positive Form der Stressbewältigung dar: statt in Hilflosigkeit zu verharren und darauf zu warten, dass die professionellen Helfenden aktiv werden, können sie ihre Kraft einsetzen und sich als selbstwirksam erleben. Zugleich können sie durch ihre Mitwirkung am Prozess der Bewältigung der Katastrophe nachvollziehen, warum der Einsatz unter Umständen trotz aller Anstrengung nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt hat, z.B. wenn der Deich trotz der Stabilisierung durch Sandsäcke den Wassermassen nicht standhält. Ohne die aktive Beteiligung der Personen besteht die Gefahr, dass diese ihre negativen Gefühle wie Enttäuschung und Wut gegen die professionellen Akteure richten, die aber für diesen Verlauf keine Verantwortung tragen. Diese Attribution auf nicht beeinflussbare externe Ursachen statt auf die Eigenschaften taktisch organisierter Kräfte schützt vor einer Eskalation der Gefühle und der Entstehung von destruktiven Konflikten.

Besonders hervorzuheben ist die immer wieder von den Spontanhelfern geschilderte Gemeinschaftserfahrung, die für viele in deutlichem Kontrast zum Erleben der Vereinzelung und dem Egoismus im Alltag steht. Zusammen ein sinnvolles Ziel zu verfolgen, vermittelt die Erfahrung von Zufriedenheit und Glück, die den Verlust materieller Güter (teilweise) kompensieren kann.

8.5 Voraussetzungen seitens der BOS zur Einbeziehung der Bevölkerung

Damit die Einbeziehung der Bevölkerung in das Katastrophenmanagement gelingt, müssen seitens der Kräfte der BOS einige Voraussetzungen gegeben sein. An erster Stelle ist die für die Kooperation notwendige Einstellung der taktischen-organisierten und administrativ organisatorischen Kräfte zu nennen, die aber schon vor Eintritt der Katastrophe bestehen sollte. Auch wenn ohne jeden Zweifel technisches und organisatorisches Wissen und Können dieser Kräfte notwendig ist, um viele Hilfsmaßnahmen erfolgreich durchzuführen, sollten die Mitarbeiter der BOS die Notwendigkeit und

Sinnhaftigkeit der Beteiligung der Bevölkerung erkennen bzw. zulassen. Erst wenn das Schwarz-Weiß-Denken von der hilflosen und unfähigen Bevölkerung einerseits und den omnipotenten BOS-Vertretern andererseits durchbrochen ist, kann die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung für den Katastrophenbewältigungsprozess genutzt werden. Ein differenzierter Blick auf die Bevölkerung ist notwendig: Einzelne Bürger verfügen z.B. über lokales Wissen, das für die Bewältigung der Lage funktional ist, andere können einfache Tätigkeiten auszuführen, müssen aber hierzu angeleitet werden.

Auch wenn die Kräfte der BOS der Mitwirkung der Bevölkerung grundsätzlich offen gegenüberstehen, muss diese Einstellung in Handlungen umgesetzt werden, die eine Kooperation gelingen lassen: Dazu gehören die regelmäßige Information der Bevölkerung über die Lage, die Schaffung von Anlaufstellen, um Hilfsbereitschaften zu koordinieren und die Vermittlung von basalen Wissen für die gelingende Durchführung von bestimmten Hilfsmaßnahmen durch die Bevölkerung. Wenn z.B. Mitarbeiter der taktisch organisierten Kräfte sich bei der Hochwasserkatastrophe darüber aufregen, wie „dumm“ die Spontanhelfer sind, weil sie nicht einmal wüssten, dass ein Sandsack nicht prall gefüllt werden darf, dann stellt sich die Frage, warum nicht darüber nachgedacht wird, wie die Spontanhelfer rechtzeitig mit diesen notwendigen Informationen versorgt werden konnten.

Gelingende Kooperation verlangt nicht nur Information, sondern Kommunikation. Gemeint ist damit mehr als die Vermittlung von Fakten. Es bedarf auf der Erläuterung angestrebter kurz-, mittel- und langfristiger (Einsatz-)Ziele. Sind mehrere Maßnahmen möglich und sinnvoll, sollten die Mitarbeiter der BOS die Betroffenen (die häufig auch die Spontanhelfer sind) wenn möglich in die Abwägung der Vor- und Nachteile einbeziehen, um so die Akzeptanz der Entscheidung zu gewährleisten. Ist hingegen die Entscheidungsmöglichkeit nicht gegeben, müssen die Gründe für die getroffene Maßnahme verständlich vermittelt werden. Nur auf dieser Basis ist eine Kooperation zwischen BOS und Spontanhelfern möglich.

8.5.1 Hilfreiche Umgang mit Schaulustigen in Katastrophenereignissen

Im Rahmen der Katastrophenbewältigung der dargestellten Ereignisse (z.B. beim Elbehochwasser) wurde das Problem der Schaulustigen thematisiert. Sie werden vor allem von den Rettungskräften als hinderlich erlebt, denn sie blockieren durch ihre Präsenz oder durch von ihnen abgestellte Autos die Zufahrts- und Rettungswege oder sie stören durch ihre Kommentare und Fragen. Durch unvorsichtiges Verhalten können sie sogar sich selber gefährden und damit die Aufgaben der Rettungskräfte noch vergrößern. Aber auch die aktuell von der Katastrophe Betroffenen fühlen sich durch das Gaffen in eine unangenehme Lage gebracht. Die ausschließlich negative Wahrnehmung der Schaulustigen führt zu aggressiv gefärbten Interventionen der Rettungskräfte, die im schlimmsten Fall Widerstände bei den Schaulustigen hervorrufen und nicht dazu beitragen, das gewünschte Ziel – das ungestörte Arbeiten vor Ort - zu erreichen.

Der angemessene Umgang mit den Schaulustigen setzt voraus, dass diese Menschen nicht pauschal verurteilt werden, sondern ein Verständnis der dem Verhalten zugrundeliegenden vielfältigen Motive gewonnen wird: Dies sind neben der angeborenen Neugier und dem Wunsch, Emotionen aus

sicherem Abstand zu erleben³¹² auch die Suche nach Informationen, um sich Überlebensstrategien in Bezug auf die bedrohlichen Situationen anzueignen³¹³. Viele der Schaulustigen weisen durchaus die Bereitschaft zur Hilfeleistung auf. Dass sie nicht von selbst aktiv werden, liegt zum Teil an der Angst, Fehler zu machen oder der Einschätzung der eigenen Unfähigkeit, sich in der Situation hilfreich einzubringen. Werden ihnen aber durch konkrete Instruktionen einfache Detailaufgaben zugewiesen, dann kann aus der „trägen“ Masse durchaus eine Anzahl von aktiven Helfern werden. Von besonderer Wichtigkeit ist folglich im Umgang mit den Schaulustigen die Art der Kommunikation: Entweder eine direkte Ansprache, um sie sinnvoll einzubinden oder eine präzise Aufforderung in neutralem Tonfall, um die Menschen dazu zu bewegen, sich aus der Situation zu entfernen. Fiedler³¹⁴ et al. schlagen sogar vor, ausgewählte Schaulustigen einzubinden, um genau diese Aufgabe zu übernehmen, andere Zuschauer aus der Situation zu entfernen.

8.6 Voraussetzung seitens der Bevölkerung zur Einbindung ins Katastrophenmanagement

Die Erkenntnis, dass die Einbeziehung der Bevölkerung in das Katastrophenmanagement notwendig ist und die BOS für eine gelingende Kooperation entsprechende Voraussetzungen erfüllen müssen, sollte nicht die Frage unbeantwortet lassen, was denn seitens der Bevölkerung wichtig bzw. hilfreich ist, um bestmöglich im Prozess der Katastrophenbewältigung mitzuwirken.

Die Grundlage für hilfreiches Verhalten der Bürger im Katastrophenmanagement wird bereits vor Eintritt der Katastrophe gelegt. Aufgrund der geringen in Deutschland bestehenden Wahrscheinlichkeit von einer Katastrophe betroffen zu sein, haben die Bürger gelernt, sich auf den Staat bzw. die staatlichen Experten zu verlassen. Folglich haben viele Menschen kein bzw. ein geringes Risikobewusstsein ausgeprägt und für solche Fälle keine Vorbereitungen getroffen. Das Wissen um Risiken sowie die darauf aufbauende Erziehung zur Selbsthilfe und Hilfe für Andere sollte in den Alltag integriert sein. Die Vermittlung von Wissen darüber, wie der Katastrophenschutz in Deutschland aufgebaut ist, damit in der Situation die Rolle der Mitarbeiter der BOS und deren Vorgehen schneller verstanden wird und angemessene Erwartungen aufgebaut werden, erscheint ebenfalls bedeutsam. Um dies zu erreichen, ist eine Institutionalisierung dieses Vorgangs auf verschiedenen Ebenen notwendig. Neben der Aufklärung in staatlichen Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten³¹⁵ sollten dafür auch Medien und andere Kommunikationskanäle genutzt werden, die die Bevölkerung über die Existenz und das Eintrittsrisiko von Gefahren informieren (Risikokommunikation). Damit einhergehend sollten den Menschen klare Handlungsoptionen für die Vorbereitung auf und bei Eintritt von Krisen bzw. Katastrophen aufgezeigt werden.

Auch fehlt es vielen Bürgern an der notwendigen Einsicht, dass ihr eigenes Verhalten in der Katastrophe zu einer Belastung für den Katastrophenmanagementprozess werden kann: z.B. wenn

³¹² Apter, M. 1994: Im Rausch der Gefahr. Warum immer mehr Menschen den Nervenkitzel suchen. Kösel, München.

³¹³ Sumpf, J. 1995: Von Bären und Autos oder: die Zuschauer im Straßentheater ‚crash‘. Unveröffentlichtes Manuskript der BMW AG, München (zitiert in Fiedler et al. S. 193).

³¹⁴ Fiedler, H. / B. Gasch / F. Lasogga 2004: Zuschauer bei Notsituationen. In: Bengel, J. Psychologie in Notfallmedizin und Rettungsdienst. Berlin, Heidelberg.

³¹⁵ S. in diesem Zusammenhang BBK „Max und Flocke Helferland“ http://www.max-und-flocke-helferland.de/SubSites/KI/DE/Home/home_node.html (Stand 31.03.2014)

sie sich als Schaulustige sich zu den Orten des Katastrophengeschehens bewegen oder wenn sie sich selbst in Gefahr bringen (z.B., weil sie der Aufforderung zur Evakuierung keine Folge leisten).

9 Zusammenfassung der Erkenntnisse der Studie

- Die Organisation des Katastrophenschutzes in Deutschland ist stark von gesellschaftlichen Entwicklungen („Kalter Krieg“; deutsche Wiedervereinigung; Umgestaltung der Bundeswehr etc.) beeinflusst.
- Die Art der Katastrophe, die zur Vorbereitung verfügbare Zeit, die Dauer, die Intensität der Einwirkung und das Ausmaß der Folgen bestimmen entscheidend die Hilfebedarfe und die Hilfemöglichkeiten der Bevölkerung.
- In der Katastrophe ist die Qualität der Kommunikation der Bevölkerung untereinander und der Kräfte der Katastrophenschutzorganisationen untereinander (interne Kommunikation) sowie zwischen den BOS und der Bevölkerung (externe Kommunikation) von entscheidender Bedeutung für die erfolgreiche Gestaltung des Prozesses der Katastrophenbewältigung.
- Die technischen Möglichkeiten stellen eine basale Grundlage dar, damit diese interne und externe Kommunikation gelingt. Die Katastrophen haben die Defizite der zum jeweiligen Zeitpunkt bestehenden technischen Möglichkeiten aufgedeckt und Anstöße zur Verbesserung der technischen Kommunikation gegeben.
- In den Katastrophen sind bestimmte Hilfeleistungen erforderlich, die von den BOS (vorrangig von den taktisch organisierten Kräften) zu erbringen sind: Hierzu zählt das übergeordnete Krisen- und Katastrophenmanagement sowie die Hilfe, die den Rückgriff auf technische Ausrüstung und spezielles Wissen erfordert.
- Die Kommunalverwaltung sollte ihre Rolle als Anlauf- und Koordinierungsstelle für die Belange der Bevölkerung stärker deutlich machen und sich darauf vorbereiten, in der Katastrophenbewältigung mehr öffentlich in Erscheinung zu treten.
- Im Prozess des Katastrophenmanagements können und müssen von der Bevölkerung viele Aufgaben übernommen werden: Diese umfassen einfache Tätigkeiten (z.B. Schnee schippen, Sandsäcke füllen, Versorgung der Helfer, Menschen bei sich unterbringen) aber auch komplexe Tätigkeiten, die spezielle Kenntnisse und Fertigkeiten erfordern (z.B. Funken, handwerkliche Arbeiten, Ortskenntnisse einbringen, psychisch Erste Hilfe leisten).
- Damit die Kooperation zwischen den Kräften der Katastrophenschutzorganisationen (taktisch organisierte und administrativ organisatorische Kräfte) und der Bevölkerung (und vor allem den Spontanhelfern) im Katastrophenfall gelingt, sind auf beiden Seiten Voraussetzungen zu schaffen:
 - Die Mitarbeiter von Katastrophenschutzorganisationen müssen von der Notwendigkeit der aktiven Einbindung der Bevölkerung ins Krisen- und Katastrophenmanagement überzeugt sein und darauf aufbauend die Fertigkeiten (kommunikativ und organisatorisch) zur konkreten Gestaltung dieser Einbindung erlernen.
 - Die Bevölkerung sollte besser auf Krisen- und Katastrophen vorbereitet werden bzw. sein. Sie sollte um die Rolle der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in der Katastrophe wissen und deren legitime Führungsfunktion anerkennen. Die Bürger sollten in Katastrophen bei ihrer Hilfeleistung die Eigengefährdung vermeiden, d.h. die Grenzen ihrer Möglichkeiten erkennen.

10 Quellenverzeichnis

10.1 Literaturverzeichnis

- Andrews, E. 1991: Auf dem Weg zu einem risikobewussten Krisenmanagement?. In: Bevölkerungsschutz-Magazin 06/1991, BVS, S. 9 – 17.
- Amt Brieskow-Finkenheerd (Hrsg.) 1997: Das Hochwasser an der Oder '97, Bilder-Karten-Text. Brieskow-Finkenheerd.
- Apter, M. 1994: Im Rausch der Gefahr. Warum immer mehr Menschen den Nervenkitzel suchen. Kösel, München.
- Bartels, H. 1975: Feuerwehren im Katastropheneinsatz. August 1975: Waldbrand im Landkreis Celle. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 11/1975, S. 312 – 315.
- BBK 2008: Festschrift 50 Jahre Zivil- und Bevölkerungsschutz in Deutschland; Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Bonn.
- Belitz, H.-J. 2002: Jahrhundertflut: erster Erfahrungsaustausch. Folgerungen aus den Erfahrungen bei der »Jahrhundert-Flut« für die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 10/2002, S. 872 – 876.
- Beyer, W. 1991a: Personelle und organisatorische Schwachstellen des Bevölkerungsschutzes. In: Bevölkerungsschutz-Magazin 06/1991, BVS, S. 7 – 10.
- Beyer, W. 1991b: Bevölkerungsschutzhaushalt 1991 – ein Etat des Übergangs. In: Bevölkerungsschutz-Magazin 05/1991, BVS, S. 7.
- Brandenburg, H. 2010: Naturkatastrophen in Norddeutschland. Norderstedt.
- Broemme, A. / B. Pawelke 2002: Hochwasserkatastrophe im August 2002. Erfahrungen – Analysen – Konsequenzen. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 10/2002, S. 868 – 871.
- Brunswig, H. 1963a: Sturmflut über Hamburg. Einsätze und Erfahrungen der Hamburger Feuerwehr. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 01/1963, S. 2 – 15.
- Brunswig, H. 1963b: Sturmflut über Hamburg. Einsätze und Erfahrungen der Hamburger Feuerwehr. Fortsetzung und Schluß. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 02/1963, S. 28 – 38.
- Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (Hrsg.) 1997: 54 Tage Oder – wir konnten helfen. Berlin.
- Bundesministerium des Inneren (Hrsg.) 22.08.2002: Die Jahrhundert-Flut. In: Innenpolitik Information des Bundesministerium des Inneren II/2002, Aug./Sept. 2002, S. 5 – 8.
- Bundesregierungs-Bericht 1979: Erfahrungen und Folgerungen aus den Schneekatastrophen in Norddeutschland zum Jahreswechsel 1978/79 u. Mitte Februar 1979. Bonn.

- Bürger, A. 1975: Der große Brand in der Lüneburger Heide. Gedanken des Präsidenten des DFV. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 10/1975, S. 287 – 289.
- Clausen L. / E. M. Geenen / E. Macamo 2003: Katastrophensoziologisches Glossar. In: Entsetzliche soziale Prozesse. Theorie und Empirie der Katastrophen. Münster.
- DARC-Districtarchiv Hamburg 2012: Vor 50 Jahren – Die Sturmflut in Hamburg. Hamburger Funkamateure halfen nach Ausfall der Kommunikationssysteme. Betreuer Gehard Hover, DJIGE (s. auch DL-QTC 4/1962: Katastropheneinsatz Hamburger Funkamateure 1962.)
- Der Spiegel (Hrsg.) 1975a: „Unser Feuer machen wir selber aus“. In: Der Spiegel 34/1975, S. 17 – 26.
- Der Spiegel (Hrsg.) 1975b: Flammen entfachen die Feuerslust. Bewirkten Brandstifter die norddeutsche Katastrophe? In: Der Spiegel 34/1975, S. 99.
- Der Spiegel (Hrsg.) 1975c: „Der Überblick fehlte bisweilen“. SPIEGEL-Interview mit Niedersachsens Innenminister Rötger Groß. In: Der Spiegel 34/1975, S. 26 – 27.
- Deutscher Feuerwehrverband 1962: Einsatz der Feuerwehren bei der Sturmflut-Katastrophe an der nordwestdeutschen Küste. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 06/1962, S. 124 – 125.
- Deutscher Städtetag 1976: Die Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen. Berichte, Einsatzerfahrungen und Vorschläge kommunaler Branddirektoren. Reihe B – DST-Beiträge zur Kommunikation, Heft 2. Köln.
- Deutsches Komitee zur Katastrophenvorsorge e.V. (Hrsg.), 2013: Hochwasservorsorge in Deutschland. Lernen aus der Katastrophe 2002 im Elbegebiet. Bonn.
- Dewald, J. J. 2006: Die Jahrhundertflut – Oderflut 1997. Ziltendorf.
- Döbbling, E.-P. 2002: Mit Handy und Fahrrad in den Katastropheneinsatz? »Fliegender Stab« aus Ludwigshafen am Rhein unterstützt eine Technische Einsatzleitung in Dessau. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 10/2002, S. 845 – 850.
- Dombrowsky, W. R. 1981: Solidaritätsformen während der Schneekatastrophe in Norddeutschland. SIFKU-Informationen, 4 (1), S. 27 – 38.
- Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG (Hrsg.) 2002: Jahrhundertflut in Dresden – Wie Dresdner das Hochwasser in ihren Stadtteilen erlebten. Dresden.
- Eber, H. / J. Fungler / P. Herminghaus / W. Herzing / W. Lewis / H. Raab / Feuerwehr Dietzenbach [Hrsg.] 1976: Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen – Versuch einer Dokumentation. Dietzenbach.
- Ehlers, A. 1962: Ablauf des Geschehens. In Bremen und Bremerhaven. In: Zivilschutz. Die deutsche wissenschaftliche-technische Fachzeitschrift für die zivile Verteidigung Jahrgang 26, 06/1962, S. 192 – 195.
- Eilers, W. 1962: Ablauf des Geschehens. In Hamburg. In: Zivilschutz. Die deutsche wissenschaftliche-technische Fachzeitschrift für die zivile Verteidigung Jahrgang 26, 06/1962, S. 195 – 200.

- Eismann, M. / M. Mierach. Behörde für Bau und Verkehr, Hamburg, Amt für Wasserwirtschaft (Hrsg.) 2002: Wenn die Flut kommt... - Erinnerungen an die Katastrophe von 1962 und heutiger Hochwasserschutz. Hamburg.
- Erfahrungsbericht „Die Waldbrandkatastrophe im Regierungsbezirk Lüneburg im August 1975“ 1976. In: Zivilverteidigung. Forschung-Technik-Organisation-Recht Teil II, Nr. 3, III. Quartal 1976, S.19 – 25.
- Fiedler, H. / B. Gasch / F. Lasogga 2004: Zuschauer bei Notsituationen. In: Bengel, J. Psychologie in Notfallmedizin und Rettungsdienst. Berlin, Heidelberg.
- Freutel, H. 1962: Jederzeit einsatzbereit – Mithilfe des BLSV bei den Katastrophen in Hamburg und Völklingen. In: ZB-Magazin 03/1962, Bundesluftschutzverband, S. 2 – 5.
- Fuhr, E. / G. Yske 1979: Streitkräfte und Katastrophenbewältigung. In: Zivilverteidigung 04/1979, S. 6 – 12.
- Germar G. v. 1976: Die neue Waldbrandkatastrophe im Landkreis Celle am 10.5.1976 - Einsatz und Führung -. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 08/1976, S. 204 – 207.
- Gressmann, H.-J. / M. Hanne 2002: Weltkulturerbe Wörlitz gerettet. Kompetenzgerangel und Bürgerprotest. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 10/2002, S. 851 – 861.
- Grünewald, U. 2012: Das Hochwasser(-Jubiläums-)Jahr 2012. Lehren und Erfahrungen im Elbegebiet. In: Crisis Prevention. Das Fachmagazin für Innere Sicherheit, Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe 04/2012, S. 31 – 33.
- Haack, H. W. 1964: Trinkwasserbereiter im Katastropheneinsatz. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 04/1962, S. 76 – 79.
- Handelskammer Hamburg (Hrsg.) 1962: Mitteilungen der Handelskammer Hamburg. Die Flutkatastrophe vom 16./17. Februar 1962. Sonderdruck aus den Heften 3, 4, 5, 6, 8/1962. Hamburg.
- Holsten, W. 1962: Schleswig-Holstein. Die Hochwasserkatastrophe in Schleswig-Holstein. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 04/1962, S. 112 – 113.
- Internationale Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung (Hrsg.) 1999: Odereinzugsgebiet. Das Hochwasser 1997. Wroclaw.
- Jeschke, J. / R. Münch / B. Wiechmann 1976: Die Brandkatastrophe in Niedersachsen im August 1975. Sicht der Berufsfeuerwehren Braunschweig und Salzgitter. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 05/1976, S. 115 – 117.
- Kirchbach 2003: Flutkatastrophe 2002 in Sachsen. Gesamtbewertung und Vorschläge- Kirchbach-Bericht 1. Teil. In: Feuerwehr-Fachzeitschrift 02/2003. S.66 – 75.
- Klingshirn, H. 1997: Zivil- und Katastrophenschutz aus der Sicht der Länder. In: Bevölkerungsschutz-Magazin 03/1997, Bundesamt für Zivilschutz, S. 9 – 10.
- Kölbl, I. 2002: Weltweite Bedrohung – 1. Internationaler Kongress zum 11. September 2001. In: Bevölkerungsschutz 04/2002, S. 15 – 16.

- Krause, W. (Hrsg.) 1963: Die Sturmflut-Katastrophe im Februar 1962. 2., erweiterte Auflage. Stade-Buxtehude.
- Leimbach, C. / K. Wagner 2012: Als die Deiche brachen. – Die Finkenwerder Sturmnacht von 1962. Erfurt.
- Linde, J. 1998: „Aus der Katastrophe in eine Aufbruchstimmung“. In: Brandenburg Kommunal 24/1998, S.7 – 8.
- Lübbe, T. 1976: Tagebuch einer Sturmflut. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 08/1976, S. 210 – 211.
- Luttermann, K. (Hrsg.) 1977: Die große Waldbrand-Katastrophe. 2. Auflage. Hannover.
- Meinardus, H. 12.03.2010: Die Entwicklung des Katastrophenschutzes im Landkreis Friesland seit der Schneekatastrophe 1978/79 – Geschichte, Recht und Organisation. Diplomarbeit Kommunale FH für Verwaltung in Niedersachsen. Hannover.
- Ministerium des Inneren, Land Sachsen Anhalt (MI LSA) 2003: Hochwasser 2002 im Land Sachsen-Anhalt. Auswertung des Katastrophenschutzmanagements. Abschlussbericht der Arbeitsgruppe Hannover.
- Niedersächsischer Minister des Inneren 1976: Die Waldbrandkatastrophe im Regierungsbezirk Lüneburg im August 1975. Anlagenband.
- Ohder, C. / B. Sticher 2013: Ansätze für ein bevölkerungsnahes und aktivierendes Krisen- und Katastrophenmanagement. In: Unger C. / T. Mitschke / D. Freudenberg (Hrsg.): Krisenmanagement – Notfallplanung – Bevölkerungsschutz. Festschrift anlässlich 60 Jahre Ausbildung im Bevölkerungsschutz, dargebracht von Partnern, Freunden und Mitarbeitern des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Berlin, S. 53 – 70.
- Oltmanns, R. / N. Kummer 1975: Die grösste Feuersbrunst in Deutschland: Viele an der Spritze, doch keiner an der Spitze. In: Stern, 21.08.1975, S. 14 – 22 / S. 71 – 72.
- Paschen, J. 2012: Die Hamburger Flutkatastrophe 1962. Mit einem Vorwort von Helmut Schmidt. 2. aktualisierte Auflage. Gudensberg-Gleichen.
- Pleißke, W. 1992: Die Problematik der Helfergewinnung und –motivation, Vortrag anlässlich der ARKAT-Fachtagung 1991. In: Bevölkerungsschutz-Magazin 02/1992, BVS, S. 25 – 28.
- Prügel, H. Staatliche Landesbildstelle Hamburg (Hrsg.) 1962: Die große Sturmflut in Hamburg – Beiheft zur Lichtbildreihe. Hamburg.
- Sächsische Staatskanzlei (Hrsg.) 2002: Bericht der unabhängigen Kommission der Sächsischen Staatsregierung Flutkatastrophe 2002. Dresden.
- Sächsische Staatsregierung, 2002 (Kirchbach-Bericht): Bericht der unabhängigen Kommission, Flutkatastrophe 2002, 16.12.2002. Dresden.
- Schiersner, F. 2000: Fallstudie zum Katastrophenmanagement – Die Oder-Flut im Sommer 1997. Kiel.
- Schläfer, H. 1975: Niedersachsen 1975. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 09/1975, S. 258 – 259.
- Schläfer, H. 1976: Das Problem: Führung im Großeinsatz. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 04/1976, S. 82.

- Schäfer, R. 1968: Die neue Konzeption, Erweiterung des Katastrophenschutzes im Rahmen der Zivilschutzplanung. In: Ziviler Bevölkerungsschutz 03/1968, Bundesluftschutzverband, S. 3 – 6.
- Schluchter, W. (Hrsg.) (Technische Universität Cottbus) 1997: Sozialwissenschaftliche Betrachtung und Schlussfolgerungen zum Oder-Hochwasser 1997 und zu seiner Rezeption durch die betroffene Bevölkerung. <http://www.sozum.tu-cottbus.de/Lehrstuhltex-te/oderbericht.htm> (Stand 19.12.2012).
- Schmitt, E. 1957: Der Brandschutzdienst im Luftschutzhilfsdienst. In: vfdb-Zeitschrift 02/1957, S. 33 – 42.
- Schönefeld, G. / H. Tornow 1985: Angst hinterm Deich. – Sturmfluten 1962.1976. 4., unveränderte Auflage. Stade/Buxtehude.
- Schunicht, E. 2008: Oderflut 1997: Ökologischen ökonomische und soziale Auswirkungen und Konsequenzen, IKZM-Oder Berichte Nr. 51.
- Ständige Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz (Hrsg.) 12/1998: Workshop „Ausgewählte Aspekte der Bewältigung von Langzeitlagen: Oderflut 1997“. Veranstalter: Ständige Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz, Bundesamt für Zivilschutz, Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ). Köln.
- Sumpf, J. 1995: Von Bären und Autos oder: die Zuschauer im Straßentheater ‚crash‘. Unveröffentlichtes Manuskript der BMW AG, München (zitiert in Fiedler et al. S. 193).
- Thorns, J. 2002: Die Jahrhundertflut 2002. Eine Übersicht. In: Brandschutz. Zeitschrift für das gesamte Feuerwehr- und Rettungswesen 10/2002, S. 823 – 838.
- THW 1998: IM Brandenburg, Bundeswehr und Bundesgrenzschutz, Gemeinsamer Erfahrungsbericht zum Oderhochwasser. In: Notfallvorsorge 02/1998, Walhalla Fachverlag, Regensburg, S. 5 – 11.
- Tipp, M. / J. O. Unger 2012: „Besonders hat mir die unglaubliche Hilfsbereitschaft der Menschen imponiert“. In: Löschblatt. Das Magazin der Feuerwehr Hamburg 47/2012, S. 8 – 15.
- Weidner, O. U. 1975: Der „Jahrhundert-Brand“ – eine beispiellose Katastrophe. Mit 13000 Mann, mit Panzern, Flugzeugen, Hubschraubern, Wasserbomben und Spezialgerät gegen lodernde Flammenmeere. In: ZS Magazin Zeitschrift für Zivilschutz, Katastrophenschutz und Selbstschutz 09/1975, S. 5 – 7.

10.2 Gesetzestexte

Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1968, Teil I, S. 776.

Gesetz zur Neuordnung des Zivilschutzes (Zivilschutzneuordnungsgesetz) vom 25.03.1997, in: Bundesgesetzblatt Jahrgang 1997 Teil 1, Nr. 21, ausgegeben zu Bonn 3. April 1997.

52.Wehrbericht des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestags vom 25.01.2011, Jahresbericht 2010, Drucksache 17/4400.

10.3 Internetquellen

Brand in der Lüneburger Heide.

http://de.wikipedia.org/wiki/Brand_in_der_L%C3%BCneburger_Heide (Stand 13.01.2013).

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe 2005 – 2014. <http://www.bbk.bund.de> (Stand 13.10.2013. Stichwörter „Förderung Ehrenamt“ und „Katastrophenschutz“)

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe 2005 – 2014: Kostenregelung. http://www.bbk.bund.de/DE/AufgabenundAusstattung/Katastrophenschutz/Kostenregelung/Kostenregelung_node.html (Stand 11.02.2014).

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe: Max und Flocke Helferland http://www.max-und-flocke-helferland.de/SubSites/KI/DE/Home/home_node.html (31.03.2014)

Bundeswehr 11.03.2014: Die Stärke der Streitkräfte. <http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/streitkraefte/grundlagen/staerke/> (Stand 21.03.2014).

DARC e.V. (www.darc.de) 2010: Beispiele für Notfunkaktionen der Funkamateure. http://www.darc.de/uploads/media/2010-Notfunkaktionen_der_Funkamateure.pdf (Stand 28.02.2014).

Heed, L. (a): Der Schneewinter 1978/19 – ein Überblick. Teil 1: Schleswig-Holstein: Schnee bis Mitte Mai. http://www.ndr.de/geschichte/chronologie/siebzigerjahre/schneechaosueberblick100_page-1.html (Stand 23.01.2013).

Heed, L. (b): Der Schneewinter 1978/79 – ein Überblick. Teil 3: Chaos auf Rügen. http://www.ndr.de/geschichte/chronologie/siebzigerjahre/schneechaosueberblick100_page-3.html (Stand 23.01.2013).

Heed, L. (c): Der Schneewinter 1978/79 – ein Überblick. Teil 4: Hamburg: Auf Skiern zur Arbeit. http://www.ndr.de/geschichte/chronologie/siebzigerjahre/schneechaosueberblick100_page-4.html (Stand 23.01.2013).

Heed, L. (d): Der Schneewinter 1978/79 – ein Überblick. Teil 2 : Niedersachsen: Ostfriesland ohne Strom. http://www.ndr.de/geschichte/chronologie/siebzigerjahre/schneechaosueberblick100_page-2.html (Stand 23.01.2013).

Herr, K.: Protokoll einer Katastrophe – Das Schneechaos 1978. ARD-Dokumentation. <http://www.youtube.com/watch?v=csnJZAmEFCM&feature=gv> (Stand 23.01.2013).

Hochwasser in Mitteleuropa 2002. http://de.wikipedia.org/wiki/Elbhochwasser_2002 (Stand 30.01.2013).

NRD. Was den Norden bewegt – Schneekatastrophe 1778/79. http://www.youtube.com/watch?hl=de&v=EBwULNU_fVk&gl=DE (Stand 23.01.2013).

Oderhochwasser. http://de.wikipedia.org/wiki/Oderhochwasser_1997 (Stand 22.01.2013).

Schneekatastrophe in Norddeutschland 1978.

http://de.wikipedia.org/wiki/Schneekatastrophe_in_Norddeutschland_1978 (Stand 20.01.2013).

Spiegel online (Hrsg.) 21.08.2002: Hochwasser im Urlaub verpasst: Wie Bitterfelds Bürgermeister baden ging. <http://www.spiegel.de/panorama/hochwasser-im-urlaub-verpasst-wie-bitterfelds-buergermeister-baden-ging-a-210500.html> (Stand 11.12.2013).

Sturmflut 1962. http://de.wikipedia.org/wiki/Sturmflut_1962 (Stand 09.01.2012).